Dienstag, 17. Dezember 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 293 - 51.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Rüge: Das FDP-Präsidium hat den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger (CSU), gerügt, weil er dem Verfassungsschutz Aufträge zur Überprüfung von Bundestagsabgeordneten der Grünen erteilt hatte. Aus FDP-Sicht gebe es kein Weisungsrecht für Parlamentarische Staatssekretäre an den Verfassungsschutz, bestimmte Dinge zu verfolgen. (S. 3)

Blockade: Tausende von niederländischen Lastwagenfahrern blockierten gestern die Grenzübergänge zur Bundesrepublik und versperrten Verkehrsknotenpunkte in den Niederlanden. Mit der Aktion wollen sie Lohnerhöhungen durchsetzen. (S. 5)

„Eigener Weg": Für engere Beziehungen sprachen sich China und die „DDR" beim Besuch einer Volkskammer-Delegation in Peking aus. Bei den Gesprächen wurde aber betont, daß jedes kommunistische Land seinen eigenen Weg beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gehen sollte. (S. 5)

Namibia: Die Unterstützung des Modells der Vielrassigkeit, wie es in der kürzlich gebildeten Übergangsregierung zum Ausdruck komme, befürwortet der Chef der Bonner CSU-Landesgruppe, Waigel. (S. 5)

Wahlerfolg: Die Gemeindewahlen in Portugal bestätigten den Trend zur rechten Mitte. Die schon bei den Parlamentswahlen im Oktober siegreiche PSD von Ministerpräsident Aníbal Cavaco Silva konnte auch diese Wahlen deutlich gewinnen. (S. 5)

Revirement: Der österreichische Umwelt- und Gesundheitsminister Steyrer ist zurückgetreten. Als Grund gab er an, er wolle sich als Präsidentschaftskandidat der Sozialisten auf die 1986 anstehende Wahl vorbereiten. Nachfolger Steyrers wurde der bisherige Direktor des Zweiten Österreichischen Fernsehens, Kreuzer.

Milovan Djilas: Der bekannte jugoslawische Regimekritiker und Publizist hat einen Herzanfall erlitten. Belgrader Ärzte bezeichneten den Zustand des 74jährigen als ernst.

Terrorismus: Durch eine Landmine wurden in Südafrika sechs Weiße getötet und fünf schwer verletzt. Sie waren mit einem Kleinlastwagen unweit der Grenze zu Zimbabwe unterwegs. Die Untergrundorganisation ANC übernahm die Verantwortung.

Streik: Die spanischen Fluglotsen sind in einen dreitägigen Streik getreten. Sie fordern Gehaltserhöhungen bis 70 Prozent.

ZITAT DES TAGES



„Um zu sichern, daß Berlin auch tatsächlich beteiligt wird, hat man bei diesem Abkommen darauf Wert gelegt, daß zusätzlich ein Veranstaltungskalender ausgearbeitet wird, der diese Einbeziehung West-Berlins auch sicherstellt"

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, zum deutsch-deutschen Kulturabkommen (S. 4) FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Bundesschulden: Der CDU-Haushaltsexperte Austermann erwartet für 1985 eine um knapp vier Milliarden Mark geringere Neuverschuldung des Bundes. (S. 9)

Industrieländer: Ein gegenüber 1985 unverändertes Wirtschaftswachstum von 2,75 Prozent erwartet das Institut für Weltwirtschaft für 1986. (S. 9)

Volkswagen: Einen Jahresüberschuß von deutlich mehr als 500 Millionen DM sagt der Konzern für 1985 voraus. Der Umsatz werde nach vorläufigen Berechnungen erstmals 50 Milliarden DM überschreiten. (S. 10)

Thyssen Stahl: Als „voll befriedigend" wird das Geschäftsjahr 1984/85 bewertet. Der Umsatz der inländischen Gesellschaften erreichte bei einem Exportanteil von 40 Prozent 10,37 Milliarden DM nach 9,21 im Vorjahr. (S. 10)

Börse: Hausseartige Kurssteigerungen führten den WELT-Aktienindex mit 261,15 (257,16) gestern auf einen neuen Höchststand. Auch der Rentenmarkt tendierte freundlich bis fest. BHF-Rentenindex 104,727 (104,672). Performance-Index 109,061 (108,973). Dollar-Mittelkurs 2,5224 (2,5172) Mark. Goldpreis pro Feinunze 318,60 (317,75) Dollar.

KULTUR

Ballett: Die erste Premiere der Saison in Stuttgart mit drei uraufgeführten Choreographien von John Alleyne, Peter Spoerli und Hans van Manen ist vom Publikum positiv aufgenommen worden. Die Veränderung an der Spitze scheint am Ensemble Marcia Haydées spurlos vorübergegangen zu sein. (S. 19)

Oper: Fünfmal ist im Laufe der Zeit Verdis „Don Carlos" revidiert, nachkomponiert oder neu arrangiert worden. Den „Don Carlos", wie ihn Verdi ursprünglich für die Pariser Opéra komponiert hatte, hat die „Musikkriminologin" Ursula Günther rekonstruiert. Davon liegt jetzt eine Platteneinspielung vor. (S. 19)

SPORT

Tennis: Wimbledonsieger Boris Becker wird künftig auch als Werbepartner des holländischen Elektrokonzerns Philips International tätig sein. Der Vertrag läuft vorerst drei Jahre. (S. 17)

Handball: Vlado Stenzel, als Trainer vor sieben Jahren mit der deutschen Nationalmannschaft Weltmeister, ist in der Schweiz gescheitert. Er wurde von Grasshoppers Zürich entlassen. (S. 17)

AUS ALLER WELT

Horoskope: So mancher Unternehmer oder Personalchef befragt vor wichtigen betrieblichen Entscheidungen den Astrologen. Von der Steuer absetzbar sind die Ausgaben aber nicht mehr. (S. 20)

Urteil: Kommunen können die Kosten für zusätzliche Reinigung nach Demonstrationen nicht dem jeweiligen Demonstrationsveranstalter in Rechnung stellen, urteilte das Oberverwaltungsgericht Münster. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit müsse höher bewertet werden als eventuelle Schäden. (S. 20)

Wetter: Meist trüb und regnerisch. 3 bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Rau: Ich lasse mir keine Koalitionsdebatte aufschwätzen

Der Kanzlerkandidat zielt auf Gefühle der Wähler / „Perspektiven" für den Sieg

PETER PHILLIPS, Ahlen

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat im westfälischen Ahlen die Grundzüge seines Wahlprogramms beschrieben: Die SPD will – außer um ihre Stammwähler – vor allem um von der CDU/CSU enttäuschte Arbeitnehmer, „heimatlos gewordene Wähler", um Wissenschaftler, Ingenieure und auch Unternehmer werben.

„Für diese neue Koalition der Bürger kämpfe ich. Und deshalb wende ich mich scharf dagegen, daß wir uns im Bundestagswahlkampf das Thema Parteien-Koalitionen auch nur aufschwätzen lassen", sagte Rau, der während einer Vorstandssitzung in der Düsseldorfer Staatskanzlei einstimmig für das Spitzenamt der SPD im Bundestagswahlkampf 1987 nominiert worden war. Parteichef Brandt hat die Ablehnung eines rotgrünen Bündnisses am Vorabend in die Formel gegossen, die SPD stehe in einer „Wahlkampf-Konstellation 1:3".

Als Perspektiven für den Fall eines Wahlsieges nannte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau:

– Eine befristete Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen;
– Steuerfreiheit für „das Existenzminimum";
– steuerliche Entlastung der Einkommen bis 80 000 Mark sowie re-investierte Unternehmensgewinne;
– Aktivitäten, um westliche und östliche Mittelstreckenwaffen in Europa „wegzuverhandeln";
– Aufhebung der jetzt vorgesehenen Änderung des Streikparagraphen 116 AFG;
– Umsetzung des Projekts Arbeit und Umwelt.

Es war eine stark auf die Gefühle der versammelten Genossen zielende Rede, die Rau in Ahlen hielt. Er schlug den Bogen zurück bis zu Gustav Heinemann, in dessen „Tradition" er selbst stehe, und auch zur „Friedensbewegung", von der er allerdings „manche Einschätzung auch heute nicht teile". Aber: „Ich will die Politisierung, und zwar sowohl gegen einen Pazifismus des Gefühls, als auch gegen die Technokratie des Raketenschachs. Ich will die zweite Phase der Entspannungspolitik".

SEITE 3:
Rau setzt im Wahlkampf auf Carter

Rau versäumte nicht zu erwähnen, daß „wir zum westlichen Bündnis gehören". „Mit den USA verbinden uns gemeinsame Werte, eine gemeinsame Geistesgeschichte und ein gemeinsamer Kampf um die Menschenrechte." Aber vor allem nahm sein persönliches Bekenntnis zu Israel breiten Raum in seiner Rede ein: „Wer wie ich in den dreißiger Jahren aufgewachsen und in den vierziger erwachsen geworden ist, der wird Schuld und Verantwortung niemals los, die unser Volk gegenüber seinen jüdischen Mitbürgern und der jüdischen Bevölkerung unserer Nachbarn auf sich geladen hat".

Zur Überraschung vieler sprach der Kandidat aber auch offensiv das umstrittene Kraftwerk Ibbenbüren an: Es erfülle alle Forderungen des einstimmigen Buschhaus-Beschlusses des Bundestages und „die Inbetriebnahme war richtig und ich habe nicht die Absicht, mich dafür bei irgendwem zu entschuldigen".

Die SPD müsse die Partei sein, „die dafür sorgt, daß Fortschritt den Menschen dient", lautete Raus Slogan in Ahlen. Aber „dazu brauchen wir weder mehr Staat noch mehr Bürokratie". Und auch allen Verstaatlichungsüberlegungen erteilte er eine Absage. Er vermittelte Optimismus und forderte die SPD auf, „eine Million Hoffnungsträger" für 1987 zu sein.

DER KOMMENTAR

Kandidat Rau

HERBERT KREMP

Nun hat Johannes Rau seinen schweren Gang angetreten. Aus der Position im Tal, also „bergauf", die absolute Mehrheit erobern zu wollen, erscheint nahezu aussichtslos. Es erwartet auch niemand.

Das beste Ergebnis, das die SPD bei einer Bundestagswahl je erhielt, waren die 45,8 Prozeot von 1972. Damals aber stand Willy Brandt auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn. Der Bundeskanzler, seinerzeit Hoffnungsträger der Reform- und Ostpolitik, überstrahlte den politischen Konkurrenten. Und doch: Ohne die Freien Demokraten hätte selbst er die Regierung nicht bilden können. Die Sozialdemokraten befanden sich zu keiner Stunde der Bundesrepublik Deutschland im Stande des Geistes und des Ansehens, die Majorität der Bürger an sich zu ziehen.

Woher also nimmt Rau den Mut, dieses Ziel zum persönlichen Programm zu erheben? Die Beliebtheit, die ihm nachgesagt wird, erweist sich in der Politik (wie auch sonst) als wetterwendische Freundin. Oder überträgt er das spezifische Klima seines Heimatlandes auf alle Höhen und Ebenen der Bundesrepublik? Oder hält er die amtierende Regierung in Bonn für so leistungsschwach, daß sie im ersten Ansturm zu fällen wäre? Nein, weit gefehlt. Johannes Rau glaubt von allem etwas, aber nichts ganz. Er tritt mit den größten Vor-Sätzen an, weil er antreten muß, weil sonst keiner da ist, der es überhaupt könnte. Er erinnert an den „Parteisoldaten" Hans Apel, der pflichtens nach Berlin zog. Er hatte den Marschbefehl im Tornister, nicht den Marschallstab.

Die Selbstanforderung der absoluten Mehrheit verwandelt sich im Falle der Niederlage in eine gültige Entschuldigung. Vorsorglich merkt Rau auch an, er werde nicht der Willensvollstrekker seiner Partei sein. Das Wahlprogramm besteht aus dem Versprechen, Geld zu verteilen und Harmonie zu stiften. Für die Außenpolitik zitiert der Kandidat Brandts Wort von der „zweiten Phase der Entspannung". Sehr originell, sehr mitreißend ist der Start von Ahlen nicht. Rau tastet, er sichert – aus gutem Grund nach allen Seiten.

Shultz lobt Ungarns eigenes Profil

Schrille Begleitmusik aus Moskau / US-Außenminister heute nach Belgrad

DW. Budapest

US-Außenminister George Shultz hat der ungarischen Führung Anerkennung für ihren relativ eigenständigen Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik ausgesprochen. Schrille Begleitmusik zu seinem Aufenthalt in Budapest kam aus Moskau: Die Medien der UdSSR warfen ihm wegen seiner Reisen nach Bukarest, Budapest und Belgrad „antisowjetische und antikommunistische Rhetorik" vor. Sie kommentierten damit vor allem die Bemerkungen des amerikanischen Politikers vor der „Berliner Pressekonferenz", daß die USA die Eingliederung Osteuropas in den sowjetischen Einflußbereich nicht akzeptierten (WELT vom 16. 12.).

Shultz ist der erste US-Außenminister, der Ungarn besuchte, seitdem Cyrus Vance im Januar 1978 als einer seiner Amtsvorgänger der Regierung in Budapest die geschichtsträchtige Stephanskrone überbracht hatte, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den USA aufbewahrt worden war. Shultz traf Außenminister Peter Varkonyi. Vorgesehen war auch eine Begegnung mit Parteichef Janos Kadar.

Ungarn gilt in Washington wegen seiner Wirtschaftsreformen als ein um ein eigenes Profil bemühtes kommunistisches Land. Shultz hatte dies mehrfach angedeutet, als er die Reisefreizügigkeit für Ungarn und die Privatisierung gewisser Wirtschaftszweige lobte. Diese Haltung der USA gilt eingeschränkt auch für Rumänien, das die USA vor allem wegen der außenpolitischen Unabhängigkeitsbemühungen lobten, aber wegen der Menschenrechtsverletzungen zunehmend kritisieren.

Shultz und der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu hatten offen eingeräumt, daß die bilateralen Beziehungen „besser sein könnten". Der amerikanische Kongreß hatte vor kurzem angedroht, Bukarest die jährlich zu erneuernde „Meistbegünstigungsklausel" im Handel zu entziehen, falls die Diskriminierung von Minderheiten nicht beendet werde.

Shultz erklärte ferner, er sei mit Ceausescu übereingekommen, „im olympischen Geist" an der Lösung der zwischen beiden Ländern existierenden Probleme zu arbeiten. Er erinnerte an den begeisterten Empfang, den die Amerikaner der rumänischen Delegation bei den Olympischen Spielen in Los Angeles 1984 bereitet hatten. Rumänien hatte die Spiele nicht boykottiert.

Heute wird der amerikanische Außenminister den südosteuropäischen Teil seiner Rundreise mit Gesprächen in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad beenden. In der vergangenen Woche war Ceausescu zu Gast in Belgrad. Der Rumäne würdigte die Bewegung der Blockfreien als wichtigen Faktor der internationalen Beziehungen. Jugoslawien hat die Bestrebungen Rumäniens um außenpolitische Unabhängigkeit moralisch unterstützt.

Seite 2: Delikates in Bukarest

Schily: Kooperation mit SPD auch in Hannover möglich

DW. Osnabrück

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Otto Schily, rechnet damit, daß seine Partei auch in Niedersachsen nach der Landtagswahl im Juni 1986 mit der SPD über eine Zusammenarbeit verhandeln wird. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrükker Zeitung" sagte Schily, nachdem der Bundesvorstand der Grünen bereits in Hessen vergeblich versucht habe, die Koalition durch „Quertreibereien" zu verhindern, werde er auch in Niedersachsen bestenfalls eine „Kommentatorenrolle" spielen können. Trotz der Niederlage des realpolitischen Flügels auf dem Bundesparteitag der Grünen, dem Schily zugerechnet wird, will er nicht aus der Partei austreten. Er bekräftigte noch einmal seine Kritik an der in ihrem Amt bestätigten Sprecherin des Bundesvorstandes, Ditfurth, die die Bundesrepublik einen Polizeistaat genannt hatte.

EKD für „gezielte Sanktionen" gegen Südafrika

DW. Hannover

Für „gezielte, kalkulierte Sanktionen" gegen Südafrika hat sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auf seiner Tagung in Hannover ausgesprochen. Die EKD hält in einem gestern veröffentlichten Kommuniqué einen totalen Wirtschaftsboykott für nicht geeignet, die südafrikanische Regierung in der Frage der Rassentrennungspolitik zu einer Änderung zu bewegen. Die Unterstützung einer derartigen Boykottforderung würde nach Ansicht des Rates möglicherweise „unabsehbare, vermutlich auch chaotische Folgen" haben. Deshalb sollten „alle Chancen zu einem friedlichen Wandel entschieden und besonnen benutzt werden". Mit „Betroffenheit und Zustimmung" nahm der Rat den Bericht seines Vorsitzenden, Bischof Martin Kruse, über die Südafrika-Notstandskonferenz des Weltkirchenrates entgegen.

Höhere Rundfunkgebühr ‚nicht notwendig'

Länder fordern Sender zu weiteren Einsparungen auf / Kritik an der „Überversorgung"

fac. Bonn

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten können bei ihrer Forderung nach zusätzlichen Gebühreneinnahmen vor Ende 1988 nicht mit der Unterstützung der Länder rechnen. Die von Staatssekretär Hanns-Eberhard Schleyer (Mainz) geleitete Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) kam gestern zum Ergebnis, daß eine Anhebung der Rundfunk- und Fernsehgebühren (derzeit 16,25 Mark im Monat) nicht notwendig sei. Im Gegenteil, die Kommission sagte für die ARD Überschüsse von mehr als 1,27 Milliarden Mark und beim ZDF von 293,8 Millionen Mark voraus. Demgegenüber rechnen die Anstalten für den Planungszeitraum von 1983 bis 1988 mit Fehlbeträgen in Höhe von 693,3 Millionen Mark (ARD-Bereich) und 96,3 Millionen Mark für das ZDF.

Die Diskrepanz erklärt sich aus der Tatsache, daß die Anstalten die erwarteten Werbeeinnahmen „sehr zurückhaltend" (Schleyer) angesetzt haben. Außerdem sieht die Kommission noch ein „erhebliches Einsparungs- und Rationalisierungspotential". Kritische Anmerkungen machen die Autoren des KEF-Berichts zu den Personalkosten. Leistungen, die höher als im öffentlichen Dienst seien, müßten „auf das dort gültige Maß zurückgeführt werden". Die Mitarbeiter der Rundfunkanstalten seien im Vergleich zu anderen Arbeitnehmern nach ihrer Pensionierung immer noch „überversorgt".

Aufsehen hatte zum Beispiel der baden-württembergische Rechnungshof mit seiner Kritik am Finanzgebaren des Süddeutschen Rundfunks (SDR) erregt, die nach Meinung von Experten durchaus auch auf andere Anstalten übertragen werden kann. Die Prüfer hatten bemängelt, daß im Stuttgarter Funkhaus eigentlich nur „Chefs" beschäftigt seien. Dreiviertel der Redakteure übten, nehme man das Gehalt zum Maßstab, leitende Tätigkeiten aus. Vermeintliche Anfänger würden mit knapp 4700 Mark entlohnt, mit Aussicht auf ein Endgehalt von 8200 Mark. Als Vergleiche wurden herangezogen: Ein Beamter erhalte in der Besoldungsgruppe A 16 mit Ortszuschlag Stufe zwei und Stellenzulage 4984,48 Mark, ein C-3-Professor 4678,36 Mark. Außer den Redakteuren würden auch Sekretärinnen, Tonmeister oder Handwerker durchweg eine Stufe höher eingruppiert als dies im Haustarif der Anstalt vorgesehen sei. Eine weitere Klage der Rechnungsprüfer: Der SDR erwirtschafte Verluste in Millionenhöhe, weil seine Fernsehteams nicht ausgelastet seien. Dennoch würden „Fremdteams" mit Dreharbeiten beauftragt. Die Rundfunkanstalten wehren sich gegen solche Vergleiche mit dem Argument, es gehe nicht an, einen Sender wie eine Behörde zu behandeln.

Die neun Sender der ARD haben 1983 insgesamt 4,2 Milliarden Mark ausgegeben.

Mitterrand für Sparpolitik

DW. Paris

Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand hat an die Bundesrepublik Deutschland appelliert, sich an dem französischen Projekt der Raumfähre „Hermes" zu beteiligen. Die Bundesregierung hat bislang kein großes Interesse an diesem Projekt gezeigt. Frankreich werde das Raumflugzeug „auf jeden Fall" bauen, sagte Mitterrand im französischen Fernsehen.

Bei seinem dritten großen Medienauftritt drei Monate vor den Parlamentswahlen verteidigt der Präsident die Konsolidierungpolitik seiner sozialistischen Regierung. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei dagegen an die zweite Stelle gerückt, sagte Mitterrand.

Seiten 2 und 8: Weitere Beiträge

In Wackersdorf Hüttendorf geräumt

DW. Wackersdorf

Das Hüttendorf, das am Wochenende nach einer Großkundgebung gegen die umstrittene atomare Wiederaufarbeitungsanlage auf dem Baugelände in Wackersdorf errichtet worden war, ist gestern von starken Polizeieinheiten geräumt worden. Von den knapp 800 Besetzern des Geländes wurde der größte Teil von Bundesgrenzschutz- und Polizeibeamten sowie von Sondereinsatzkommandos weggetragen oder abgeführt.

Der Aufforderung der Polizei, das Gelände freiwillig zu verlassen, waren nur wenige der Hüttenbewohner gefolgt, die meisten leisteten passiven Widerstand. Nach Feststellung der Personalien wurden fast alle wieder auf freien Fuß gesetzt.

Seite 2: Einbindung der Koalo-Bären

Ein neues Rezept gegen Irrflüge

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Einen enormen Gewinn für die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs bedeutet das Angebot der Internationalen Maritimen Satelliten Organisation (Inmarsat) an die Luftfahrtgesellschaften, in das bereits bestehende System von Kommunikationssatelliten einzusteigen. Damit eröffnet sich erstmals die Möglichkeit, die bisherigen Lücken im Funksprechverkehr zu füllen und mögliche Störungen auszuschalten.

Das Inmarsat-System wurde bislang ausschließlich von der Seeschiffahrt genutzt. Es besteht aus einem Netz von sieben Kommunikationssatelliten, an das bisher etwa 4000 Stationen, zumeist auf Großschiffen und Ölbohrstationen, über Ultrakurzwelle angeschlossen sind. Als Rettungssystem bei Unfällen hat es sich bereits hervorragend bewährt. In der Luftfahrt wird der Funkverkehr dagegen noch vollständig im Kurzwellenbereich abgewickelt. Er ist starken atmosphärischen Störungen ausgesetzt und erlaubt nur zu bestimmten Zeiten überhaupt einen Kontakt zwischen Flugzeug und Bodenkontrolle. Auf vielen Langstrekken sind die Piloten daher zeitweilig von der Außenwelt abgeschnitten.

Sollten sich die Luftfahrtgesellschaften dazu durchringen, dieses – allerdings recht aufwendige – System einzuführen, gehören Vorfälle wie der folgenreiche Irrflug des südkoreanischen Jumbojets im September 1983 wohl endlich der Vergangenheit an. Ein Flugzeug ist dann auf jedem Punkt seiner Route ständig mit der Bodenkontrolle verbunden. Angaben über die Flugroute oder Funktionsdaten der Maschine können laufend zum Boden übermittelt werden. Auch Wettermeldungen erreichen die Piloten früher als bisher. Das System würde sogar als Service für die Fluggäste einen Telefonverkehr aus dem Flugzeug zum Boden ermöglichen.

Einen ähnlichen Wert für die Luftfahrtsicherheit bedeutet ein unscheinbares Gerät, das kürzlich ein Tüftler in Singapur entwickelt hat. Es macht endlich Schluß mit dem „Funksalat" im Umfeld von Flughäfen. Die einzelnen Frequenzen sind dort oft hoffnungslos überlastet. Manchmal kommt es vor, daß zwei anfliegende Maschinen auf der gleichen Frequenz senden, so daß es zu gefährlichen Mißverständnissen oder Unklarheiten kommt. Zudem lassen Piloten manchmal versehentlich ihre Sprechtaste gedrückt, so daß das Gerät weiter sendet und im weiten Umkreis die jeweilige Frequenz blokkiert.

Das neue System registriert jede Sendung, die länger als 15 Sekunden dauert, und warnt dann die Besatzung. Außerdem prüft es, sobald die Sprechtaste gedrückt wird, ob die Frequenz in diesem Luftraum frei ist. War eine andere Besatzung auch nur einen Moment schneller, blockiert das Gerät diese Frequenz. Der erste Pilot kann dann sofort auf eine andere Wellenlänge umstellen.

Abu Nidal im Komplott mit libyschem Geheimdienst?

Offenbar Sprengstoff-Anschläge in Europa geplant

DW. Kairo

Die Untergrundorganisation von Abu Nidal, der als einer der gefährlichsten internationalen Terroristen gilt, will in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit dem libyschen Geheimdienst Anschläge auf amerikanische, britische, israelische und ägyptische Personen und Einrichtungen in Europa verüben. Dies ist das Ergebnis eines Geheimtreffens zwischen dem libyschen Staatschef Khadhafi und Abu Nidal, der ursprünglich Sabri al Banna hieß.

Bei dieser Zusammenkunft Ende September verpflichtete sich Khadhafi, wie jetzt aus arabischen Geheimdienstkreisen bekannt wurde, Abu Nidals Gruppe jährlich 12 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen. Unmittelbar nach diesen Verhandlungen mit Khadhafi übergab Hassan Ashkal, ein Oberst im libyschen Geheimdienst, Abu Nidal die erste Rate von 5 Millionen Dollar in bar. Bemerkenswerterweise verschwand Ashkal wenige Wochen später. Kenner meinen, daß Ashkal auf Khadhafis Befehl liquidiert worden sei, da angenommen wird, daß er Hinweise auf die Beteiligung Libyens an der Entführung eines ägyptischen Passagierflugzeugs nach Malta gegeben habe. Ashkal soll am 26. November heimlich in Libyen beigesetzt worden sein. Libysche Stellen dagegen behaupten, Ashkal sei bei einem Autounfall ums Leben gekommen.

Unmittelbar nach seinem Treffen mit Khadhafi ordnete Abu Nidal die Überführung eines Teils seiner Gruppe, ihr offizieller Name lautet Fatah/Revolutionsrat, nach Libyen an. Die Truppe soll in der Gegend von Al Azziziyya bei der libyschen Hauptstadt Tripolis, nicht weit von Khadhafis Residenz, Quartier genommen haben. Das Treffen von Khadhafi und Abu Nidal zeigte rasche Ergebnisse: Abu Nidals Männer griffen in Europa libysche Oppositionelle und andere Khadhafi-unliebsame Einrichtungen an. So wurde ein Anschlag auf das „Café de Paris" in Rom, das zwei libyschen Oppositionellen gehört, verübt. Abu Nidals Gruppe deponierte auch im September eine Bombe im Büro der British Airways in London.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ost-Berlin trägt bei

Von Enno v. Loewenstern

Ost-Berlin begeistert sich für die Demonstration (wenn man den Mini-Aufmarsch auf dem Kurfürstendamm mit anschließender Schaufensterzertrümmerung durch einige Chaoten aus dem bekannten Kreuzberger Festungsbereich so nennen will), die am Wochenende gegen den Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz im westlichen Teil der Stadt veranstaltet wurde. „Zehntausende Westberliner" hätten daran teilgenommen, jubelte die SED-Presse.

Möglicherweise weiß man es dort wirklich nicht besser. Zwar hatte die Polizei nur etwas mehr als dreitausend Umzügler entdeckt und die Veranstalter selber sahen nur siebentausend. Aber da zu diesen Veranstaltern vornean die SEW gehörte, Honeckers Westberliner Ableger, mag die Meldung an die vorgesetzten Dienststellen etwas farbiger als die real existierende Wirklichkeit ausgefallen sein.

Wer will, mag sich nun darüber mokieren, daß die Kommunisten Demonstrationen und deren „besondere Empörung" loben, wo sie doch im eigenen Bereich nicht so liberal sind und die Demonstrationen des 17. Juni 1953 eben wieder als Beispiel dafür erwähnten, was nicht sein darf. Wichtiger ist etwas anderes. Der Aufzug gegen Shultz wurde, wie gesagt, von der SEW inszeniert; daß ihre stets aufgeschlossenen Helfer von den Jungsozialisten und der Alternativen Liste mitwirkten, unterstreicht allenfalls die Bedeutung des Unternehmens.

Honeckers „Neues Deutschland" warf Shultz vor, seinen Berlin-Besuch benutzt zu haben, „um seine Abneigung gegen die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung kundzutun". Zur Nachkriegsentwicklung gehört, daß von Jalta bis Helsinki, wie Shultz monierte, Menschenrechte und Selbstbestimmung auch den osteuropäischen Staaten zugesagt wurden. Zu den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs gehört, daß West-Berlin frei ist und unter dem Schutz der Westalliierten frei bleibt. Wer Horden von Gewalttätern mobilisiert, um dies Ergebnis des Zweiten Weltkriegs in Frage zu stellen, offenbart ein Verständnis für die weitere Nachkriegsentwicklung, das nur schwer mit den optimistischen Erwartungen für einen Honecker-Besuch zu vereinbaren ist.

Mitterrand bleibt Sphinx

Von Joachim Schaufuß

Fünfmal hat sich Staatspräsident Mitterrand in den letzten vier Wochen vor aller Öffentlichkeit der Frage gestellt, wie Frankreich regiert werden soll, wenn die bürgerlichen Oppositionsparteien die Parlamentswahlen vom nächsten März gewinnen sollten. Aber auch in der letzten Fernsehdarbietung vom Sonntagabend ist seine Antwort unklar und widersprüchlich geblieben.

Einerseits bestätigte der Präsident, daß er bis zum Ablauf seines Mandats (1988) im Amt bleiben würde. Andererseits erklärte er sich für die Politik der sozialistischen Regierung als „hauptverantwortlich". Wenn sich die Franzosen über diese Politik zu beklagen hätten, dann müßten sie sich an ihn wenden.

Eine Widerlegung seiner Funktion und Aufgabe würde er in einem für die Sozialisten negativen Ausgang der Wahlen aber nicht erblicken. Immerhin will er die „Sorge des Regierens" der neuen Mehrheit anvertrauen. Die näheren Bedingungen einer solchen „Kohabitation" nannte Mitterrand allerdings nicht. Jedoch sollten die Wähler schon jetzt die sozialistischen Errungenschaften verteidigen.

Da die Bürgerlichen eine ganz andere Politik verfolgen und insbesondere die sozialistischen Verstaatlichungen rückgängig machen wollen, scheint ihr Konflikt mit Mitterrand bereits vorprogrammiert – es sei denn, der Präsident würde sich seine derzeitigen Machtbefugnisse durch Volksentscheid bestätigen lassen. Dies wäre etwa über die Verkürzung des Präsidentenmandats von sieben auf fünf Jahre möglich, was eine sehr vernünftige Harmonisierung mit der Dauer der Abgeordnetenmandate erlauben würde.

Bezeichnenderweise hat Mitterrand diese ihm jetzt erstmals öffentlich gestellte, doch eigentlich peinliche Frage nicht zurückgewiesen. Vielleicht, weil in den Meinungsbefragungen sein Ansehen im Unterschied zu dem der Sozialistischen Partei wieder zunimmt und er sich den Sieg bei der Volksabstimmung zutraut? So scheint es, daß der Präsident sein letztes Wort noch nicht gesprochen hat.

Delikates in Bukarest

Von Carl Gustaf Ströhm

Zu Beginn seiner Reise durch drei kommunistische Staaten Mittel- und Südosteuropas hatte der amerikanische Außenminister Shultz eine heikle Mission zu erfüllen: er mußte dem rumänischen Partei- und Staatschef Ceausescu das Mißfallen und die Sorge Washingtons wegen der Situation der Menschenrechte und der Nationalitäten in Rumänien deutlich vor Augen führen. Auf der anderen Seite galt es aber, den Rumänen – die als einziges Mitgliedsland des Warschauer Pakts die Olympischen Spiele in Los Angeles nicht boykottiert hatten – auch einen gewissen Dank abzustatten.

Der Gast befand sich also zwischen Scylla und Charybdis. Einesteils galt es, jene „nationalen Besonderheiten" des Ceausescu-Regimes, die heute noch übriggeblieben sind (angesichts der Wirtschaftskatastrophe sind es ohnedies nicht mehr allzuviele), zu schonen. Andererseits können die Amerikaner sich nicht mit einem Regime identifizieren, das heute zu den repressivsten und am wenigsten flexiblen in ganz Osteuropa zählt.

Die Zeit, als Bukarest so etwas wie ein nationales Leuchtfeuer im sozialistischen Lager war, ist längst vorbei. Es ist wohl auch kein Zufall, daß kurz vor dem Besuch des US-Außenministers in Rumänien der rumänische Verteidigungsminister in die Sowjetunion reiste. Angesichts der wachsenden Abhängigkeit Rumänien von sowjetischen Energielieferungen kann sich Ceausescu heute weniger denn je große Extratouren leisten. Hinzu kommt, daß dieses verdunkelte und frierende Rumänien mit seinen permanenten Versorgungsschwierigkeiten und seinem Personenkult um den Parteichef und dessen ganze Familie heute auf kein anderes kommunistisches Land irgendeine Anziehungskraft ausübt. Alles fragt sich stattdessen, wie das eines Tages enden soll.

Shultz ist dennoch behutsam vorgegangen. Es geht nicht darum, die Rumänen vor den Kopf zu stoßen, sondern ihnen zu erklären, daß der jetzt von ihnen beschrittene Weg in eine Sackgasse führen muß. Es heißt, Shultz habe auch die schwere Lage der nationalen Minderheiten – der zwei Millionen Ungarn und der mehr als dreihunderttausend Deutschen in Siebenbürgen – zur Sprache gebracht. Dafür gebührt ihm Dank.



Pygmalion KLAUS BÖHLE

Die vorlaute Unzuständigkeit

Von Peter Gillies

Der Präsident des Umweltbundesamtes teilt mit: „Mit größter Sorge beobachte ich, wie die Geistlichen beider Kirchen ihre Kirchen mit Langeweile leerpredigen; sie sind imkompetent in Fragen der christlichen Erlösung, und ihre biblischen Kenntnisse sowie ihre vorgelebten Tugenden lassen schmerzlich zu wünschen übrig. Jeden Sonntag scheitert ihr religiöser Großversuch mangels beschämender Befolgungsrate. Angesichts dieses unerträglichen Zustandes verdienen die neuen Erweckungssekten unsere höchste Förderung."

Natürlich ist dieser Aufruf frei erfunden. Der Wirklichkeit entnommen ist dagegen die Feststellung des Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), wonach der Großversuch zum Tempolimit „nicht korrekt" und deswegen abzulehnen sei, die Alleingänge von SPD-Bundesländern in dieser Frage dagegen volle kirchliche Unterstützung verdienten. Der Gottesmann bedauerte, „mit welchen Vergleichsgrößen hier gearbeitet wird", denn in Wahrheit sei ein Tempolimit viermal wirkungsvoller, als die Bundesregierung behaupte. Außerdem vermittelt der EKD-Beauftragte neue Erkenntnisse über die Kohlenmonoxide und Kohlenwasserstoffverbindungen, die Verkehrssicherheit und den Benzinverbrauch, die die Bundesregierung allesamt sträflich vernachlässigt habe.

Nun ist, wie man weiß, das Leben ein höchst kompliziertes. Seine Zusammenhänge sind verzwickt; hinter simplem Anschein verbirgt es manche Korrelation, die nur Spezialisten zu durchschauen vermögen. Daß Großorganisationen sich deswegen eines gewissen Spezialistenwissens bedienen – vielleicht in der keineswegs sicheren Erwartung, ihre Mitgliedschaft erwarte dies –, sei ihnen unbenommen. Aber manche Verbände und Gruppen übersehen dabei, daß ihre Ansicht zu fernen Themen der Zeit ganz interessant sein mögen, aber belanglos sind. Interessant dagegen ist die Aussage einer Großorganisation zu ihrem Hauptauftrag.

So erwartet man von Kirchen beispielsweise kraftvolle und unzweideutige Aussagen zum Wert des menschlichen Lebens (und also auch zur Abtreibung). Das ist in erfreulicher Klarheit geschehen. Hingegen sind ihre Einlassungen zu den politischen Verhältnissen in Nicaragua oder zur Energiepolitik nicht von annähernd gleichem Gewicht wie die Frage nach dem Wort und den Wegen unseres Herrgotts. Auch beim Problem, ob bestimmte Methoden der Wirtschafts- und Finanzpolitik, ob Keynes oder Angebotspolitik die Arbeitslosigkeit abbauen helfen, vermutet man in den Kirchen nicht zwingend die omnipotente Kompetenz.

Von den Gewerkschaften ist man gewöhnt, daß sie sich engagiert zu Problemen in fernen und sehr fernen Regionen äußern (wobei die Ferne in Salvador eine andere ist als in Afghanistan). Sehr nahe liegt ihnen wiederum die Abtreibungsproblematik oder das Tempolimit. Großer Beliebtheit erfreuen sich auch Stellungnahmen zu Raketen oder neuerdings zum Verteidigungssystem SDI. Die Mitglieder und Betriebsräte werden die Wegweisungen zu schätzen wissen, ist doch ihr Beitrag offenbar gut angelegt.

Wir leben im Zeitalter des öffentlichen Rundumschlags. Jede Aussage zu fernen bis abseitigen Themen, getätigt durch Funktionäre ohne entsprechenden Auftrag, läßt sich leicht mit der Autorität von Großorganisationen verbinden, auch wenn diese in der Sache, die nicht die ihre ist, nur über durchschnittliche Kompetenz verfügen.

Es schlägt Belehrung durch: Unternehmer belehren Politiker, Theologen die Künstler, diese die Unternehmer, Umweltschützer die Manager, Gewerkschaftler die Gottesmänner, Betriebsräte die Soldaten, jeder belehrt jeden – in fremder Sache. Dabei umgeben alle ihre (meist unerbetenen) Ratschläge mit der Wucht ihrer Großorganisationen.



Leerer Gottesdienst: TÜV für die Kirchen? FOTO: DPA

Pluralismus tut gewiß not. Sein munteres Kräftespiel und seine vielfältigen Argumente sind das Elixier einer lebendigen Demokratie. Ein kraftvolles Urteil organisierter Gruppen ist stets erwünscht, zumal da sie in eigener Sache oft an Deutlichkeit zu wünschen lassen. Da gilt es manchmal aus taktischen Erwägungen Rücksicht zu nehmen und zu vernebeln. Diese Erwägungen entfallen, wenn das Thema so hübsch fern vom eigenen Auftrag und dem der Mitglieder liegt.

Für viele organisierte Interessen liegt die Besinnung auf die Hauptsache nahe, auf jenen Bereich, wo sie etwas mit Autorität zu sagen haben und wo jedermann von ihnen eine Klarstellung erwartet. So interessant die Ansichten eines Popstars über die Verhältnisse in Südafrika sein mögen, sie sind belanglos gegenüber seiner Pflicht, das Publikum zu unterhalten. Die öffentliche Neigung zum Nebensächlichen muß nicht zwingend Abstinenz bedeuten, aber von Belang ist jeweils die Haupt-Sache derjenigen, die Erklärungen abgeben.

Die klare Zuweisung bedeutet beispielsweise für einen Gewerkschaftler, daß er kraftvoll für höheren Lohn und verbesserte Arbeitsbedingungen und – vielleicht auch – mehr Arbeitsplätze eintritt. Von einem Unternehmer wird erwartet, daß er Gewinne macht, neue Produkte ersinnt und dafür investiert. Die Gottesmänner sind gefordert, die Erlösung zu predigen und den Weg des Christenmenschen mit Inbrunst mitzugehen, wobei ein Tempolimit nicht angezeigt wäre. Vom Soldaten schätzt man seine kompetenten Bemerkungen über die Frage, wie ein Krieg und mit welchen Waffen am besten zu verhindern sei, vom Künstler weniger Belehrungen über die Deutschlandpolitik als vielmehr kraftvolle Anmerkungen zur Malerei oder zur Musik, vom Journalisten umfassende und griffige Information statt politischer Schlaumeierei, vom Arzt Aussagen zur Medizin eher denn zu SDI, vom Steuerberater zu fiskalischen Problemen oder vom Rechtsgelehrten zu juristischen Dingen denn zur Moral.

Zu wünschen ist das kernige Wort zur Haupt-Sache. Hier wäre ein Großversuch angezeigt.

IM GESPRÄCH W. Tschernawin

Krieger, Lehrer, Leninist

Von Astaf Domberg



Erfahrungen im U-Boot: Gorschkow-Nachfolger Tschernawin FOTO: AP

An der Spitze der sowjetischen Kriegsmarine steht seit einigen Tagen ein neuer Mann: Admiral Wladimir Nikolajewitsch Tschernawin, bisher erster stellvertretender Oberkommandierender der Kriegsflotte, hat den sechsundsiebzigjährigen, bereits legendären Flottenadmiral Gorschkow abgelöst. Gorschkow hatte seit fast dreißig Jahren – seit 1956 – das Oberkommando inne: ein einsamer Rekord. In dieser Zeit hat er die Sowjetunion in eine Seemacht verwandelt. Was einst unvorstellbar schien, ist heute gewohnt: sowjetische Marineeinheiten operieren auf fast allen Weltmeeren – von der Adria bis zum Indischen Ozean.

Der 1928 in Nikolajew am Schwarzen Meer geborene Tschernawin, Sohn eines Marineoffiziers, muß nun beweisen, daß die sowjetische Seemacht auch im Zeitalter der Elektronik Schritt zu halten vermag. Die roten Eskader, die mit Vorliebe in jenen „warmen Meeren" operieren, zu denen einst Rußland und heute der Sowjetunion direkter Zugang versagt blieb, leiden unter einem organischen Schönheitsfehler: sie verfügen im Ernstfall über keine zuverlässigen Basen und haben kein Hinterland außerhalb der sowjetischen Landmasse; abgesehen allenfalls von der Cam Ranh Bucht in Vietnam. Trotz ihrer Stärke liegen die sowjetischen Überwasserstreitkräfte auf den Weltmeeren im Fall eines Konflikts wie auf einem Präsentierteller. Die Chance dieser weltweiten Sowjetflotte liegt also weniger im Ernstfall als in der Grauzone des kalten Friedens: hier kann sie Druck ausüben, pro-sowjetische Regime und Bewegungen unterstützen, westlich orientierte Regierungen einschüchtern.

Es ist dabei kein Zufall, daß jetzt ein Mann an das Steuer der Kreml-Flotte berufen wird, der Erfahrungen unter Wasser sammeln konnte. Tschernawin begann seine Laufbahn 1947 auf U-Booten. Bereits 1959 war er Kommandant eines Atom-U-Bootes der sowjetischen Nordflotte. Von 1977 bis 1981 war er Befehlshaber der Nordflotte. 1978 wurde er zum Admiral befördert und rückte drei Jahre später zum Leiter des Hauptstabes und zum ersten Stellvertreter Gorschkows auf. Zur gleichen Zeit wurde er Kandidat des ZK der KPdSU. Für Pionierleistungen auf einem Atom-U-Boot – Langzeitfahrten unter der Wasser- bzw. Eisfläche – wurde er 1966 mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet. 1981 wurde er zum „Helden der Sowjetunion": Man nimmt an, im Zusammenhang mit den Operationen sowjetischer U-Boote in schwedischen und norwegischen Hoheitsgewässern. Sowjetische U-Boote haben eben auch ihre Aufgaben anderen Ländern gegenüber im Schema des Marxismus-Leninismus. Tschernawin freilich hat wenig Auslandserfahrung. Als einzige Auslandsreise wird ein Informationsbesuch 1983 auf Einladung des finnischen Flottenchefs registriert.

Schon 1981 hatte die Armeezeitung „Roter Stern" Tschernawin mit Lob überschüttet. „Der Marineführer von heute", so hieß es da, „muß die Qualitäten eines erfahrenen Politikers, die Willensstärke eines gestählten Kriegers, die Wissensbreite eines Wissenschaftlers und die Geduld eines Lehrers besitzen. Zu allen Zeiten muß er ein Bolschewik und Leninist sein. So ist die Generation der Soldaten im Zeitalter des reifen Sozialismus beschaffen. Von solcher Art ist Admiral Tschernawin." Man sieht, die Erwartungen sind sehr hoch gespannt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Zu Wackersdorf meint das Essener Blatt:

Sie ziehen von Ort zu Ort, von Brokdorf (bald in Betrieb) über die Startbahn West (längst in Betrieb) bis jetzt nach Wackersdorf. Sie kommen aus Berlin und Hamburg, Frankfurt und Freiburg, München und Heidelberg; ein harter Kern, der das öffentliche Erscheinungsbild – transportiert durch die Medien – weit stärker bestimmt als diejenigen Gruppen direkt vor Ort, die sich zur Zustimmung oder zum Protest entschließen. Vor gut vier Wochen diskutierten fast zweitausend vorwiegend junge Menschen vier Stunden lang öffentlich in Schwandorf, der Kreisstadt für Wakkersdorf – ohne „Grüne" von weither. Es waren Arbeiter, Angestellte, Gewerkschafter und Betriebsräte, die sich informierten. Eine Diskussion auf hohem Niveau, ohne jede Störung. Ein breites, repräsentatives Spektrum für die Bevölkerung der Oberpfalz. Der Grundtenor war positiv, nicht zuletzt der Arbeitsplätze wegen. Dieses Forum der 2000 fand für „Funk und Fernsehen" nicht statt.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Essener Zeitung schreibt zur Nominierung Raus:

Im Mai sah noch alles ganz einfach aus. Der strahlende Wahlsieger von Nordrhein-Westfalen war unbestreitbar der beste Kanzlerkandidat, den die SPD 1987 in den Wahlkampf schicken konnte... Heute, ein halbes Jahr später, sieht die deutsche Szene verändert aus. Kohl und seine Regierung haben zwar weiter mit Krisen zu kämpfen, doch scheint der Wähler es ihnen nicht mehr allzusehr übelzunehmen. Der sieggewohnte Rau macht derweil einen Nachhilfekurs im Wahlkampf aus der Opposition heraus. Der Glanz der absoluten Mehrheit in NRW strahlt nicht weit über das Land hinaus... Das größte Hindernis für Rau schien jedoch bald der innere Zustand seiner Partei selbst zu sein.

Nordwest Zeitung

Die Oldenburger Zeitung geht auf die Shultz-Reise ein:

Man kann sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, als ob der amerikanische Außenminister ... bestrebt ist, einmal die Probe aufs Exempel zu machen, was hinter den in Genf gesprochenen Worten von Parteichef Gorbatschow steckt: „Wir haben nur die Alternative, uns gemeinsam umzubringen oder in irgendeiner Form miteinander auszukommen". Für den NATO-Bereich ist es seit eh und je so, daß die westliche Führungsmacht ihren Partnern in den meisten Bereichen ein hohes Maß an Eigenständigkeit eingeräumt hat und auch einräumen mußte. Der Ostblock dagegen stand unter der Fuchtel des Kreml, und man weiß bis heute nicht, ob die berüchtigte Doktrin des ehemaligen Partei- und Staatschefs Leonid Breschnew von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten noch Gültigkeit hat.

Wackersdorf als Manöver zur Einbindung der Koalo-Bären

Jetzt wissen die Grünen-Kandidaten nicht einmal, wofür sie kandidieren / Von Dankwart Guratzsch

Nach der dreitägigen Bundesversammlung der Grünen in Offenburg ist bei vielen Mitgliedern und Anhängern der Partei Ernüchterung eingekehrt. Das Profil der Grünen als einer radikalen Gruppierung im Spektrum der Parteien ist durch die hochprozentige Abweisung der Mißtrauensanträge gegen das „fundamentalistische" Sprechergremium Ditfurth, Trampert, Beckmann bestätigt worden. Die Chancen einer Sympathiewerbung bis in die bürgerlichen Parteien hinein wurden damit vertan. Das ist für den Bundestagswahlkampf der Grünen 1986/87 eine schwere Hypothek.

Als mindestens ebenso verhängnisvoll für die Wahlchancen ihrer Partei empfinden es viele Mitglieder der Grünen, daß der Wahlkampfparteitag für die Bundestagswahl auf September 1986 verschoben worden ist. Die Vertagung der eigentlichen inhaltlichen Streitpunkte „Perspektive 87", „Wahlkampfstrategie", „Koalitionsaussage" auf einen so späten Zeitpunkt ist der Preis, den die Grünen dafür zahlen müssen, daß ihre Bundesversammlung die Beratungen in Offenburg für einen Tag unterbrochen hat, um den Delegierten die Teilnahme an der Kundgebung gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage im vierhundert Kilometer entfernten Wackersdorf zu geben.

Vor den negativen Auswirkungen dieses Parteitages für die Zukunftschancen der Partei graut besonders den sogenannten Realpolitikern bei den Grünen, die gewisse Konzessionen bei der Ökopolitik hinnehmen würden und dafür die Zusammenarbeit mit der SPD und auch – wie in Hessen – die Übernahme von Regierungsverantwortung anstreben.

Die endlosen öffentlichen Spekulationen darüber, mit welchen Parolen die Grünen in den Bundestagswahlkampf gehen werden, werden nach den Befürchtungen dieser „Reformisten" am angestrebten guten Erscheinungsbild der Partei nachhaltig nagen. Außerdem müssen sich die Kandidaten der Grünen für die Bundestagswahl aufstellen lassen, ohne zu wissen, unter welchen Prämissen sie antreten werden. Alle diese Tendenzen, die unter der Regie einer fundamentalistischen Mehrheit auf dem Offenburger Parteitag festgeschrieben worden sind, wirken indessen in eine Richtung: Sie werden den fundamentalistischen Flügel entgegen reformistischen Mehrheiten in manchem Landesverband weiter stärken.

Den Fundamentalisten ist die Rettung der reinen Lehre, der „grünen Utopie", wie sie selbst sagen, nämlich wichtiger als jede Regierungsbeteiligung und selbst als die Präsenz im Parlament. Auf irgendwelche „Prämissen" lassen sie sich ohnehin nicht festlegen, mögen sie auch von einer noch so großen Mehrheit ihrer Parteifreunde beschlossen sein.

Das triumphale Abstimmungsergebnis, mit dem die Radikalökologin Jutta Ditfurth in Offenburg über die „Realos" und „Koalos" in der eigenen Partei siegte – sie wurde mit 468 gegen 214 Stimmen als Mitglied des Bundesvorstands bestätigt –, spiegelt vor allem eins: den skrupelloseren und geschickteren Umgang dieser Gruppierung mit der Macht. Die „Realpolitiker" mögen nun jammern, dadurch würden das Bild und der Charakter der Partei verzerrt; auf der größten grünen Mitgliederversammlung aller Zeiten, beim hessischen „Koalitionsparteitag" in Neu-Isenburg, hätte sich bei fünfzehnhundert anwesenden Mitgliedern gezeigt, daß die „Realos" in Wahrheit über eine stabile Dreiviertelmehrheit bei den Grünen verfügen.

Allein, das schützt sie nicht davor, daß sie von den konzertiert und strategisch operierenden „Fundis" untergebuttert werden. In Offenburg wurde der hessische Landesverband zum Beispiel nur von einem 50:50-Verhältnis der beiden Gruppierungen repräsentiert – ein Erfolg der Fundi-Taktik bei der Delegiertenwahl in den Kreisverbänden.

Was am Ende einzig zählt, das ist jedoch die Präsenz der beiden tief zerstrittenen Parteigruppierungen auf der Bundesdelegiertenversammlung. Und da sahen sich die Realos in Offenburg nur mit insgesamt rund dreißig Prozent vertreten. Zwanzig Prozent der Delegierten erwiesen sich als „Wechselabstimmer". Die Fundamentalisten aber hatten rund die Hälfte des Parteitags zuverlässig hinter sich.

Mit dieser Fraktionsstärke und den nicht zuletzt auf dem Treck nach Wackersdorf geschickt eingebundenen „Wechselabstimmern" schafften sie die Absicherung ihrer Positionen. Der innerparteiliche Konflikt mit dem „Oberrealo" Joseph „Joschka" Fischer, dem frischgebackenen hessischen Umweltminister, wurde damit regelrecht institutionalisiert.

Hauptleidtragender neben den Grünen ist die SPD. Nicht nur, daß die Grünen für sozialdemokratische Koalitionsrechnungen in Bund und Ländern erst recht kein verläßlicher Faktor mehr sind (niemand weiß, ob sie noch einmal die Fünf-Prozent-Hürde schaffen) – auch das Image dieses Partners, der wie des Teufels rußiger Bruder auftritt, ist nicht gerade sympathischer geworden.

Nach einem Jahr formulierte der Zeuge Pelny seine Bedenken

Der Abgeordente Todenhöfer fragte den Staatssekretär Spranger nach eventuellen linksextremistischen oder terroristischen Einflüssen bei den Grünen. Der beauftragte den Verfassungsschutz, einen Bericht zu erstellen. Die Opposition spricht von einem Skandal, die Union von einem Routinefall. Eine Bestandsaufnahme.

Von GÜNTHER BADING

Der Zeuge Stefan Pelny – 47 Jahre alt, Jurist, früher Planungschef im Bundeskanzleramt, seit 1983 Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und seit 1965 Mitglied der SPD – war glänzend präpariert. Vor dem Spionage-Untersuchungsausschuß des Bundestags wußte Pelny sogar mehr zu berichten, als es der Auftrag des Gremiums verlangt hätte.

Eigentlich hätte der Ausschuß seine Arbeit beenden und den Abschlußbericht erstellen können, nachdem Pelny dargelegt hatte, daß er den Fall Tiedge zusammen mit seinem früheren Vorgesetzten BfV-Präsident Heribert Hellenbroich gemeinsam geführt, entschieden und verantwortet habe; vor allem aber, daß der Innenminister von den Bedenken gegen den späteren Verräter Tiedge nicht informiert worden war.

Aber die Vernehmung des Herrn Zeugen ging weiter. Und dann kam die zufällige Frage des Ausschußvorsitzenden Gerhard Jahn (SPD, wie Pelny), ob denn die gelegentlichen Aufträge des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, an das BfV über die Mitarbeit an der Erstellung des Verfassungsschutzberichts hinausgegangen seien.

Ganz zufällig erinnerte sich Jahn dann an eine „Indiskretion" in der „Bild"-Zeitung vor zehn Monaten, in der es um die Nachrücker der Grünen im Bundestag ging. Der Zeuge Pelny wußte die Antwort: Ja, dazu habe es einen Berichtsauftrag von Spranger gegeben.

Zwar hatte dies alles nichts mehr mit dem Untersuchungsauftrag – Aufhellung der Spionageaffäre – zu tun, dennoch hakte der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuß, Hermann Fellner, nach. Nun brachte Pelny Kritik an Staatssekretär Spranger ins Spiel. Im Kölner Amt habe man Anstoß an der „politischen Qualität" der Sprangerschen Aufträge genommen. Später sprach Pelny von einer „Zumutung", die für ihn die Anforderung eines Berichtes über die Grünen dargestellt habe. Man habe „Mißbrauch des Amtes" für politische Auseinandersetzungen befürchtet. Dazu „fallen mir vier Beispiele ein", erinnerte sich Pelny spontan, griff zum zufällig mitgebrachten einschlägigen Aktenordner und zitierte daraus, daß:

- Staatssekretär Spranger „für den Abgeordneten Todenhöfer" einen Bericht über eventuelle linksextremistische Einflüsse bei den Grünen verlangt habe, des weiteren
- einen Bericht über eine mögliche Identifikation des Abgeordneten Schily mit dem Terrorismus,
- einen Bericht über die Nachrücker der Grünen und schließlich
- einen Bericht darüber, ob die Flick-Affäre durch Desinformation fremder Geheimdienste losgetreten worden sei.

Der CSU-Abgeordnete Fellner, der offenbar schon am Freitag das witterte, was am Montag in Bonn von manchen politischen Beobachtern als „abgekartetes Spiel" der SPD bezeichnet wurde, ließ nicht locker. Und der Zeuge Pelny mußte auf die Frage: „Ist das Bundesamt für Verfassungsschutz mißbraucht worden?" eingestehen, daß er dieses „so nicht gesagt" habe.

Der tatsächliche Hergang des von der Opposition als „Skandal" bezeichneten Vorgangs ist für die Union ein Routinefall.

Tatsächlich hatte der Abgeordnete Jürgen Todenhöfer (CDU) zunächst in einem Gespräch im Bundestag den Parlamentarischen Staatssekretär Spranger gefragt, ob denn Erkenntnisse über die Bemühungen linksextremistischer Kreise vorlägen, Einfluß auf die Partei der Grünen zu gewinnen. Und sein Abgeordnetenbüro rief am 20. November 1984 beim Staatssekretär an, um die Bitte nach einem schriftlichen Bericht zu diesem Thema zu übermitteln.

Solche Anfragen sind nichts Ungewöhnliches. Die Regierung ist gehalten, die Anfragen von Abgeordneten zu beantworten, ob sie denn mündlich, telefonisch, schriftlich oder auch in der Fragestunde des Bundestages eingehen. Dafür zuständig ist im Innenministerium Staatssekretär Spranger. Er hat auch von Abgeordneten anderer Parteien solche Telefonanfragen erhalten. So erkundigte sich ein gewichtiger SPD-Abgeordneter nach dem Sachstand einer Personalentscheidung im Bereich des Zivilschutzes, und ein Liberaler fragte auf diesem nicht ungewöhnlichen Wege nach der Bewertung einer Erfindung im Zusammenhang mit dem abgasarmen Auto.

Am 5. Dezember 1984 gab Staatssekretär Spranger bei einer Besprechung mit BfV-Präsident Hellenbroich in Bonn die Anfrage des MdB Todenhöfer betreffs linksextremistischer Einflüsse auf die Grünen weiter. Hellenbroich veranlaßte das Übliche. Die zuständige Abteilung für die Beobachtung des Linksextremismus wurde angewiesen, einen „offenen" – also keiner Geheimhaltungsstufe unterliegenden – Bericht zu erstellen, der, im wesentlichen Zeitungsartikel, Interviews und Kandidatenvorstellungen der Grünen auswertete.

Hellenbroich gab diese Weisung allerdings nicht persönlich. Er hielt den korrekten Dienstweg ein und gab den Auftrag an Vizepräsident Pelny, der das Nötige veranlassen sollte; was auch geschah. Pelny protestierte nicht – weder bei BfV-Präsident Hellenbroich noch beim Auftraggeber Staatssekretär Spranger.

Erst im Untersuchungsausschuß formulierte Pelny, fast auf den Tag ein Jahr nach dem Vorgang, seine Bedenken. Auf die Frage des CSU-Abgeordneten Fellner, warum er sich denn gegen eine solche Zumutung „nicht zur Wehr gesetzt" habe, sagte Pelny, er habe das nicht für notwendig gehalten. Der Bericht habe sich „so nüchtern und abgeklärt" gelesen, „der war so harmlos, daß damit keine Politik zu machen war".

Hier stimmte er mit Todenhöfer überein. Der hatte nach Erhalt des ihm mit Anschreiben aus dem Innenministerium „zur persönlichen Unterrichtung" zugegangenen Berichts denselben als „sehr dünn" kommentiert.

Im übrigen: im öffentlichen Jahresbericht des BfV für 1984 sind Erkennntisse über die Versuche linksextremistischer Einflußnahme auf die Grünen für jeden interessierten Bürger problemlos nachzulesen. Mehr wurde auch Todenhöfer nicht mitgeteilt. Niemand wurde beobachtet, niemand wurde beschnüffelt. Im Grunde handele es sich um „Archiv-Material", heißt es im Kölner Amt. Und im Innenministerium wird gefrozzelt: „Vielleicht sollte man den Verfassungsschutz-Bericht nicht öffentlich abgeben, sondern ‚geheim' einstufen – dann würde er wenigstens von den Abgeordneten gelesen."

Konkreter liest sich allerdings der im Ausschuß zitierte Bericht über die Nachrücker der Grünen im Zuge der Bundestagsrotation. Darin steht, was so manchem aus dem Gedächtnis entschwunden sein mag. Etwa, daß das ordentliche Mitglied im Spionage-Untersuchungsausschuß, der Grünen-Abgeordnete Hans Christian Ströbele, im Juli 1982 zu zehn Monaten Haftstrafe mit Bewährung verurteilt worden war – wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.



Staatssekretär Carl Dieter Spranger (links) fragte, und der Vize-Präsident des BfV, Stefan Pelny, antwortete FOTOS: KUCHER/WEREK

Kanzlerkandidat Johannes Rau: Ich will mich abrackern, aber heucheln, verstellen, mich verbiegen will ich nicht FOTO DPA

Rau setzt im Wahlkampf auf Carter

„Versöhnen statt spalten", lautete die Botschaft von Johannes Rau, als er gestern in Ahlen auf einem SPD-Treffen seinen Anspruch anmeldete, „Kansler aller Bürgerinnen und Bürger" werden zu wollen. Jimmy Carters erfolgreiche Wahlkampfstrategie von 1976 soll dabei helfen.

Von PETER PHILLIPS

Die Suche nach dem bereits unter Helmut Schmidts Kanzlerschaft verloren gegangenen Wir-Gefühl bestimmte das SPD-Treffen, zu dem Johannes Rau jeden einzelnen mit persönlicher Ansprache eingeladen hatte. Der liebevolle, langanhaltende Beifall zu Beginn, als der große alte Mann der Partei, Herbert Wehner, den Saal betrat, zeigte es bereits. Verrauchte Enge, wenn auch in modernem Ambiente, ließ Erinnerungen aufkommen und Stimmung entstehen. Minutenlange, stehende Ovationen für den am Vorabend vom Parteivorstand nun endlich auch offiziell gekürten Spitzenkandidaten für 1987 verstärkte die Aufbruchstimmung: „Ich setze mit euch auf Sieg!"

„Es hat sich herumgesprochen, daß ich die bürgerferne Sprache und die Bonner Rituale der angeblichen großen Politik nicht mag", betonte Rau ausdrücklich seine innere Distanz zur Umtriebigkeit der Bundeshauptstadt. „Die Bürger nehmen den in Bonn üblichen ständigen Gebrauch großer, böser Worte inzwischen hin wie das weiße Rauschen im Fernseher". Die Genossen klatschten begeistert, und die Wahlbürger, so ist die Hoffnung, werden diese Botschaft ebenfalls verstehen und aufnehmen.

Der gute Christ aus Wuppertal will sich auf den Weg des Christen aus Plains in Georgia begeben: Mit einem dezidierten Anti-Washington-Wahlkampf hatte auch Jimmy Carter 1976 gegen den Amtsinhaber im Weißen Haus gesiegt, weil er damit die Stimmung der Menschen im Lande getroffen hatte. Des Bonner Spektakels samt dazu gehörender Worthülsen überdrüssig sollen auch die Deutschen mit einer deutlichen Distanzierung zur Hauptstadt gewonnen werden.

So mühte sich Johannes Rau in Ahlen denn auch, scharfe Polemik zu vermeiden, nicht von „Parteien-Koalitionen" zu sprechen, sondern von einer „Koalition unterschiedlicher sozialer Kräfte, der Koalition der Bürger". Mehrfach kam der gezielte Hinweis auf das christlich-sozialistische Programm, das sich die CDU 1947 in Ahlen gegeben hatte, und von dem Franz Josef Strauß kürzlich sagte, man solle nicht auch noch „das Gras fressen", das für die Union inzwischen darüber gewachsen sei. „Der Wille, auch mit Menschen zusammenzuarbeiten, die aus anderen Wurzeln leben, wenn es darum geht, große politische Probleme zu lösen" – das ist für Rau die bis heute gültige Botschaft aus dem Ahlen des Jahres 1947, an die er bewußt anknüpfen wolle: „Wie sehr unterscheidet sich die durchaus zum Streit fähige Ernsthaftigkeit von damals von der klappernden Polemik der Bonner Politik von 1985".

Die Zustimmung zu dem, was Rau selbst „meinen politischen Standort in wichtigen Fragen deutlich machen" nannte, war einhellig und demonstrativ. Vor dem ungewöhnlichen Forum, das eine Mischung aus kleinem und entscheidungslosen Parteitag und sozialdemokratischem Familienfest mit Programmkuchen war, skizzierte der Kanzlerkandidat die Schwerpunkte seines Wahlkampfes:

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Die gegenwärtige Bundesregierung soll in den Augen der Bürger als diejenige erscheinen, die „unfähig ist, ein faires Miteinander in einem demokratischen Gemeinwesen zu erhalten". Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für die Bewältigung der „sozialen, technologischen und ökologischen Herausforderungen" – beides, auch nach Raus Worten, Aufgaben für Generationen. „Eine Regierung unter meiner Führung" werde das „Existenzminimum steuerfrei stellen", Einkommen bis 80 000 Mark entlasten und eine befristete Ergänzungsabgabe für Jahreseinkommen von 60 000 bzw. 120 000 Mark (Ledige bzw. Verheiratete) einführen, „um mehr Menschen in Arbeit und Verdienst zu bringen".

Rau, der gute Familienvater und Landesvater aus Wuppertal, der seine Gegner nicht deftig attackiert, sondern sich um „das große Gespräch aller Bürger" bemüht, für den Menschlichkeit nicht nur eine Floskel ist – dies ist die Botschaft, die ihn schon im vergangenen Mai während der Landtagwahl getragen hat, sie soll auch für den Kampf um das Bonner Kanzleramt die Grundmelodie abgeben. Daran soll jeder Angriff des politischen Gegners abprallen und sich zum Rohrkrepierer entwickeln. Wer kann der SPD noch Einäugigkeit vorwerfen, wenn ihr Spitzenkandidat sagt: „Der Kampf um Menschenrechte ist unteilbar", und dann Afghanistan, Südafrika und Nicaragua als Beispiele nennt.

Die im Landtagswahlkampf erfolgreiche Umarmungsstrategie führt nun dazu, daß sich Rau in der Kontinuität Eberts und Schumachers genauso sieht wie in der Brandts und Schmidts, der gegenwärtige Bundespräsident von Weizsäcker wurde in Ahlen ebenso vereinnahmt wie Vorgänger Heinemann. Und auch das alte Brandt-Wort von der „Compassion" fand wieder Einlaß, diesmal im Raus deutscher Übersetzung „Mitleidenschaft".

Rau sprach ruhig und leise. Es war nicht die liebevolle Zuneigung wie gegenüber Wehner, der sich ähnlich entwickelnde Respekt gegenüber Vogel und auch nicht die unverändert charismatische Ausstrahlung Brandts, die in Ahlen zu Zustimmungswogen führte. Es war vielmehr häufig fast so etwas wie Erstaunen über die eigene freudige Zustimmung zu einem Vormann zu spüren, der so gar nichts vom Stallgeruch der Arbeiterbewegung an sich hat oder je bekommen wird.

Auf wie dünnem Eis sich auch dieser Kanzlerkandidat in seiner Partei trotz demonstrativ gezeigter Zuneigung, die an der Basis wohl auch konkret vorhanden ist, bei manchen Spitzengenossen bewegt, wurde in Ahlen allerdings auch deutlich: „Wir bleiben dabei, die Pershings und die Cruise Missiles müssen genauso wie die sowjetischen Gegenstücke wegverhandelt werden. Ich werde als Bundeskanzler sofort Initiativen in unserem Bündnis und gegenüber der Sowjetunion ergreifen", kündigte Rau an, worauf die ehemalige Juso-Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul laut und deutlich: „Ach Quatsch, nicht zu fassen" sagte.

Sie protestierte auch deftig, als Rau keinen Zweifel daran ließ, daß er im Falle eines Wahlsiegs als Kanzler „nicht einfach nur Willenvollstrecker der Partei sein kann". Zu sehr hörte sich dies nach dem inzwischen verhaßten Helmut Schmidt an, der in Ahlen fehlte, während der verlorene Sohn Karl Schiller stolz in der ersten Reihe saß. Aber Rau hatte mit Bedacht die Worte Willy Brandts bei dessen Kandidatur 1960 zitiert. Und die rothaarige Genossin war eben auch vor allem mit ihrer Wut darüber beschäftigt, daß man ihr keinen Platz am Präsidiumstisch freigehalten hatte.

Betriebsfest mit „Wir-Gefühl"

Das sozialdemokratische Betriebsfest in Ahlen erfüllte jedoch trotz derartiger Distanz einzelner die selbstgestellte Aufgabe, das Wir-Gefühl zu stärken, Aufbruchstimmung zu erzeugen. Johannes Rau will sich „abrackern, aber heucheln, verstellen, mich verbiegen will ich nicht. Ich bleibe der, der ich bin".

Ein zufriedener Willy Brandt lehnte sich zurück, ein gelöster Hans-Jochen Vogel – froh, endlich aus dem Obligo als möglicher Kanzlerkandidat heraus zu sein – stellte sich demonstrativ „als dein Kampfgefährte" zur Verfügung.

In von Rau gewollter geheimer Abstimmung hatten ihn am Vorabend in der Düsseldorfer Staatskanzlei die 25 anwesenden Vorstandsmitglieder der SPD einstimmig gewählt. Es sei zwar „nicht meine Lebensplanung" gewesen, ließ sich Rau anschließend noch einmal vernehmen. Aber er ging in Ahlen endgültig ins Geschirr. Und Willy Brandt kündigte jedem, der störend in die Zügel eingreifen würde, drohend an: „Der wird es mit dem Parteivorsitzenden zu tun bekommen" – auch hier ein Bogen zum Gestern: So hatte der Parteichef es auch Helmut Schmidt einst versprochen.

Erweist sich Kiesls Erfolg über Hundhammer als ein Pyrrhus-Sieg?

PETER SCHMALZ, München

„Ich gehöre zu der Sorte Politiker, die nicht umzubringen sind", sagte Münchens CSU-Vorsitzender Erich Kiesl, obwohl nicht wenige Parteifreunde ihn mit einem Bein bereits im politischen Grab stehen sehen und so mancher ihm diesen unbequemen Standort auch noch wünscht. Nach einer Serie von Nackenschlägen konnte er aber nun wieder einen Triumph feiern: Vom Münchner Stimmkreis Giesing/Harlaching wurde er zum Landtags-Direktkandidaten nominiert, sein Kontrahent Richard Hundhammer, seit 15 Jahren Stimmkreisabgeordneter, unterlag deutlich mit 16 zu 24 Stimmen. Nun wäre dieser Nominierungsabend im Pfarrsaal „Zu den Heiligen Engeln" nicht mehr als eine regionale Marginalie, hätten sich im Vorfeld nicht einige bedeutsame Merkwürdigkeiten ereignet. Seit Kiesl im April vergangenen Jahres aus dem Amt des Münchner Oberbürgermeisters gewählt wurde und in den folgenden Monaten als Vorsitzender der CSU-Rathausfraktion ohne Fortune blieb, schmolz die Zahl seiner Freunde in der Partei wie der letzte Schnee unter der Frühjahrssonne.

In der Landtagsfraktion, wohin der im Oktober nächsten Jahres zurückkehren möchte, erinnert man sich plötzlich wieder sehr genau, wie Kiesl als Staatssekretär des Innenministeriums mit Vorliebe im Hubschrauber durchs Land gezogen war und bei der damals diskutierten Gebietsreform durch unhaltbare Versprechungen viel Verwirrung gestiftet hatte. Bei der Wahl des Landesvorstands erhielt er vor drei Wochen weitaus das schlechteste Ergebnis aller zehn Bezirksvorsitzenden, und vor einer Woche wurde er auch noch aus dem Parteipräsidium gewählt.

Nun war ihm allerdings für den Sprung in den Landtag der sichere Platz 3 der oberbayerischen Bezirksliste zugesagt, der traditionell nach Strauß und dem oberbayerischen Bezirkschef Max Straibl dem Münchner Parteivorsitzenden zusteht. Dennoch drängte es Kiesl nach einem der elf Münchner Stimmkreise, nachdem ihm aber keiner freiwillig geräumt wurde, mußte er gegen einen Parteifreund antreten. Bei dieser Attacke konnte er sich nur in Hundhammers Kreis eine reelle Chance ausrechnen, denn der Sohn des legendären und erzkonservativen Ex-Landwirtschaftsministers Alois Hundhammer hatte zwar die 15 Delegierten seines Ortsverbandes voll hinter sich, nicht aber die der restlichen drei Verbände dieses Stimmkreises.

Münchens ehemaliger Oberbürgermeister Erich Kiesl FOTO: JÜRGEN THOMAS

Ob sich Kiesl allerdings dieses Sieges erfreuen kann, erscheint noch fraglich. Das Direktmandat, so glaubt Hundhammer, wird Kiesl „nicht schaffen", sein Gegner ist der Münchner SPD-Unterbezirksvorsitzende Hans-Günther Naumann. Aber auch Platz 3 der Oberbayern-Liste ist ihm nicht mehr sicher. Schon vor der Nominierung hatte der oberbayerische Abgeordnete Nikolaus Asenbeck seinen Parteifreund Kiesl brieflich den Fehdehandschuh zugeworfen: „Meine Antwort auf Deinen Auftritt gegen Richard Hundhammer und die Antwort anderer Landtagskollegen aus Oberbayern wird sein, daß wir für Platz drei dann Hundhammer vorschlagen." Worauf Parteichef Franz Josef Strauß dem Briefschreiber bei einer parlamentarischen Weihnachtsfeier demonstrativ die Hand schüttelte.

Doch Straußens offen bekundete Sympathie für Hundhammer, mit dessen Vater er bittere Richtungskämpfe ausgefochten hatte, nutzten diesem Kandidaten ebensowenig wie dem bayerischen Landtagspräsidenten Franz Heubl, den der Regierungschef gerne als neuen Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) gesehen hätte.

Wie berichtet wollte eigentlich Alt-Ministerpräsident Alfons Goppel dieses Ehrenamt auch nach seinem 80. Geburtstag gerne noch einige Jährchen fortführen, war aber überraschend nicht wiedergewählt worden. Nun wollte BRK-Vize Bruno Merk, einstmals Goppels Innenminister und jetziger Sparkassenpräsident und an den Wirren, die zu Goppels Niederlage geführt hatten, nicht ganz unschuldig, selbst oberster Sanitäter werden.

Aber Strauß zauberte Heubl als Kandidaten hervor und wechselte mit Merk Briefe, die zeigen, wie dehnbar eine Parteifreundschaft sein kann. „Wenn Sie heute in der Partei mehr Gegner als Freunde haben sollten, habe ich das nicht zu verantworten", schrieb Strauß und warf dem Ex-Minister „verbissenen Fanatismus" vor. Der direkte Schlagabtausch zwischen Strauß und Merk versetzte der Kandidatur Heubls den Todesstoß: 238 der Delegierten stimmten für Merk, nur 140 für Heubl.

Union bewertet Kulturvertrag eher positiv

gba. Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilt die kritische Beurteilung des jetzt unterschriftsreif vorliegenden deutsch-deutschen Kulturabkommens (WELT v. 14. 12.) nicht, wie sie vor allem aus der Berliner FDP zu hören ist. Der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eduard Lintner, sieht die beiden im Vorfeld erhobenen wichtigen Einwände ausgeräumt, daß dieses Abkommen zu einem Flaschenhals für den schon bestehenden Austausch werden könnte, und, daß die Einbeziehung West-Berlins nicht gesichert sei. Gegenüber der WELT sagte Lintner, obwohl die sogenannte Frank-Falin-Formel über die Einbeziehung Berlins benutzt worden sei, wisse man doch, daß diese Formel allein nicht genüge. „Um zu sichern, daß Berlin auch tatsächlich beteiligt wird, hat man bei diesem Abkommen darauf Wert gelegt, daß zusätzlich ein Veranstaltungskalender ausgearbeitet wird, der diese Einbeziehung West-Berlins auch sicherstellt."

Der Kalender umfasse 22 Veranstaltungen bis 1988. Dreimal ist West-Berlin beteiligt. So soll eine Berliner Ausstellung (Bauhaus) in der „DDR" gezeigt werden, und zweimal soll ein Ensemble aus der „DDR" in West-Berlin gastieren – was bisher stets abgelehnt worden war.

Rechtsgrundlage für die Einbeziehung Berlins sei neben Artikel 13 auch Artikel 12 des Abkommens, in dem es heißt, beide Seiten sollten „Arbeitspläne" für den Kulturaustausch erstellen. Lintner verwies auch auf den Absatz b in Artikel 12, in dem es heißt, daß durch die Arbeitspläne die Förderung anderer Maßnahmen, die in diesen Plänen nicht enthalten seien, „nicht ausgeschlossen" sei. Dies sei eine Art „Barometer-Klausel" für das Klima in den innerdeutschen Beziehungen. An der Ausfüllung der Möglichkeiten neben dem einmal, für jeweils zwei Jahre festgelegten Arbeitspläne oder Veranstaltungskalender lasse sich der wahre Stand des Verhältnisses ablesen. Lintner merkte zu dem Abkommens weiterhin positiv an, daß nicht allein der traditionelle Kulturaustausch, sondern eine „weite Palette" vom Studentenaustausch bis zur Sportförderung vorgesehen sei, vor allem aber, daß die Förderung auch die Initiative von Einzelpersonen im kulturellen Bereich umfassen solle.

Countdown in Kiel für privaten Rundfunk

Sendet Radio Schleswig-Holstein schon im kommenden Jahr?

GEORG BAUER, Kiel

„Wir treten gegen einen Giganten an." Der Geschäftsführer von Radio Schleswig-Holstein, Klaus Schmidtulm, umriß mit diesem Satz den Konkurrenzkampf, in den sich der erste private Hörfunkveranstalter im nördlichsten Bundesland seit dem Wochenende offiziell begeben hat. Mit diesem Satz wollte Schmidtulm aber auch die Startbedingungen umschrieben wissen, die seiner Meinung nach an die Auseinandersetzung zwischen David und Goliath erinnern.

Einen ersten Vorgeschmack auf das Verhalten des NDR, das von einer gewissen Nervosität zeugt, bekamen die Mitarbeiter von Radio Schleswig-Holstein auch schon. Der private Hörfunk könne frühestens sein Programm vom 1. Juli 1987 an in den Äther strahlen, ließ der NDR verkünden. Der Zeitpunkt für den Start des privaten Hörfunks, der von 16 Zeitungsverlegern des Landes betrieben werden wird, könnte aber bereits Mitte des nächsten Jahres sein.

Signale aus dem Bundespostministerium sprechen dafür. In Verhandlungen mit der „DDR" versucht das Ministerium die Zustimmung Ost-Berlins für die Nutzung der Frequenz 100 bis 104 Megahertz zu halten, die für den Verleger-Hörfunk reserviert ist. Nach dem Genfer Wellenplan aus dem vergangenen Jahr, der erst am 1. Juli 1987 gültig ist, muß die „DDR" als Nachbarstaat einer früheren Vergabe der Frequenz auf dem Wege einer sogenannten „Vorabkoordination" ihren Segen geben. Dänemark hat dies bereits getan.

Warten auf Karlsruhe

Für einen früheren Sendebeginn böte sich aber auch noch eine zweite Möglichkeit. Hierzu müßte die Bundespost allerdings prüfen, ob unterhalb der Megahertz-Grenze 100 noch Frequenzen unbesetzt sind. Nach Meinung von Eingeweihten würde dies zu einem Protestschrei beim NDR führen. Mit der Begründung, in Schleswig-Holstein gebe es noch Gebiete mit ungenügendem Empfang, würde der NDR die freien Frequenzen wahrscheinlich für sich beanspruchen.

Schwierigkeiten könnten aber auch die Richter in Karlsruhe bereiten. Auf Beschluß ihrer Fraktionsvorsitzenden in den Bundesländern hatte die SPD ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet. Auf dem Prüfstand steht zwar das Landesrundfunkgesetz Niedersachsen, doch erhoffen sich die Sozialdemokraten auch grundsätzliche Aussagen der obersten Richterschaft in der Bundesrepublik Deutschland, mit deren Hilfe unter anderem auch das Rundfunkgesetz Schleswig-Holsteins ausgehebelt werden könnte.

16 Verleger beteiligt

Im Falle Schleswig-Holsteins ist es vor allem die Frage, ob Verleger, die ein Hörfunkprogramm betreiben, auf Grund der Medien Zeitung und Hörfunk ein sogenanntes „Doppelmonopol" bei der Information und Meinungsbildung besitzen. Die Verleger begegnen diesem Bedenken mit einem Hinweis auf ihre Zahl. Immerhin seien 16 Verleger des Landes an diesem Programm beteiligt.

Die Mitarbeiter von Radio Schleswig-Holstein, das seinen Hauptsitz im Kieler Gewerbegebiet Wittland hat, bereiten sich ebenfalls auf einen früheren Start vor. Rund 60 Mitarbeiter, davon 30 Redakteure, werden von Kiel, Heide, Flensburg, Lübeck und den Großraum Hamburg aus für ein Vollprogramm sorgen. Wie Schmidtulm mitteilte, seien die „ersten Tests bereits gefahren". Mit Beginn des kommenden Jahres werden die Studios in einer früheren Lagerhalle für Tabak eingerichtet. Geschätzter Kostenaufwand: vier Millionen Mark.

Zur Zeit feilen die Mitarbeiter an einem Programm mit einem stark ausgeprägten Schleswig-Holstein-Profil. Bei der Vergabe der Lizenz war dieser Aspekt nach den Aussagen der unabhängigen Landesanstalt für das Rundfunkwesen (ULR) das entscheidende Kriterium für die Vergabe der zunächst auf zehn Jahre befristeten Sendeerlaubnis an den Verleger-Zusammenschluß gewesen.

Als aussichtsreichste Kandidaten, die die gesetzlichen Bestimmungen erfüllten, hatten bis zum Schluß neben Radio Schleswig-Holstein auch der Bauer-Verlag und die Ufa-Film- und Fernseh-GmbH, die zum Bertelsmann-Verlag gehört, gegolten. Der gesetzlich vorgeschriebene Versuch, eine Einigung der Bewerber herbeizuführen, war nach wiederholten Anläufen gescheitert.

„Welt beginnt Afghanistan zu vergessen"

lz. München

Auch nach sechs Jahren ist in dem Krieg um Afghanistan, der am 27. Dezember 1979 mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen begann, kein Ende in Sicht. Doch die Weltbevölkerung beginne, den Freiheitskampf am Hindukusch langsam zu vergessen, erklärte der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Fritz Pirkl, gestern zur Eröffnung eines zweitägigen Afghanistan-Seminars seiner Organisation in München.

Experten aus Europa, Asien und Amerika, darunter auch vier Führer der Widerstandsbewegung, versuchen dabei, eine politische und militärische Situationsbeschreibung zu geben. Die Fakten der „völkerrechtswidrigen Besetzung" durch die Sowjetunion sind erschreckend: Eine Million Tote, zumeist unter der Zivilbevölkerung, 3,3 Millionen Flüchtlinge, 150 000 Sowjetsoldaten als Besatzungsmacht, die seit geraumer Zeit mit immer brutaleren Bombardements Dörfer auslöschen und Ernte sowie Vieh vernichten.

Pakistans Botschafter in Bonn, Abdul Waheed, berichtete von zunehmenden Einschüchterungsversuchen Moskaus gegenüber seinem Land, das den afghanischen Flüchtlingen Schutz gewährt. Vor allem der sowjetische Druck auf Indien wachse, gegen Pakistan vorzugehen. Bei über 200 Verletzungen der Lufthoheit im Grenzgebiet allein in diesem Jahr haben russische Maschinen nach Angaben des Botschafters auf pakistanischem Boden über 1000 Menschen getötet.

Während Waheed auf einen Erfolg der Genfer Afghanistan-Gespräche, deren sechste Runde ebenfalls gestern begonnen hat, setzt und die Hoffnung äußerte, nach einer Vertragsvereinbarung werde Moskau seine Soldaten „bis auf den letzten Mann" zurückziehen, zeigte sich der Asien-Spezialist der Stiftung „Wissenschaft und Politik", Dieter Braun, eher pessimistisch: Die bisherige Patt-Situation zwischen Widerstandskräften und Besatzern beginne sich langsam zugunsten der Sowjets zu verlagern, wenngleich die Mudschahedin weithin große Teile des Landes kontrollieren. Der Gegner habe aber kleinere und gut geschulte Einheiten aufgestellt, die mit Hubschraubern schnell und gleichzeitig an mehreren Orten operieren können.

Boris Becker steht hoch im Kurs

DIETER DOSE, Berlin

An Boris Becker können auch die „DDR"-Medien nicht mehr vorbeigehen. Schließlich weiß man, daß der Wimbledon-Sieger auch in der „DDR" die Fernsehzuschauer auf den Westkanal lockt. „Boris Becker ist schon ein vorzüglicher Tennisspieler", stimmt die „Neue Berliner Illustrierte" („NBI") in die Lobeshymnen ein. „Spätestens seit dem 7. Juli dieses Jahres ist sein Können bekannt. An jenem Tag stieg der damals 17jährige mit seinen brillant geschlagenen Volleys und Aufschlägen, die eine Spitzengeschwindigkeit von 320 km/h erreichen, mit seinen raffinierten Passierbällen zum Wimbledon-Sieger, dem inoffiziellen Profiweltmeister, auf." Aber dann gibt es Seitenhiebe, nicht gegen Boris, aber gegen die bösen Kapitalisten:

„Über die Spielkünste ... des Jungprofis freuten sich alle Zuschauer, ebenso sein Manager und die von ihm geköderten Großfirmen. Auch für sie ging ein Traum in Erfüllung. Denn die Ware Becker versprach und verspricht hohe Profite."

Besonders dankbar aber werden die „NBI"-Leser für den Hinweis sein, daß Boris vom 20. Dezember an im Davis-Cup-Finale gegen Schweden wieder auf dem Bildschirm erscheint. So können sie rechtzeitig auf Westfernsehen umschalten ...

Daß militärisches Spielzeug zu der Ausstattung der Kindergärten in der „DDR" gehört, ist nicht unbekannt. Ganz unproblematisch aber scheint es nicht immer zu sein, die Eltern von der Notwendigkeit der „patriotischen Erziehung" zu überzeugen. In einem Bericht der „National-Zeitung", Organ der Nationaldemokratischen Partei, über die Fachschule für Kindergärtnerinnen in Gotha wird angedeutet, daß es darum zumindest Diskussionen gibt.

„Eine weitere Bewährungsprobe bestanden die jungen Erzieherinnen, als mit den Eltern über den Sinn militärischen Spielzeugs im Kindergarten diskutiert wurde", heißt es. „Der geduldige und einfühlsame Dialog zwischen Kindergärtnerinnen und Eltern mündete im gemeinsamen Bemühen, den Kindern verständlich zu machen – auch mit Hilfe des militärischen Spielzeugs –, worin die Aufgaben unserer Soldaten zum Schutz des Friedens bestehen."

Aus der Presse von drüben

Die erste Stufe des später in der Schule folgenden Wehrkundeunterrichtes.

Krimi-Autor Conan Doyle hätte sich kaum träumen lassen, wozu seine Roman-Detektive Sherlock Holmes und Dr. Watson alles zweckentfremdet werden. Deren Nachfahren gibt es jetzt an der Ostberliner Egon-Schultz-Oberschule – die 13jährigen Schüler Holger Drust und Andreas Kaulich. Vorgestellt werden sie im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland".

Aber die kleinen „Spürhunde" jagen keine Verbrecher. „Gesucht werden Altpapier, Flaschen, Gläser, Plaste", berichtet das „ND". Denn bei der Sammlung von „Sekundärrohstoffen", abgekürzt Sero, hat sich die genannte Oberschule besonders ausgezeichnet.

Wie macht ihr das? Auf diese Frage erzählte Pionierleiterin Silke Thonig von ihren beiden Meisterdetektiven Sherlock Holmes und Dr. Watson alias Holger Drust und Andreas Kaulich von der 7. Klasse. „Jeden Donnerstag um 7 Uhr öffnen sie den Altstoffkeller im Schulhaus und führen über die Anlieferungen genau Buch. Anschließend wird ausgewertet, wo welche Klasse steht ... Holger und Andreas aber nehmen nicht nur an, sie zählen selbst zu den besten ‚Spürnasen' und spornen außerdem ihre Klasse so an, daß sie seit Monaten den 1. Platz im Wettbewerb einnimmt."

„Millionen für die Republik" – unter diesem Motto läuft die „Großfahndung" nach den Sekundärrohstoffen.

„Die Binnenfischer haben sich zum Ziel gesetzt, das Wachstum vom Ei bis zum Speisefisch wesentlich zu verkürzen" – frohe Kunde aus dem thüringischen Trostadt bei Hildburghausen verkündet der in Ost-Berlin erscheinende „Morgen". Dort ist ein neues Bruthaus für Forellen eingeweiht. „In 600 speziellen Brutgläsern kann jährlich aus 20 Millionen Forelleneiern neue Frischbrut schlüpfen."

Doch was sind schon Forelleneier im Vergleich zu dem, was die von der Ost-CDU herausgegebene „Neue Zeit" über die „Plandokumente für 1986" aus Ost-Berlin zu berichten hat. Kürzlich wurden sie von den Stadtverordneten verabschiedet und verheißen Fortschritt auf der ganzen Linie. Von der frischen Schrippe bis zur zusätzlichen Telefonzelle, von der Erweiterung der „gastronomischen Einrichtungen für den Jugendtanz" bis zur Einführung der „Mehrschichtarbeit" in den Auto-Werkstätten, in denen die in der „DDR" gängigsten Autotypen, der „Trabbi" und der „Wartburg", repariert und gewartet werden.

Klage gegen Abtreibungs-Finanzierung

Christliches Hilfswerk zieht vor Gericht: Krankenkassenbeiträge „zweckentfremdet"

idea, Gießen

Erstmals geht jetzt ein Hilfswerk gerichtlich dagegen vor, daß die von ihm gezahlten Krankenkassenbeiträge auch zur Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen verwandt werden. Das evangelikale Missionswerk „Hoffnung für Dich e. V." (Gießen und Wabern) beantragte in einer Klage gegen die Barmer Ersatzkasse, daß die für elf Mitarbeiter gezahlten Beiträge um den Prozentsatz ermäßigt werden, den die Kasse von ihrem Gesamthaushalt für Abtreibungen ausgibt.

Wie ein Vorstandsmitglied des Werkes, der Unternehmer Ulrich Weyel (Gießen), dazu dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) erläuterte, stehe die Mitfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen in direktem Widerspruch zu den Aufgaben des Werkes. Es helfe neben drogenabhängigen, haftentlassenen und psychisch erkrankten Menschen auch Frauen, die ungewollt schwanger geworden seien. Gerade jetzt sollten in Zusammenarbeit mit befreundeten Werken und Gemeinden Hilfen für werdende Mütter, die in Problemen steckten, verstärkt werden.

Zum größten Teil finanziere sich das Werk aus Spenden, mit denen Leben erhalten und geschützt werden solle. Eine zwangsweise Verwendung dieser Gelder zur Tötung ungeborenen Lebens verstoße sowohl gegen den Zweck des Werkes als auch gegen den Willen der Spender. Weyel kündigte weitere Klagen gegen Krankenkassen an.

Wie es in der beim Sozialgericht in Kassel eingereichten Klageschrift heißt, sehe sich das Werk durch die Verwendung seiner Krankenkassen-Pflichtbeiträge auch für Abtreibungen in seinem Grundrecht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit beeinträchtigt, das in Artikel 4 des Grundgesetzes gewährt werde, da es sich „überzeugungswidrig" verhalten müsse. Nach seiner Auffassung leiste es durch die Zahlungen „Beihilfe zur Tötung menschlichen hilflosen Lebens". Außerdem stimme die Abtreibungsfinanzierung durch die Krankenkassen mit der ursprünglichen Aufgabe der Krankenversicherungsträger nicht überein.

Preis verliehen: Erinnerung an Küstermeier

DW. Tel Aviv

Für „hervorragende Beiträge" zur deutsch-israelischen Verständigung wurde gestern in Tel Aviv zum dritten Mal der Rudolf-Küstermeier-Preis verliehen. Er ist nach dem ersten Chefredakteur der WELT benannt, der 1977 in Tel Aviv gestorben ist. Der Preis ging in diesem Jahr an Alice Schwarz-Gardos, Redakteurin der deutschsprachigen Tageszeitung „Israel-Nachrichten", und an den Chor der Kibbuzgemeinschaft Takam, der wiederholt in Deutschland gastiert hat. In seiner Laudatio würdigte der langjährige Vizepräsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, Francis Ofner, die Verdienste von Axel Springer, dem Stifter des Preises, und von Rudolf Küstermeier um die Aussöhnung zwischen beiden Völkern: „Beide suchten den Weg zur Buße für Sünden, die sie selbst nie begangen hatten."

Britischer Minister traf Palästinenser

rtr, Jerusalem

Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Timothy Renton, hat während eines Israel-Besuchs in Ostjerusalem mit einer Delegation von Palästinenser-Führern aus dem israelisch besetzten Westjordanland konferiert. Das teilte ein britischer Konsularvertreter gestern in Jerusalem mit. Renton hatte während einer Nahost-Rundreise bereits Libanon und Syrien besucht. Der Vertreter des britischen Konsulats in Ostjerusalem erklärte, Renton habe mit den Palästinensern die Möglichkeiten für eine Nahost-Friedenslösung und die in Westjordanien bestehenden Verhältnisse erörtert. Zu den Palästinensern, die an dem Treffen teilgenommen hatten, gehörten der Bürgermeister von Betlehem, Elias Freidsch, die Chefredakteure Hanna Seniora und Mahmud Abu Salaf sowie die ehemaligen Bürgermeister von Hebron und Nablus.

Anhänger Numeiris gründen Partei

dpa, Kairo

Anhänger des gestürzten sudanesischen Staatschefs Dschafar el-Numeiri haben in Khartum eine eigene Partei gegründet. Wie die Kairoer Presse gestern berichtete, wird die „Nationalsoziale Allianz" von Osman Abul Kassem, einem ehemaligen Minister Numeiris, geführt. Die Partei will die Errungenschaften des gestürzten Regimes erhalten, erklärte Kassem. Gestern wurden mindestens 18 Mitglieder verhaftet. Kassem hat das Land mit unbekanntem Ziel verlassen.

Frau Aquino will gegen Marcos vorgehen

rtr, New York

Die philippinische Präsidentschaftkandidatin Corazon Aquino will nach einem Wahlsieg den derzeitigen Amtsinhaber Ferdinand Marcos im Zusammenhang mit der Ermordung ihres Mannes Benigno Aquino verhaften lassen. In einem gestern von der „New York Times" veröffentlichten Interview sagte Frau Aquino, sie werde Marcos anzeigen. Später fügte sie nach Darstellung der Zeitung hinzu, vielleicht müsse nicht einmal sie es sein, die das Verfahren in Gang setze. Der ehemalige Oppositionsführer Benigno Aquino war im August 1983 bei seiner Rückkehr aus amerikanischem Exil auf dem Flughafen von Manila erschossen worden. Die Regierung machte einen angeblichen kommunistischen Agenten, der unmittelbar nach der Tat erschossen wurde, für den Mord verantwortlich.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mit Moskaus Plazet nutzt die „DDR" Chinas Politik der offenen Tür

Rege Besuchsdiplomatie, mehr Handel und Kulturaustausch / Sindermann in Peking

JOCHEN HEHN, Hongkong

Im Windschatten des fast schon normalisierten Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China haben sich auch die Beziehungen zwischen Peking und Ost-Berlin verbessern können. Deutlichstes Zeichen dafür ist der gegenwärtige Besuch des „DDR"-Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann in Peking, der damit der höchste Repräsentant Ost-Berlins seit mehr als 20 Jahren in der Volksrepublik China ist.

Den radikalen Bruch zwischen Sowjets und Chinesen hat vor 25 Jahren auch die „DDR" als loyalster Bundesgenosse Moskaus nachvollzogen, eine Entscheidung, die Ost-Berlin damals sicher nicht leichtgefallen ist. Die Beziehungen zu Peking hatten nämlich gerade einen Höhepunkt erreicht.

Horst Sindermann selbst war es, der 1958 von SED-Chef Walter Ulbricht mit dem Auftrag nach Peking geschickt wurde, das Kommunen-System in China zu studieren. Und Sindermann kehrte begeistert zurück. „Die Volkskommune," so befand er nach seiner Rückkehr, „bedeutet, sich satt zu essen und für Millionen von Bauern die Schaffung eines besseren Lebens . . ."

Das chinesische Modell wurde selbst dann noch verteidigt, als sich der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow bereits über die Kommunen lustig machte. Die SED begann 1959 damit, ihre landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu größeren Einheiten zusammenzulegen.

Die Kehrtwendung kam dann jedoch quasi über Nacht. Hatte die SED im Mai 1960 noch chinesische Wirtschaftsexperten zu Vorträgen nach Ost-Berlin geladen, befand die SED-Führung nur einen Monat später das chinesische Konzept auf einmal für untauglich.

In den beiden folgenden Jahren wurden alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zwischen Peking und Ost-Berlin beendet. Selbst als sich Ost-Berlin loyal zu Moskau in die Reihen der Kritiker Pekings einreihte, zahlten die chinesischen Politiker nicht mit gleicher Münze heim, sondern sparten die „DDR", durchaus in der berechtigten Annahme, Ost-Berlin sei zu diesem Schritt gezwungen worden, von ihrem gegen Moskau gerichteten politisch-ideologischen Kampf aus.

Peking hat bis heute konsequent an seiner Politik festgehalten, die Sowjetunion und die übrigen sozialistisch-kommunistischen Staaten in Europa nicht als einen homogenen Block zu betrachten. Mit Rumänien hatte China auch während der „Eiszeit" ununterbrochen gute Beziehungen. Zu Jugoslawien unterhält es seit einigen Jahren wieder Kontakte auf Staats- und Parteiebene. Zu den Moskau-Loyalisten Ungarn, CSSR, Bulgarien, Polen und „DDR" hat China in den vergangenen Jahren, unabhängig von seinen Verhandlungen mit der Sowjetunion, versucht, engere Verbindungen auf staatlicher und wirtschaftlicher Ebene aufzubauen.

Für das Verhältnis zwischen Ost-Berlin und Peking bedeutet dies, daß seit knapp zwei Jahren ein regelmäßiger Besuchsverkehr stattfindet. Im Mai 1984 wurde in Peking ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Seitdem lehren neben Lektoren aus der Bundesrepublik Deutschland nun wieder Lehrkräfte aus der „DDR" chinesischen Studenten die deutsche Sprache.

Auch der beiderseitige Handel verzeichnet hohe Zuwachsraten. So wird erwartet, daß das Handelsvolumen in diesem Jahre um 50 Prozent höher als 1984 ausfällt. Auch die „DDR" ist bestrebt, sich Chinas Politik der offenen Tür zunutze zu machen. Tempo und Grad der Beziehungen zwischen China und der „DDR" werden jedoch zu einem nicht unwesentlichen Teil von Moskau mitbestimmt werden.

Portugal orientiert sich zur Mitte

Sozialdemokraten gewinnen Gemeindewahlen / Ergebnis der Eanes-Partei enttäuscht

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Die portugiesischen Gemeindewahlen bestätigten den Trend der rechten Mitte, wie er sich schon bei den Parlamentswahlen im Oktober abzeichnete. Die Sozialdemokratische Partei des Ministerpräsidenten Antonio Cavaco Silva, eine bürgerliche Partei der rechten Mitte, konnte ihre Position sogar weiter ausbauen. Nach dem vorläufigen Ergebnis stieg sie von 30 Prozent bei den Parlamentswahlen auf 36 Prozent.

KP büßte Stimmen ein

Verlierer ist die Reformpartei des noch amtierenden Staatspräsidenten, General Ramalho Eanes, der bei den Oktober-Wahlen mit 18 Prozent einen überraschend guten Nullstart feiern konnte. Offensichtlich sind sich die Wähler des Volksfrontcharakters der Führung dieser Partei bewußt geworden. Die Eanes-Partei erreichte nur vier Prozent.

Die Sozialisten konnten sich mit 27,5 Prozent nach der Wahlniederlage im Oktober um anderthalb Punkte erholen. Ebenso die Christdemokraten. Die Kommunisten – Gesamtergebnis: 17,5 Prozent – verloren zehn ihrer bisher 55 Rathäuser, in denen sie den Bürgermeister gestellt hatten. Zum ersten Mal seit der Revolution von 1974 büßten sie ihre sichere Vormachtstellung im Werftzentrum Setubal ein. Man kann auch nicht mehr von einem „kommunistischen Alentejo" sprechen.

Wieder einmal bestätigten Wahlen in Portugal, daß sicb die Vernunft des Wählers durchsetzt. Nach und nacb erholt sich die Nation von dem Schock der von Kommunisten und Militärsozialisten verfälschten Revolution des April 1974; sie löst sich von der Vorstellung, daß die Demokratie nur links von der Mitte stattfinden könne.

Nun bestimmen wie andernorts auch in Portugal lokale Kriterien die Gemeindewahlen. Aber schon die Koalitionen zwischen den Sozialdemokraten und Christdemokraten auf der einen und Sozialdemokraten und Sozialisten auf der anderen Seite drücken den Wunsch nach Stabilität im Zentrum aus.

In der Hauptstadt Lissabon konnten die Sozialdemokraten ihre Position im Rathaus festigen. Lissabon wählte zum dritten Mal einen sozialdemokratischen Bürgermeister. Dieses Ergebnis darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kommunisten, die übrigens im ganzen Lande als Volksunion (APU) firmierten, die Sozialisten von Platz zwei auf Platz drei verdrängten. Der Lissaboner Industriegürtel wählte die kommunistische Koalition.

Auch in den anderen großen Städten gewannen die Sozialdemokraten Cavaco Silvas, der sich selbst nicht am Wahlkampf beteiligte: so in Oporto und Coimbra, das sie den Sozialisten abnahmen, und sogar in Setubal, einst Hochburg der KP. KP-Chef Alvaro Cunhal wittert denn auch Böses. Er will die Ergebnisse anfechten.

Die bisher höchste Stimmenenthaltung von etwas mehr als 35 Prozent (vorläufiges Ergebnis) entspricht der erwarteten Wahlmüdigkeit. In den letzten zehn Jahren wurden die Bürger zwölfmal an die Urnen gerufen.

Noch ein Votum im Januar

So wird man mit noch größerer Spannung den Präsidentschaftswahlen vom Januar 1986 entgegensehen. Denn ihr Ausgang kann für die Regierung Cavaco Silva entscheidend sein, weil der Staatspräsident bei bestimmten Voraussetzungen das Parlament auflösen und Wahlen ausschreiben lassen kann.

Der Trend, wie er sich aus den Gemeindewahlen ablesen läßt, richtet sich aber gegen die Reformpartei des Präsidenten Eanes, dessen Präsidentschaftskandidat Salgado Zenha als typischer Vertreter der neuen Volksfront anzusehen ist. Seine Partei setzt auf Neuwahlen möglichst noch vor dem Sommer. (SAD)

Südasien sucht innere Annäherung

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Die Gründung von SAARC", so meinte Sri Lankas Präsident Junius Jayewardene, „ist wie eine Schiffsreise. Alle beteiligten Länder müssen nun aufpassen, daß es zu keiner Meuterei kommt." Sicherlich auch eine Reise durch viele Klippen und Stürme: Denn trotz der formell gegründeten „Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit" (SAARC) sind die Interessen der sieben Mitgliedsländer – Indien, Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka, Bhutan, Nepal, Malediven –, seien sie wirtschaftlich oder politisch, wohl kaum und bald unter einen Hut zu bringen. Dies gilt vor allem für die bilateralen Verbindungen der Mitgliedsländer zu Drittländern. Das Treffen in Dhaka war eher symbolisch; und Indiens Ministerpäsident Gandhi meint: ein Start.

Die sieben SAARC-Länder stellen mit rund einer Milliarde Menschen ein Viertel der Weltbevölkerung dar. Ziel der Vereinigung ist es, wie Rajiv Gandhi meint, nicht die bilateralen Beziehungen der sieben Länder in eine gemeinsame regionale Identität zu pressen, sondern die südasiatische Zusammenarbeit als eine „zusätzliche Dimension in unsere Außenpolitik einzubeziehen". Für die Region bedeutet das: Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit und Bevölkerungskontrolle, Meteorologie, Postwesen, ländliche Entwicklung, Wissenschaft und Technologie, Sport, Kunst, Telekommunikation und Transportwesen.

Mehr als fraglich ist, ob von Dhaka aus, wo bald das provisorische Sekretariat von SAARC seine Arbeit aufnimmt, auch im wirtschaftlichen Bereich, vor allem im Handel mit Drittländern, gemeinsame Strategien ausgearbeitet werden sollen und können. Denn zu unterschiedlich sind die Importforderungen der Mitgliedsländer. Indien als wirtschaftlich stärkstes Land der Region steuert auf Importunabhängigkeit zu – und hat sie auf vielen Gebieten bereits erreicht. Gleichzeitig interessiert sich Indien in erster Linie für den Import hochentwickelter Technologie für spätere indische Produktion.

Pakistan, Bangladesch und Sri Lanka dagegen, selbst strukturschwach, haben die Inlandsmärkte für ausländische Konsumgüter vornehmlich aus Japan, Südkorea und westeuropäischen Ländern geöffnet. Sie versuchen gleichzeitig eine Konsumgüterindustrie aufzubauen.

Auch in Zukunft werden die Importe aus den Industrienationen in diese drei Länder fließen – sehr zum Ärger Indiens, das selber gerne Güter des täglichen Bedarfs – wie nach Nepal – auch in die anderen südasiatischen Länder exportieren würde. Sicher könnte Pakistan – was es ablehnt – statt teurer japanischer Produkte billigere aus Indien bei niedrigeren Frachtkosten importieren.

Wie Islamabad werden auch Colombo und Dhaka dem bilateralen Handel mit westlichen Exporteuren den Vorzug geben. Im Gegenzug wird dieser bilaterale Handel aucb die Exporte aus Südasien bestimmen, eine gemeinsame und stabile Preis- oder Kontingent-Front für südasiatische Exportprodukte, wie zum Beispiel Tee oder Jute, wird Zukunftsmusik bleiben. Gemeinsames Thema werden für die SAARC-Länder die Handels- und Wirtschaftsprobleme der Dritten Welt sein: Protektionismus und angebliche Diskriminierung durch die Industrienationen.

Lkw-Streik in Holland führt zu Verkehrschaos

HELMUT HETZEL, Den Haag

Das totale Verkehrschaos herrschte gestern auf vielen holländischen Straßen und an fast allen Grenzübergängen des Landes zur Bundesrepublik Deutschland und Belgien. In einer Art Nacht-und-Nebel-Aktion starteten Tausende von niederländischen Lkw-Fahrern am späten Sonntag abend ihre Streikaktionen.

Zuvor war ein von ihrer Gewerkschaft FNV an die Arbeitgeber gerichtetes Ultimatum ohne Antwort von Arbeitgeberseite verstrichen. Die Gewerkschaft erklärte daraufhin die seit einer Woche festgefahrenen Tarifverhandlungen für zunächst gescheitert.

Bereits am frühen Morgen brach der Berufsverkehr an den neuralgischen Verkehrsknotenpunkten des Landes fast völlig zusammen. Es bildeten sich kilometerlange Staus. Stark behindert wurde der Verkehr in Amsterdam.

Grenzübergänge betroffen

Besonders hart betroffen aber waren die Rotterdamer Autofahrer von den Protestaktionen. Durcb die Blockade der Brienennoord-Brücke und des Benelux-Tunnels wurden sämtliche aus und zu der holländischen Hafenmetropole führenden Verkehrswege abgeriegelt.

Ähnlicb gingen die holländischen Lkw-Chauffeure an fast allen Grenzübergängen zur Bundesrepublik und Belgien vor. Zunächst behinderten sie mit ihren Aktionen lediglich den Güterverkehr. Im Laufe des Tages aber bezogen sie auch den Personenverkehr mit ein und legten so an einigen Grenzübergängen des Landes den gesamten Verkehr lahm. Sogar die Autobahn Utrecht–Arnheim war für einige Zeit wegen Lkw-Sperren nicht mehr befahrbar. Nach Angaben der Polizeiverkehrszentrale in Driebergen nahmen die niederländischen Autofahrer die Protestaktionen und daraus resultierendeo Verkehrsbehinderungen zumeist gelassen hin.

Krankengeld ist strittig

Der Tarifkonflikt zwischen den „Brummi-Fahrern" und der sie vertretenden Gewerkschaft FNV sowie dem Arbeitgeberverband EVO entzündete sich hauptsächlich an der Frage der Krankengeldregelung. Der FNV fordert eine hundertprozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Arbeitgeber stimmen damit zwar im Prinzip überein, wollen aber in jedem Fall einen „Rastertag" in das Tarifabkommen aufnehmen. Das hieße: Der erste Krankheitstag wird nicht bezahlt.

Bei den Lohnforderungen hat man bereits eine weitgehende Annäherung der Standpunkte erzielt. Offen ist zur Stunde allerdings noch, wie lange der Streik andauern wird. Möglicherweise wird er heute ausgesetzt, am Mittwoch aber wieder fortgesetzt.

Moskau, SDI und „Neutralisierung"

AP, Moskau

Der sowjetische Militärpublizist Oberst a.D. Wassili Morosow hat sich in einem gestern von der Presseagentur Nowosti verbreiteten Artikel über mögliche Reaktionen auf das amerikanische Programm einer Raketenabwehr im Weltraum geäußert. Die USA bauten wohl darauf, daß die Sowjetunion mit ihrem Territorium von der dreifachen Größe der Vereinigten Staaten Schwierigkeiten hätte, SDI etwas entgegenzustellen, erklärt Morosow. Es gebe aber billigere und schnellere Wege, eine weltraumgestützte Raketenabwehr zu neutralisieren. Zum einen könne man „Weltraumminen" stationieren, um amerikanische Waffen unschädlich zu machen, heißt es in dem Artikel. Zum anderen könnten amerikanische Raketenabwehrsysteme mit Raketenattrappen getäuscht werden. Schließlich ließen sich sowjetische Raketen mit einer laserabweisenden Schicht ummanteln. Das alles ließe sich mit den schon vorhandenen technischen Möglichkeiten verwirklichen und würde nur ein bis zwei Prozent dessen kosten, was SDI erfordert.

Terror gegen Schwarze, die bei Weißen einkaufen

Südafrikas Wirtschaft soll unter Druck gesetzt werden

M. GERMANI, Johannesburg

Der Befreiungskampf der schwarzen Bevölkerung in Südafrika hat in der Vorweihnachtszeit eine bizarre Variante erhalten. Das „Verbraucherboykott-Komitee" (CBC) forderte die schwarze Bevölkerung in Pretoria, Johannesburg, dem Industriegebiet des Vaaldreiecks und dem Nordtransvaal auf, keine Waren in den weißen Geschäften mehr zu kaufen. Damit sollen weiße Geschäftsleute angesichts der gegenwärtig schwierigen Wirtschaftslage in den Bankrott getrieben werden.

Dieser Boykott ist von jugendlichen Banden mit terroristischen Methoden teilweise erfolgreich durchgeführt worden. Doch in der vergangenen Wocbe mußten sich die Organisatoren des CBC von den Gewalttätigkeiten distanzieren, nachdem es zu schweren Ausschreitungen jugendlicher Banden gegen Schwarze gekommen war, die in weißen Geschäften eingekauft hatten. Die Jugendlichen „konfiszierten" – viele Schwarze sprachen jedoch von „stehlen" – alle Waren, die die schwarzen Bewohner bei sich hatten.

Mehl wurde auf die Straßen geschüttet. Manche mußten nicht nur sofort die Lebensmittel aufessen, sondern wurden auch gezwungen, Waschpulver zu schlucken. Es kam zu Leibesvisitationen, um festzustellen, ob jemand Kleider oder Unterwäsche in weißen Geschäften erworben hatte, Fraueo wurden die neuen Kleider vom Leibe gerissen. Wer eine Dauerwelle hatte, und damit eine „weiße Frisur", wurde mit Glasscherben geschoren.

Die CBC-Leitung forderte die Jugendlichen auf, die Gewalttätigkeiten einzustellen.

Schwarze Verbraucher sind empört über die Behandlung und haben mit Selbsthilfemaßnahmen gegen diesen Terror gedroht. In verschiedenen schwarzen Geschäften wurden Preiserhöhungen von mehr als 200 Prozent festgestellt. Dadurch wurden die Veranstalter des Boykotts von der eigenen Bevölkerung kritisiert.

Wesentlich erfolgreicher ist die Forderung des CBC nach einem „schwarzen Weihnachtsfest", bei dem alle festlichen Veranstaltungen bis zum Beginn des neuen Jahres abgesagt werden müssen. Hochzeiten sind nur in kleinem Kreis gestattet. Musikveranstaltungen schwarzer Künstler werden reihenweise abgesagt. In der vergangenen Woche wurde der Leihwagen des schwarzen Sängers Sipho Mabuse während eines Volkskonzertes in Soweto in Brand gesteckt.

Die Forderungen nach dem „schwarzen Weihnachtsfest" sehen neben dem Verbot aller Veranstaltungen auch den Boykott aller weißen Geschäfte vor. Mit diesem Vorgehen soll aller Schwarzen gedacht werden, die in diesem Jahr bei Unruhen starben. Die südafrikanische Polizei hat ihre Präsenz in den schwarzen Städten verstärkt, um die Bewohner vor dem Terror zu schützen.

Waigel: Namibia helfen

Plädoyer für die von Bonn abgelehnte Übergangsregierung

BERNT CONRAD, Bonn

Der Vorsitzende der Bonner CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, hat sich dafür ausgesprochen, in Namibia das Modell der Vielrassigkeit zu unterstützen, wie es in der vor einem halben Jahr gegründeten Übergangsregierung zum Ausdruck komme. Gerade angesichts der rohstoffpolitischen und geostrategischen Bedeutung des gesamten südlichen Afrika komme es für den Westen darauf an, jenen Kräften zu helfen, die für Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand einträten, betonte Waigel in einem Interview des Namibia-Pressedienstes.

Als „ärgerlich" bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion die „außenamtliche Feststellung", die Übergangsregierung sei „null und nichtig". Man könne nicht etwas für null und nichtig erklären, „was es wirklich gibt", meinte Waigel zu entsprechenden Äußerungen von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Außerdem sei kein Fehler darin zu sehen, „daß die in Namibia lebenden Menschen über die Gestaltung ihrer Zukunft mitreden wollen. Bisher wurde doch immer nur von Außenstehenden – Fünfergruppe, südafrikanische Regierung und Swapo – darüber verhandelt."

Die Übergangsregierung wird den Unabhängigkeitsprozeß in Südwestafrika nach Ansicht Waigels bestimmt nicht aufhalten, sondern eher beschleunigen. „Mit Sicherheit aber wird sie die Menschen im Lande auf eine Unabhängigkeit nach deren eigenen Vorstellungen vorbereiten."

Die Stellungnahme des Unionspolitikers unterstreicht den wachsenden Beifall, den die von der offiziellen Bonner Außenpolitik abgelehnte Übergangsregierung im Bundestag findet.

Im Oktober hatten 127 Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU und 25 Abgeordnete des Europa-Parlaments eine Erklärung unterschrieben, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, sich in stärkerem Maße für die demokratischen Kräfte in Namibia zu engagieren. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans Klein, betonte bei dieser Gelegenheit, die Interimsregierung sei ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Auch namhafte FDP-Fraktionskollegen Genschers – darunter der frühere Bundesernährungsminister Josef Ertl, der entwicklungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Wolfgang Rumpf, und der Abgeordnete Olaf Feldmann – haben dafür plädiert, der Übergangsregierung eine Chance zu geben.

Sogar in der lange Zeit einseitig für die Swapo eintretenden Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) scheint sich ein Stimmungswandel zugunsten einer objektiveren Bewertung der Lage in Namibia anzubahnen.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die jetzt auch vom EKD-Ratsmitglied Helmut Müller aufgenommene Forderung, Südwestafrika scbon vor der Unabhängigkeit Entwicklungshilfe zu gewähren. Waigel meinte dazu, man müsse sich fragen, ob man beim Aufbau einer gesunden Wirtschaft helfen oder warten wolle, „bis ein womöglich unfreies System mit der bekannten sozialistischen Mißwirtschaft dann in Bonn Millionen abholt, um die Menschen vor dem Hungertod zu bewahren".

Finnlands KP gespalten

Stalinisten werden ausgeschlossen / Parteibücher überprüft

AFP, Helsinki

Die von der national gesinnten, unabhängigen Mehrheit geführte KP Finnlands wird in der ersten Hälfte des kommenden Jahres die Parteibücher erneuern und bei dieser Gelegenheit alle Anhänger des in der Minderheit stehenden stalinistischen Flügels aus der Partei ausschließen. Der vom Zentralkomitee getroffene Beschluß leitet die endgültige Spaltung der seit fast 20 Jahren in Richtungskämpfe verstrickten finnischen KP ein.

Das ZK erklärte zu der Entscheidung und in Anspielung auf die Pläne der Stalinisten für die Gründung einer eigenen Partei, Mitglieder einer „Konkurrenzformation" erhielten in Zukunft kein Parteibuch mehr. Dies betrifft die Mitglieder der acht von insgesamt 17 Bezirksorganisationen, die bereits vor zwei Monaten wegen abweichender Haltung von der Parteilinie ausgeschlossen wordeo waren. Sie hatten daraufhin ein „Komitee für Einheit" gegründet, das von der Parteiführung als Kern einer neuen Partei gewertet wird und zugunsten dessen das sowjetiscbe Parteiorgan „Prawda" jüngst Stellung bezogen hatte.

Die Röntgen-Tomographie eröffnete der medizinischen Diagnostik völlig neue Einblicke ins Körperinnere. Jetzt machen sich auch Werkstofftechniker diese Vorteile bei Metalluntersuchungen zunutze. Kompliziert gebaute Teile, etwa die Turbinenschaufeln von Gasturbinen aus temperaturbeständigen Stählen oder aus Keramik, können mit modernen Tomographie-Verfahren schneller und auch billiger auf Material- und Bearbeitungsfehler untersucht werden.

Der Computer prüft nun auch Triebwerke auf Herz und Nieren



Per Bildschirm werden die Turbinenteile auf Materialfehler untersucht
FOTO: GENERAL ELECTRIC

Von ARNO NÖLDECHEN

Die Schaufeln auf den Laufrädern von Gasturbinen in Flugzeugtriebwerken oder in Kraftwerksanlagen werden beim Start und im Betrieb sehr großen Temperatur- sowie mechanischen Belastungen ausgesetzt. Sie müssen binnen weniger Sekunden Temperatursprünge bis zu 1250° C aushalten und werden dabei enormen Beschleunigungskräften bei mehreren tausend Umdrehungen ausgesetzt. So ist es kein Wunder, daß gut 50 Prozent der Turbinenschaufeln von Industriegasturbinen ihre Probeläufe nicht überstehen.

Eine Schadensstatistik der Münchener Allianz zeigt auf, daß auch im Betrieb knapp 45 Prozent der Schäden in Turbinenlaufschaufeln auftreten. Die Lufthansa kontrolliert ihre Jet-Triebwerke äußerst sorgfältig. Je nach Anzahl der Starts ihrer Maschinen werden intensive Kontrollen nach 300 bis 1000 Betriebsstunden vorgenommen. Bei den geringsten Schadensanzeichen werden Turbinenschaufeln ausgetauscht. Wenn aber schon in der Produktion „anfällige" Turbinenschaufeln entdeckt werden können, sind große Kosteneinsparungen möglich.

Eine Gruppe von Wissenschaftlern und Technikern der General Electric Company in Schenectady (US-Bundesstaat New York) hat jetzt ein computerisiertes Röntgen-Tomographie-Verfahren entwickelt, das in einem halbautomatischen Arbeitsgang Schaufeln von Gasturbinen untersucht. Mit dem Verfahren werden selbst die kleinsten Materialfehler offenkundig. Aber auch die kompliziert ausgeformten Kühlkanäle werden dabei sichtbar gemacht.

Gerade diese Kanäle sind wichtig, weil sie die Turbinenschaufeln von den hohen Temperaturbelastungen freihalten, die beim Betrieb auftreten. Da es teilweise winzige, von Lasern gebohrte Kanäle sind, entzogen sie sich den bisher eingesetzten Röntgenuntersuchungsmethoden. Dazu wurden die Turbinenschaufeln von zwei – in Ausnahmefällen – auch von drei Seiten durchleuchtet und das Ergebnis auf fotochemischem Weg mit Röntgenfilmen festgehalten. Die Auswertung verlangte viel Personal und war zeitaufwendig.

Beim neuen Tomographie-Verfahren dauert es nur noch zwei Minuten, bis ein vollständiges Bild mit allen Details vorliegt. Die Suche nach versteckten Materialfehlern, Klunkern oder fehlerhaften Einschlüssen dauert sogar weniger als eine Sekunde. Die Untersuchungsanlage arbeitet kontinuierlich und erfordert nur noch einen Mitarbeiter. Die einzelnen Turbinenschaufeln werden von einem Roboterarm in die Tomographie-Kammer gestellt und, je nachdem um welche Schaufelart oder -form es sich handelt, entsprechend zur korrekten Durchleuchtung gedreht. Die Röntgenstrahlen werden nicht auf einem Fluoreszenzschirm, sondern von speziellen, neu entwickelten Detektoren registriert. Sie können entweder auf einem Bildschirm beobachtet oder archivierend gespeichert werden.

Um Ungenauigkeiten, die einem Qualitätsprüfer entgehen können, doch noch aufzuzeigen, werden Abweichungen von vorgegebenen Parametern farblich hervorgehoben. Derzeit ist zwar dazu noch ein Ingenieur erforderlich, aber es wird daran gearbeitet, das gesamte Verfahren vollständig zu automatisieren. Das gelingt, wenn die zur Bildauswertung entwickelte Software weiter ausgebaut wird. Sie ist überhaupt das Herz des Tomographie-Verfahrens, weil sie die verschieden stark durchgelassenen Röntgenstrahlen „aufrechnet" und wieder zu einem kompletten Bild zusammensetzt.

Die Zeitersparnis bei den Durchleuchtungen und der Fortfall aller fotochemischen Röntgenfilmverarbeitungen können nach Ansicht der Techniker das Untersuchungssystem in weniger als fünf Jahren so weit amortisieren, daß es um rund 1 Million Dollar billiger als das früher verwendete Verfahren ist.

Der Winter wird den Bäumen versalzen

Trotz rückläufiger Streuung ist die Belastung von Pflanzen und Erdreich noch zu hoch

Von H. de LA CHEVALLERIE

Der Salzverbrauch im Winterstreudienst ist erfreulicherweise rückläufig. Nach Statistiken des Umweltbundesamtes in Berlin betrug der Salzverbrauch 1981 noch 2,6 Mill. Tonnen, 1982 waren es 1,2 Mill. Tonnen und 1983 nur noch 0,9 Mill. Tonnen. Immer mehr Städte gehen dazu über, den Salzverbrauch im winterlichen Straßendienst einzuschränken. In den Städten Hamburg und Karlsruhe z. B. blieben ca. 70 Prozent des Straßennetzes salzfrei. In Berlin waren es 1983 etwa 90 Prozent. 1984 gab es bereits in 30 Gemeinden Satzungen, die eine Streusalzverwendung auf Gehwegen verboten. Eine der ersten war Wiesbaden, die bereits 1972 per Ortssatzung ihre Bürger verpflichtete, abstumpfende Mittel, etwa Granulate, statt Streusalz zu verwenden.

Doch immer noch wird zuviel Salz gestreut. Längst ist wissenschaftlich erwiesen, daß Winterstreusalz, d. h. Kochsalz (NaCl), zum Absterben von Pflanzenteilen und ganzen Pflanzen führt. Insbesondere Straßenbäume sind stark gefährdet, nicht nur durch das Spritzwasser der Straßen, sondern mehr noch durch die Gehwegsalzung.

Natriumchlorid schädigt auch die Bodenstruktur

Salzschäden an Bäumen und Sträuchern tauchen oft erst nach Jahren auf. Das tückische Natrium-Chlorid schädigt nicht nur das Zellgewebe in Blättern, Rinden und Wurzeln, sondern verändert auch negativ die Bodenstruktur im Wurzelbereich. Es beginnt ein tödlicher Kreislauf. Die Chlorionen und teilweise auch die Natriumionen werden von den Wurzeln aufgenommen und entfalten ihre giftige Wirkung in den Zellen. Bei sehr starker Anreicherung in den Speicherorganen des Baumes stirbt der Baum ab. Viele Tausende von Straßenbäumen starben bereits so den Salztod. Die Natriumionen verdichten außerdem die Bodenstruktur. Es kommt zur Behinderung der Nährstoffaufnahme. Salzschäden an den Bäumen sind leicht erkennbar. Die Blätter werden kleiner und erkranken an Nekrosen, verfärben sich braun und fallen oft bereits im Sommer ab. Besonders salzempfindlich sind Ahorn, Linde und Kastanie. Eichen und Robinien sind etwas salzresistenter. Aber auch sie haben auf Dauer keine Chancen, die alljährlichen Salzungen zu überstehen.

Doch nicht nur Bäume werden durch Streusalz geschädigt. Über die Kanalisation gelangt das Gift in die Wasserkreisläufe. Ebenso treten durch Streusalz starke Korrosionsschäden bei Betonstraßen, Brückenkonstruktionen und Kraftfahrzeugen auf. Insgesamt also Gründe genug, auf Kochsalz zu verzichten.

Immer wieder wird die Frage gestellt, ob man denn nicht salzresistente Pflanzenarten verwenden könne. Dies ist leider nicht möglich. Es gibt lediglich einige Gräser und Kräuter aus dem Küstenbereich, die viel Salz vertragen. Auch verwendbare alternative Auftausalze gibt es nicht. Langfristig hilft nur ein Verzicht auf Salz. Zumindest im Gehwegbereich sollte selbstverständlich sein, daß Anlieger, wie früher auch, bei Schneefall zu Besen und Schaufel greifen und nicht einfach zur Salztüte. Bereits durch Streusalz geschädigten Bäume kann durch zusätzliche Düngung und Wässerung geholfen werden, jedoch nur bedingt. Hilfreich ist auch das Unkraut auf den Baumscheiben, weil die Wurzeln der Kräuter zur Tiefenlockerung des Bodens beitragen und mit dafür sorgen, daß Salze schneller in den Unterboden ausgewaschen werden.

Gegen Salzspritzwasser von den Straßen kann man Straßenbäume durch Hochborde schützen. Doch würde ein nachträglicher Einbau Millionen verschlingen und es wäre auch nachträglich schwierig, diese Borde in den beengten Baumscheibenbereich einzubauen. Außerdem bliebe die Baumscheibe im Gehwegbereich ungeschützt. Also auch hier hilft letztlich nur eine Salzreduzierung, wenn man den Straßenbäumen wirklich helfen will.

Professor Meyer-Spasche hat sich eingehend mit dem sogenannten Kationenaustausch bei salzgeschädigten Bäumen beschäftigt. Hierunter versteht man eine wässrige Lösung mit Kali-, Kalk- und Magnesiumionen, die in den Boden eingespült wird. Im Boden erfolgt nun ein Ionenaustausch, d. h. die Natrium- und Chlorionen werden aus dem Wurzelbereich verdrängt.

Nur aufwendige Verfahren neutralisieren das Salz

Die Wirksamkeit dieses sehr aufwendigen Verfahren ist zwar nachgewiesen, es bleibt jedoch auch hier die Frage, ob es nicht sinnvoller ist, es gar nicht erst zu der Versalzung der Böden kommen zu lassen, zumal mögliche Folgen dieses Eingriffs in den Boden auch nicht mit Gewißheit auszuschließen sind.

Doch letztlich sind alle Ausgleichsmaßnahmen keine Lösungen, weil so das Salzproblem nur verlagert wird. Nur Verzicht bzw. Einschränkung helfen weiter. So ist darauf zu achten, daß Streumengen und Streubreiten im Straßenbereich auf das unbedingt notwendige Maß begrenzt bleiben, daß vorbeugende Salzungen unterbleiben, daß nur wirklich wichtige Straßen, z. B. Busstraßen mit Salz gestreut werden oder nur mit Splitt, wie dies Berlin diesen Winter wieder praktizieren wird. Stadtverwaltung und Bürger sind aufgerufen, auf Salz zu verzichten; Verzicht heißt, Schnee zu räumen und nicht einfach wegzutauen. Für Autofahrer heißt es dann vor allem, langsam zu fahren.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Plötzlicher Säuglingstod

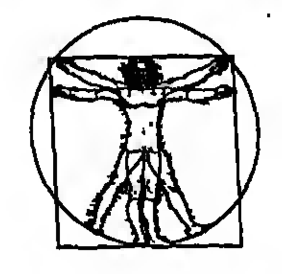
Berlin (dpa) – Eltern von Säuglingen nehmen Vorsorgeuntersuchungen beim Kinderarzt immer noch zu selten in Anspruch, obwohl sich so das Risiko des „plötzlichen Säuglingstodes" vermindern ließe. Regelmäßige Untersuchungen mit modernen Diagnoseinstrumenten können diese häufigste Todesursache bei Säuglingen eindämmen, wie jetzt der Forschungsbeirat der „Gesellschaft zur Erforschung des plötzlichen Säuglingstodes" mitteilte.

„Schalter" für Gene

Berlin (Kü.) – Die Regulationsstrukturen von Nukleinsäuren und Proteinen versucht ein Forschungsschwerpunkt an der Freien und der Technischen Universität in Berlin herauszufinden. Die Wissenschaftler wollen die Funktionsweise der Zellen besser verstehen, beginnend mit den Genen und deren Regulation bis hin zu den „Schaltern", die die Produktion von Proteinen in Gang setzen. Trotz großer Fortschritte in den letzten Jahren ist über diese Fragen bisher noch zu wenig bekannt.

Winterschläfer ohne Heim

Recklinghausen (L. K.) – Für die Winterschläfer unter den Tieren wird die Quartiersuche immer schwieriger. Die nordrhein-westfälische Landesanstalt für Ökologie



(LÖLF) teilte jetzt mit, daß alte Bäume, Höhlen oder Dachstühle immer seltener für Igel, Fledermäuse oder Schmetterlinge zugänglich seien. Alte Bäume, so rät die LÖLF, sollten daher erst im Frühling gefällt werden. Höhleneingänge sollten durch Gitter gesichert werden, damit Fledermäuse Zugang haben.

Allergie gegen Hausstaub

Düsseldorf (lnw) – Ein Test, mit dem sich schnell die Belastung einer Wohnung durch Allergie erzeugende Hausstaubmilben nachweisen läßt, ist jetzt erstmals auf dem Markt erhältlich. Mit Hilfe eines präparierten Farbstreifens kann der Befall mit Milben sofort festgestellt werden. Mediziner schätzen, daß eine halbe Millionen Menschen hierzulande an einer Allergie gegen die mikroskopisch kleinen Lebewesen leiden.

Wassertechnologie

Duisburg (dpa) – Um dem Bedarf der Wasserwirtschaft nach geschulten Wissenschaftlern entgegenzukommen, wird die Universität Duisburg zusammen mit der Ruhr-Universität Bochum vom nächsten Wintersemester an die neuen Fachgebiete Wassertechnologie und Wasserchemie anbieten. Ein entsprechendes Institut soll bei der Rheinisch-Westfälischen Wassergesellschaft (RWW) in Mülheim angesiedelt werden. Das Unternehmen stellt die Räume und Geräte zur Verfügung.

Ärztliche Videokonferenz

Hannover (dL) – Die Deutsche Bundespost hat jetzt erstmals eine Video-Konferenz zwischen Hannover und Hamburg vorgeführt. Während eines Betriebsversuchs wurden in Hannover in Gegenwart von Chirurgen per Video Röntgenbilder, Dias und Schaubilder mit dem Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf ausgetauscht.

Kombination gegen Karies

Peking (DW.) – Aus der Kombination der bisher für die Kariesvorbeugung verwendeten Substanzen Chlorhexidin sowie Fluoriden haben Wissenschaftler der Universität Peking neuartige Substanzen hergestellt, die die Eigenschaften beider Wirkstoffe verbinden. Einer dieser neuen Substanzen, das Chlorhexidin-Hydrofluorid, soll jetzt auf die gesundheitliche Unbedenklichkeit getestet werden.

Ein Blick ins Zentrum des Krisenherdes

Endoskopische Verfahren können Operationen an inneren Organen überflüssig machen

Von BERND KOCH

Mit Hilfe endoskopischer Verfahren lassen sich viele Erkrankungen an inneren Organen besser behandeln, so daß die Zahl der Operationen gesenkt werden kann. Dies wurde jetzt auf der Jahrestagung des nordwestdeutschen Chirurgenverbandes in Hamburg deutlich.

Blutungen im Bereich des Magens und des Dünndarms lassen sich zu 80 Prozent auf Geschwüre oder Krampfadern der Speiseröhre zurückführen. Bei 60 000 Betroffenen pro Jahr hat sich trotz der raschen Entwicklung von diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten in den letzten Jahrzehnten die Letalität von zehn Prozent nicht senken lassen.

Die Erstbehandlung ist heute eine Domäne der Endoskopie (Spiegelung). Ein Großteil der Blutungen läßt sich mit diesen Verfahren stillen. Dabei wird vor allem die Laser- oder Elektro-Koagulation eingesetzt. Bei diesen Verfahren wird ein fingerdikkes bewegliches Instrument durch Mund und Speiseröhre eingeführt, die Blutung aufgesucht und sozusagen verschweißt. Nur zehn bis 20 Prozent der Patienten benötigen dann noch eine operative Behandlung, bei der das betroffene Gewebe vernäht oder ausgeschaltet wird. Eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Endoskopikern und Chirurgen wurde von allen Beteiligten als wünschenswert angesehen, um die Erfolgsrate zu erhöhen.

Steinbildungen der Gallenblase gehen häufig mit Begleiterkrankungen einher, vor allem bei älteren Patienten. Lokale Entzündungen durch Bakterien, ein Verschluß des Gallenganges mit nachfolgenden Leberschäden infolge eines Eindringens von Gallensteinen in die Gallenwege sowie die allgemeine Altersschwäche belasten den älteren Menschen erheblich. Ab dem 70. Lebensjahr treten bei Operationen an der Gallenblase deshalb deutlich mehr Komplikationen auf. Mit der Ultraschalluntersuchung des Oberbauches (Sonografie) steht ein ungefährliches und mit hoher Treffsicherheit verbundenes Verfahren zur Verfügung, um Gallensteine zu erkennen.

Oft lassen sich Konkremente, die den Abfluß der Galle behindern, durch endoskopische Verfahren entfernen. Über eine Optik kann der Arzt den Stein orten und ihn mittels speziell eingebauter Instrumente entfernen. Dieser Eingriff ist für den Patienten weniger belastend als die Operation. Eine weitere Möglichkeit besteht in der Auflösung durch Pharmaka. Bei gut 90 Prozent der Fälle handelt es sich um Cholesterinsteine. Bis zu einer Größe von 1,5 Zentimeter lassen sich diese in einer langdauernden Therapie bei einem Teil der Patienten auflösen.

Operative und konservative Therapie greifen also ineinander und ergänzen sich. Auf jeden Fall sollten Notfalloperationen durch eine frühzeitige Diagnostik vermieden werden. Treten dennoch Komplikationen auf, sollte man zunächst mit Hilfe einer konservativen Therapie die akuten Symptome bekämpfen und erst nach ihrem Abklingen, sofern notwendig, operieren.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfoch 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Stundenausfall als Regel

„Nach einem Vierteljahrhundert Reform klagen Schüler vor dem Kadi Bildungsdefizite ein"; WELT vom 5. Dezember

Die Überschrift verleitet zu der Annahme, als würden Schüler erst heute vor dem Kadi Bildungsdefizite einzuklagen versuchen. Es liegt vielleicht daran, daß solche Gerichtsverfahren meist für die Medien weniger spektakulär sind, daß sie außerdem durch entsprechendes Vorgehen der für die Schulen zuständigen Behörden nur selten einen vollen Erfolg versprechen.

Stundenausfälle, d. h. ganze Fächer werden aus den Stundentafeln der Richtlinien gestrichen, sind ebensowenig neu wie Unterrichtsausfälle aus den verschiedensten Gründen. Solche Ausfälle, die natürlich immer nur auf das betreffende Schuljahr bezogen werden können, kommen in einem Hauptsacheverfahren schon rein zeitlich gar nicht zum Zuge.

Für eine sogenannte einstweilige Anordnung bekommt es eine Behörde mit den unterschiedlichsten Rückfragen taktisch meistens so hin, daß die Verhandlung dann gerade noch im vorletzten Schulmonat stattfindet; der arme Richter kann in solchen Fällen eigentlich nur noch fragen, was man für diese knapp vier bis fünf Wochen bis zu den Ferien (Schuljahresende) noch wirkungsvoll anordnen solle.

In einem Fall erhielten Schüler und Eltern allerdings auch sehr interessante Informationen: So durften sie zum Beispiel zur Kenntnis nehmen, daß ein Unterrichtsausfall bis zu 20 Prozent in den Lehrplänen bereits als „Spielraum" eingebaut sei. Zum Recht auf Bildung hieß es dann in einem Beschluß des Verwaltungsgerichts Hamburg, dieses aus Art. 2 Abs. 1 GG fließende Grundrecht auf Bildung kann aber nicht auf mehr als auf einen „Minimalstandard der Bildungseinrichtungen" gerichtet sein. Die Frage jedoch, was dieser Minimalstandard der Bildungseinrichtungen ist, hat bis heute kein Unterrichts-, Schul- oder Bildungsminister (-senator) unserer Bundesrepublik beantwortet. Ein einmaliger „Konsens des Schweigens" über alle Parteigrenzen hinweg!

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Schulze-Wewezer,
Eltern für Eltern e. V.
Hamburg

Die Not der Fahrlehrer

„Der Krieg der Fahrschulen: Statt gründlich billig und schnell"; WELT vom 4. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist erfreulich, daß Sie den Mut aufgebracht haben, dieses heiße Thema zu berühren sowie über den VfF zu berichten.

Die Politiker hatten Angst, die Schülerschaft sowohl zum Theorie- wie zum praktischen Unterricht zu verpflichten, gleichwohl sie jedoch den Fahrlehrer unter Strafe stellten, wenn dieser die für den Fahrschüler vorgesehenen Pflichtfahrten, wie Autobahn-, Überland- und Nachtfahrt, nicht absolvierte.

Der Fahrlehrer steht zwischen den Fronten. Er soll einerseits seine Kunden, sprich Schüler, zufriedenstellen, andererseits ein Maximum an Leistung und Wissen vermitteln. Dies ist nur möglich, wenn ihm der Gesetzgeber den Rücken stärkt. Das Gegenteil ist der Fall.

Solange, wie in Ihrem Artikel von Herrn Roos beschrieben, die Bundeswehr jährlich eine Unzahl von Fahrlehrern ausstößt, die ja eigentlich keine Fahrlehrer im Sinne des Fahrlehrerberufes sind, sondern Soldaten, wird sich an unserer Situation nichts bessern.

Wenn die Verwaltungsbehörden das ihnen zugestandene Überprüfungsrecht der Fahrschulen ausnützten, würden mit Sicherheit die Ausbildungstendenzen „billig und schnell" zugunsten der Gründlichkeit geändert werden.

Auch die Prüfungspraxis der Technischen Überwachungsvereine ist mit schuld. Dort ist festzustellen, daß der Prozentsatz der Durchfaller in schlecht ausbildenden Fahrschulen im Verhältnis zu qualitativ gut ausbildenden Fahrschulen nicht wesentlich höher ist.

Dirigistische Maßnahmen der Art, wie vom Bundesrat am 8. November beschlossen, der Fahrschüler solle fünf Fahrstunden Überland, drei Fahrstunden Autobahn und zwei Fahrstunden Nachtfahrt je Klasse absolvieren, sind meines Erachtens ein Unfug und gehen zu Lasten des Ausbildungsgerüstes. Die bisherige Regelung, 50 Kilometer Überland, zwei BAB und eine Nachtfahrt, ist ausreichend, wenn diese absolviert werden.

Dirk Hartig, Fahrlehrer,
Engen

Vorausschau

„Ein Friedensvertrag für die Deutschen im europäischen Haus": Geistige WELT vom 30. November

Sehr geehrter Herr Kremp,

mit Ihrem Artikel haben Sie auf einer knappen Zeitungsseite wieder einmal eine Arbeit geliefert, die in ihrer Vorausschau der Dinge ins Schwarze trifft. Es sind ja immerhin eine ganze Reihe von Fakten, die dargestellt sein wollen und die dann in einen überzeugenden gedanklichen Ablauf gebracht werden müssen. Das ist Ihnen zu diesem Thema in gewohnter Weise gelungen. Das besondere aber ist die Vorausschau der kommenden Entwicklung. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die Russen eines Tages die deutsche Karte spielen. Soll man das wünschen, oder soll man es fürchten? Ich neige zu der letzten Alternative. Die Deutschen wird diese Entwicklung unvorbereitet treffen. Sie haben nämlich aus ihrer Geschichte nichts gelernt. Nicht nur fehlt es überhaupt am Geschichtsbewußtsein, auch die ganze Konzeption ist falsch.

Im Grunde genommen wird immer noch in den Kategorien des Bismarckschen Reiches gedacht, ohne zu erkennen, daß die Reichsgründung 1871 und die damit verbundene Schaffung eines nur nominell föderativ gegliederten Staatengebildes die Grundlage für zwei Weltkriege gebildet hat.

Mir erscheint das gesamte Wiedervereinigungskonzept zweifelhaft – mindestens auf viele Jahrzehnte hinaus. Ein solches Konzept kann nur zu einer neuen Machtzusammenballung im Zentrum Europas führen und diesmal – wenn auch formell auf neutraler Basis – unter sowjetischer Hegemonie. Die Deutschen werden sogar zustimmen, ohne die Folgen in ihrer Tragweite zu überschauen.

Das sind keine erfreulichen Perspektiven für eine Wiedervereinigung. Hoffentlich werden wenigstens einige wenige Ihrer Leser sich zu Ihrer Arbeit Gedanken machen.

In jedem Fall möchte ich mich bei Ihnen bedanken.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinrich Weber-Unger,
Brannenburg/Inn

Wort des Tages

„Nicht der Wunsch, berühmt zu werden, sondern die Gewohnheit, arbeitsam zu sein, erlaubt es uns, ein Werk hervorzubringen."

Marcel Proust, französischer Autor (1871–1922)

Lange gewartet

„Der Kampf um die Rosinen auf dem Spielplan"; WELT vom 28. November

Sehr geehrter Herr Beuth,

auf einen solchen Artikel warte ich nun fast schon 12 Jahre. Herzlichen Dank! Ich werde eine Kopie davon an jeden schicken, der sich wieder einmal beklagt, daß es keine Karten gibt.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Mares,
Staatsoperndirektor,
Hamburgische Staatsoper

Riesenunfug

„Bonner Fehler"; WELT vom 10. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

obiger Artikel und dessen Bezugspunkt war sowohl auf der Gesamttextil-Veranstaltung als auch bei dem Geburtstagsempfang für Dr. Dregger Gesprächsgegenstand.

Zusammenfassung der Meinungen: Der Riesenunfug mit der Forschungsbeihilfe für Siemens wird deutlich durch eine gleichfalls absurde Vorstellung, die ebenso gut gepolsterte Deutsche Bank könnte nunmehr für ihr Flick-Engagement auch noch Umstrukturierungsbeihilfe beanspruchen!

Mit freundlichen Grüßen
Rembert van Delden,
Ahaus/Westf.

Personalien

VERÄNDERUNG

Peter Boenisch, ehemaliger Sprecher der Bundesregierung, tritt zum 1. Januar 1986 als Geschäftsführer für den Bereich Journalismus in den Burda Verlag, Offenburg/München, ein. Gleichzeitig wird der 58jährige Peter Boenisch als Redaktionsdirektor der Burda GmbH die Verantwortung für die Illustrierte „Bunte", für Burda TV und neue Objekte des Verlages übernehmen. Über die neuen Objekte bei Burda, die im Bereich der Printmedien zu sehen sind, wollte Boenisch noch nichts sagen. Boenisch: „Das Haus Burda hatte einige neue Projekte und Konzeptionen entwickelt, über die aber angesichts der Konkurrenz jetzt schon zu sprechen sich von selbst verbietet." Boenisch, einer der bekanntesten deutschen Journalisten, war im Springer Verlag viele Jahre Chefredakteur von „Bild", „Bild am Sonntag" und WELT, ehe er als Staatssekretär nach Bonn gerufen wurde. Im Januar wird Peter Boenisch von Bonn nach München übersiedeln.

AUSZEICHNUNGEN

Dänemarks Königin **Margrethe II.** hat Bundeskanzler **Helmut Kohl** mit dem Großkreuz des Danebrog-Ordens ausgezeichnet. Dänemarks Botschafter **Paul Henning Fischer** in Bonn überbrachte den Orden. Bei der Überreichung der hohen Auszeichnung im Bundeskanzleramt würdigte der Diplomat die hervorragenden Beziehungen zwischen seinem Land und der Bundesrepublik Deutschland.

*

Den mit insgesamt 120 000 Mark ausgestatteten Philip-Morris-Forschungspreis erhalten in diesem Jahr zu gleichen Teilen vier Wissenschaftler. Prof. **Ernst Bayer** aus Tübingen erhält die Auszeichnung für sein Projekt „Öl aus Klärschlamm und Müll", Dr. **Karl-Heinz Krahn** von der Ruhr-Universität in Bochum für seine Entwicklungen auf dem Gebiet der Gaslasertechnik. Für einen neuartigen Baustoff, der Asbest in seiner feuerhemmenden Eigenschaft übertrifft, wurde **Bernd Lüchtrath** aus Marktheidenfeld ausgezeichnet und **Paul Christian** aus Bad Reichenhall für die Entwicklung eines „Katalysators" für das Eigenheim.

*

Die Deutsche Gesellschaft für Allgemeine und Angewandte Entomologie (Insektenkunde) hat Professor Dr. **Herbert Weidner** (74), bis 1976 Abteilungsdirektor am Zoologischen Institut und Zoologischen Museum der Universität Hamburg, die Fabricius-Medaille in Würdigung seines wissenschaftlichen Lebenswerkes verliehen. Professor Weidner, der aus Hof stammt, kam 1934 an die Universität Hamburg. Sein Hauptverdienst besteht im Wiederaufbau des Faches Entomologie beziehungsweise der dazugehörigen Insekten-Sammlung nach dem Kriege.

*

Der Physiker **Axel Schenzle** ist erster Empfänger des Gottschalk-Diederich-Baedeker-Preises, mit dem ein privater Stifter hervorragende wissenschaftliche Arbeiten an der Universität/Gesamthochschule in Essen würdigen will. Der 42jährige Wissenschaftler, der als Assistent für Theoretische Physik an der Hochschule arbeitet, erhielt den mit 10 000 Mark dotierten Preis für seine Habilitationsschrift.

*

Die Förderpreise für junge Künstler sind von der Stadt Düsseldorf vergeben worden. Die Auszeichnung für die sechs Preisträger in den Sparten Kunst, Musik und Literatur ist mit jeweils 6000 Mark dotiert. Im Bereich der bildenden Kunst erhielten der 31jährige Bildhauer **Peter-Josef Abels** und die 34 Jahre alte Malerin **Julia Lohmann** den Preis, die beide Absolventen der Kunstakademie in Düsseldorf sind. Den Musikförderpreis bekamen der 1959 in Hamburg geborene Pianist **Mario-Ratko Delorko** und der Jazz-Trompeter **Reiner Winterschladen** (29) aus Bergisch Gladbach. Die Literaturpreise gingen an die Hamburgerin **Liane Dirks** (30), die hauptsächlich mit Novellen, Romanen und Kurzgeschichten bekannt geworden ist, und an den Schauspieler **Ulrich Matthes**. Der 1959 in Berlin Geborene debütierte als Heinrich in der Uraufführung von **Tankred Dorsts** gleichnamigem Stück im Düsseldorfer Schauspielhaus.

ERNENNUNGEN

Für die Türkei wird **Ömer Sahinkaya** in Mainz die Geschäfte als Generalkonsul aufnehmen. Die Bundesregierung erteilte dem Generalkonsul die vorläufige Zulassung. Sein Konsularbezirk erstreckt sich auf die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland.

Belgien besitzt einen neuen Generalkonsul in Düsseldorf. Es ist **Victor-Clément L. C. Nijs**. Die Bundesregierung erteilte ihm jetzt das Exequatur. Sein Konsularbezirk ist Nordrhein-Westfalen.

Oskar Neisinger, katholischer Publizist und früherer Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, ist im Alter von 66 Jahren in seiner Geburtsstadt Würzburg verstorben. Neisinger hatte entscheidenden Anteil am Widerstand katholischer Jugendlicher gegen das Nazi-Regime. Nach Kriegsende war er zum stellvertretenden Jugendführer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) gewählt worden.

Mitterrand auf Konsolidierungskurs

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit spielt drei Monate vor der Wahl eine untergeordnete Rolle

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat sich zur Bekämpfung der Inflation als vorrangigem Ziel der Wirtschaftspolitik bekannt. Mitterrand gab in der Fernsehsendung „Das interessiert uns, Monsieur Le Président" zu, daß er damit von dem Ziel, in erster Linie die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, abgerückt sei. Die Regierung habe zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen eine rigorose Preisstabilisierungspolitik beschlossen – obwohl sie der Bevölkerung Opfer abverlangte. Auch dieses Jahr, so räumte Mitterrand ein, werde die Kaufkraft der Löhne noch etwas zurückgehen.

Erfolgsbilanz

Mitterrand verbuchte in seinem dritten großen Medienauftritt innerhalb von drei Wochen die inzwischen auf unter fünf Prozent gebrachte Inflationsrate – gegenüber 14 Prozent 1980 – als größten Erfolg der sozialistischen Regierungszeit. Wenn sich demgegenüber die Zahl der Arbeitslosen von 1,7 auf 2,3 Millionen erhöht habe und er damit sein ursprüngliches Versprechen – höchstens zwei Millionen Arbeitslose – nicht habe erfüllen können, so liege das an den viel zu optimistischen Schätzungen, die ihm vor den Wahlen von den Experten vorgelegt worden waren. Im übrigen habe sich 1985 zum ersten Mal seit 1973 die Arbeitslosigkeit in Frankreich wieder vermindert.

Der Staatspräsident hielt sich mit Wahlversprechen zurück. Der diesjährigen Einkommensteuersenkung von fünf Prozent soll eine weitere von drei Prozent folgen, von der alle Franzosen, auch die Besserverdienenden, profitieren sollen.

Mitterrand hob die sozialen Errungenschaften der vergangenen vierdreiviertel Jahre hervor, insbesondere die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit und die Senkung des Pensionsalters, die Verlängerung des bezahlten Urlaubs, die Erhöhung der Familienzulagen sowie des (von der Regierung festgesetzten) gesetzlich garantierten Mindestlohns (SMIC) um 71 Prozent. Mit Blick auf die in drei Monaten stattfindenden Parlamentswahlen sagte Mitterrand: „Ganz gleich, für wen Sie im nächsten März stimmen – bewahren Sie das, was Sie gewonnen haben." Mitterrand appellierte an die Bundesrepublik Deutschland, sich an der Raumfähre „Hermes" zu beteiligen, die Frankreich notfalls allerdings auch allein bauen könnte.

Mitterrands Position zum Wahlkampf blieb widersprüchlich. In Frankreich rechnet man damit, daß die Parlamentswahlen mit einer Niederlage der Sozialisten enden. Die Frage des Zusammenlebens eines linken Präsidenten und einer rechten Parlamentsmehrheit beherrscht derzeit die innenpolitische Debatte. Dazu sagte der Wortführer des rechten Parteiflügels der Sozialisten, Michel Rocard, der Staatspräsident werde mit einer bürgerlichen Regierung zusammenarbeiten können.

Geringe Unterschiede

In den Bereichen Sicherheit, Außenpolitik, Einsparungen im Haushalt und Notwendigkeit einer ausgeglichenen Leistungsbilanz gebe es keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Zielen der Bürgerlichen und der Sozialisten. Man habe lediglich wegen der Mittel Meinungsunterschiede, sagte Rocard in einem Interview mit der amerikanischen Wochenzeitung „Newsweek".

Rocard erklärte, er sei für einen Abbau der Unternehmenssteuern und für die Reprivatisierung gewisser Staatsbetriebe. Wenn er 1988 Staatspräsident würde, würde er größtes Gewicht auf die Sparpolitik und die Aufrechterhaltung des Drucks auf die Preise legen.

Fehlschlüsse um „Orion" in Ost-Berlin

hrk/Py. **Düsseldorf/Berlin**

Wegen der vereinbarten Lieferung von jährlich rund 500 Wagen aus saarländischer Ford-Produktion für die „DDR" gab es offenbar Mißverständnisse: Ost-Berlin nahm irrtümlich an, Ford wolle britische Wagen über die staatliche Geschenk-Firma „Genex" an „DDR"-Kunden ausliefern lassen. Die SED bestand jedoch auf dem sogenannten „Oskar-Bonus", wie der politische Zuschlag intern genannt wird, der Ministerpräsident Oskar Lafontaine bei seiner Ost-Berlin-Visite für die saarländische Autoindustrie von Erich Honecker eingeräumt wurde.

Als mögliche Quelle der Fehlschlüsse auf „DDR"-Seite stellte sich heraus, daß die Verhandlungen mit der anderen Seite von der Abteilung „Direct Sales" in der europäischen Ford-Zentrale in Warley/Essex geführt wurden. Tatsächlich verhandelten sie jedoch über die Lieferung von jährlich etwa 500 „Orion" aus dem Ford-Werk Saarlouis. Diese Abteilung der Ford-Zentrale sei zuständig für Verkauf und Abwicklung sämtlicher Ford-Geschäfte mit dem Ostblock. Die Gespräche mit „Genex" in Ost-Berlin führten zwei in England angestellte deutsche Ford-Experten. Inzwischen ist auch die Importgenehmigung für diesen Typ erteilt worden.

An West-Wagen, die gegen Bar-Vorauskasse in D-Mark oder Dollar an jeden „DDR"-Interessenten geliefert werden, enthält der „Genex"-Katalog bisher nur die Typen Golf, Fiat, Renault 9 und seit kurzem auch den Passat GL mit Stufenheck für rund 31 000 D-Mark – den bisher teuersten Wagen. In diesem Preisbereich dürfte sich auch der „Orion" bewegen. Renner im Geschäft mit westlichen Automobilen ist bisher der Golf C, von dem „Genex" jährlich rund 2500 bis 3000 Stück abnimmt.

Die Entgelte dafür bewegen sich zwischen 18 400 und 23 700 D-Mark. Als Provision streicht das Staatsunternehmen „Genex" hier rund 3000 Mark ein.

Wegen der saarländischen Pläne, in Ost-Berlin ein Wirtschaftsbüro einzurichten, ist inzwischen sowohl das Bundeskanzleramt als auch das Bundeswirtschaftsministerium problembewußt gemacht worden. Einer derartigen Einrichtung stehen rechtliche Vorbehalte entgegen, die von einem Bundesland nicht umgangen werden können.

Spricht Honecker in Polen Bonn-Besuch ab?

Für „eigene Beiträge" der Ostblock-Staaten zum Westen

DW/J. G. G. **Warschau**

„DDR"-Partei- und Staatschef Honecker ist gestern zu einem eintägigen „Arbeitsbesuch" in Warschau eingetroffen. Er folgt einer Einladung der polnischen Parteiführung. Politische Beobachter vermuten, daß bei den Gesprächen in Warschau auch die Pläne des SED-Chefs zu einem eventuellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zur Sprache kommen. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hatte sich bei seinem Besuch in Warschau am 7. und 8. Dezember bemüht, das polnische Mißtrauen gegen eine Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten zu zerstreuen.

Er sprach von einem „Dreieck Bonn–Ostberlin–Warschau" und versicherte, dabei brauche es keine „überflüssigen Belastungen" zu geben. In politischen Kreisen Warschaus hatte es nach dem Ausbleiben des für Herbst 1984 geplanten Besuchs geheißen, dies sei unter anderem auf polnische Bedenken zurückzuführen gewesen. Das polnische Parteiorgan „Trybuna Ludu" schrieb gestern, das Treffen zwischen den Führern der Sowjetunion und der USA in Genf sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Entspannung gewesen. Damit seien Bedingungen für einen eigenen Beitrag der einzelnen Staaten bei der Realisierung der im Rahmen des Warschauer Pakts gemeinsam beschlossenen Politik geschaffen worden.

Die polnischen Forderungen und Vorschläge zum Warschauer Vertrag von 1970 waren vorher „im einzelnen" mit dem „Politischen Beratungskomitee" des Warschauer Paktes sowie dem Kreml und Ost-Berlin exakt abgestimmt worden. Dies erklärte in einem Interview für die Warschauer „Polityka" der frühere Außenminister Polens, Stefan Jedrychowski. Er selbst sei kurz vor der Festlegung zweimal bei Gromyko in Moskau gewesen, um genaue Details abzusprechen. Zudem habe er mit dem damaligen „DDR"-Außenminister Otto Winzer konferiert. Man sei in Warschau über den Vorschlag der „DDR", mit Bonn einen Zehnjahresvertrag abzuschließen, damals einigermaßen irritiert gewesen. „Wir begriffen nicht, warum für nur so kurze Zeit."

Jedrychowski erklärte ferner, Warschau habe versucht, im Sinne Polens verschiedene Unionspolitiker durch Einladungen nach Polen zu beeinflussen, was jedoch wenig Erfolg gezeitigt habe.

Kein Angebot der Arbeitgeber an die ÖTV

dpa, **Stuttgart**

Die Tarifverhandlungen für die knapp 2,3 Millionen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst haben gestern in Stuttgart begonnen. Die Arbeitgeber unter Vorsitz von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wollten in dieser ersten Runde noch kein Angebot unterbreiten.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) fordert Einkommensverbesserungen im Gesamtvolumen von sechs Prozent. Dabei will die ÖTV insbesondere die unteren Einkommens- und Gehaltsgruppen stärker angehoben wissen. Die von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) geführte Tarifgemeinschaft für Angestellte verlangt eine Gehaltserhöhung um 5,5 Prozent. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies verteidigte vor Verhandlungsbeginn nochmals nachdrücklich die Höhe der Forderung. Sie verwies darauf, daß damit die Inlandskonjunktur gestärkt werde.

Am Nachmittag haben in Stuttgart auch die Tarifverhandlungen für die insgesamt etwa 340 000 Arbeiter und Angestellten bei der Bundespost und bei der Bundesbahn begonnen.

Israel sieht Luft-Aufklärung bedroht

Rabin erkennt „keinen Grund für Präventivkrieg" gegen Damaskus / Militärausgaben sinken

AFP, **Jerusalem**

Der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin hat gestern auf einer politischen Veranstaltung in Jerusalem betont, es gebe „keinen Grund für einen Präventivkrieg Israels gegen Syrien". Am Vortage hatte die israelische Armee ihre Sorge über die Stationierung sowjetischer Luftabwehrraketen SAM-2 an der syrisch-libanesischen Grenze ausgedrückt und Syrien zum Abzug dieser Waffen aufgefordert.

Nach den Worten des israelischen Generalstabschefs Moshe Levi betrachtet Israel den Schritt Syriens als Versuch, die israelischen Aufklärungsflüge über Libanon zu verhindern.

Die SAM-2-Raketen könnten mit großer Sicherheit israelische Aufklärungsflugzeuge über Libanon abfangen. Im vergangenen Monat hatte die israelische Luftwaffe zwei syrische MiG-Jäger im syrischen Luftraum nahe der Grenze zum Libanon abgeschossen. Dieser „vereinzelte" Zwischenfall könne keinesfalls die Stationierung der neuen Raketen rechtfertigen, erklärte ein Armeesprecher in Jerusalem gegenüber der Nachrichtenagentur AFP.

„Sollte ein Krieg ausbrechen", so Verteidigungsminister Rabin, „dann würden wir ihn gewinnen. Doch die Nation muß wissen, daß es für Israel keinen Krieg mehr geben wird, der mit einer verschwindend geringen Opferzahl gewonnen wird. Die enormen, von unseren Gegnern angehäuften Waffenmengen, ihre Feuerkraft und die immer ausgefeiltere Technologie, die ihnen zur Verfügung steht, würden im Falle einer neuen Konfrontation schwere Opfer fordern. Der einzig gewonnene Krieg ist künftig jener, den wir nicht zu führen brauchen."

Die israelische Armee sei derart strukturiert, daß sie eine „für den Feind tödliche Angriffskraft" darstelle, erklärte Rabin weiter. Es handle sich nicht nur um die Notwendigkeit, einen Gegner abzuschrecken, sondern vielmehr darum, ihm im Ernstfall Schläge zuzufügen, von denen er sich nur sehr langsam erholen könne.

Dennoch sei Israel das einzige Land der Region, das alljährlich seine Militärausgaben senke. Während der Verteidigungshaushalt unmittelbar nach dem Krieg von Oktober 1973 noch ein Drittel des Gesamtetats verschlungen habe, liege sein Anteil am Staatshaushalt heute bei 20 Prozent, meinte der israelische Verteidigungsminister.

Für Klarheit bei 116

Arbeitgeber: Verfassungsrecht steht Neufassung nicht im Weg

HEINZ HECK, **Bonn**

„Weder die Rechtspraxis noch das Verfassungsrecht stehen einer Klarstellung darüber entgegen, wie die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit definiert wird." Ernst-Gerhard Erdmann, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, erklärte dies mit Blick auf die für morgen vom Kabinett geplante Verabschiedung der Neufassung des umstrittenen Neutralitätsparagraphen („Streikparagraph") 116 im Arbeitsförderungsgesetz. Dabei sieht er, „erheblichen Handlungsbedarf" gegenüber dem von fünf Kabinettsmitgliedern in der Vorwoche vorgelegten Entwurf.

Erdmann ist auch nicht sehr glücklich über die Äußerung des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, der in der vergangenen Woche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Gesetzesänderung geäußert hatte. Zur Begründung hatte Benda erklärt, wenn der Staat außerhalb eines Streikgebiets kein Arbeitslosengeld zahle, könne dies ein Eingriff in die Eigentumsrechte der mittelbar Betroffenen sein. Bei den Leistungen der Bundesanstalt handele es sich nicht um Staatsgelder, sondern um Versicherungsansprüche.

Dem hielt Erdmann entgegen, es habe bisher erst eine einschlägige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegeben, die aber den Rechtscharakter der Arbeitslosenversicherung ausdrücklich offenlasse.

Nach Meinung Erdmanns erfülle der Staat nur eine eigene Aufgabe, wenn er klarstelle, daß die staatliche Kasse (der Bundesanstalt) „keine Ersatzstreikkasse" sei.

Zwischenfall bei Tarifverhandlungen

AP, **Frankfurt**

Einen ungewöhnlichen Zwischenfall hat es gestern nachmittag in Frankfurt bei den Manteltarifverhandlungen für die Redakteure an Tageszeitungen gegeben. Nach Darstellung einer Sprecherin des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger drangen „etwa 30 Demonstranten mit Transparenten" in den Verhandlungsraum im Flughafenhotel ein und verlangten, mit den Delegationen beider Seiten zu diskutieren. Die Verleger hätten nach einigen Minuten geschlossen den Raum verlassen, weil eine „sachgerechte Verhandlung nicht mehr gewährleistet" gewesen sei, sagte die Sprecherin.

Die Verleger blieben trotz des Zwischenfalls grundsätzlich verhandlunsbereit, hieß es in einer Erklärung. Zuvor hatten die Verleger ihr Angebot aus der vergangenen Gesprächsrunde erneuert, die wöchentliche Arbeitszeit auf 38,5 Stunden zu verkürzen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Kolumnen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geiltel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 13 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Eigener Weg bei VW

dos – Wenn in Wolfsburg Fragen nach denkbaren Diversifizierungsabsichten gestellt werden, sind die Antworten meist recht einsilbig. Die schmerzlichen Erfahrungen mit dem Nürnberger Büromaschinen-Hersteller Triumph-Adler – auch im laufenden Jahr muß VW auf dieses Engagement eine dreistellige Millionen-Zahl abschreiben – haben sichtbare Wirkung hinterlassen. Der trotzige Hinweis, bei allen Überlegungen in dieser Richtung werde Volkswagen immer die Nähe zum Automobil suchen, kann als weiterer Beweis dafür gelten.

VW will an dieser Linie festhalten. Das Beispiel anderer Automobilkonzerne wird offenbar nicht als nachahmenswert empfunden. Mit Blick auf Stuttgart meinte dieser Tage Vorstandschef Carl H. Hahn, VW habe sich noch nie von modischen Entwicklungen leiten lassen, wenn neue Aktivitäten zur Debatte stehen. Dies mag ironisch gemeint sein, hat aber (siehe oben) einen sehr ernsten Hintergrund.

Die Stärken des Unternehmens kommen immer dann zum Tragen, wenn im angestammten Geschäft operiert wird. An dieser Feststellung ändert sich auch nichts, wenn einzelne Tochtergesellschaften oder Engagements nicht alle Hoffnungen erfüllen; politische und konjunkturelle Entwicklungen lassen sich halt nur bedingt kalkulieren.

Der jetzt geschlossene Kooperationsvertrag zwischen VW do Brasil und dem US-amerikanischen Lkw-Hersteller Paccar, der den Einstieg von VW auf dem nordamerikanischen Nutzfahrzeugmarkt bedeutet, liegt so gesehen auf dem vorgegebenen Weg der Wolfsburger Geschäftspolitik. Auch dies ist Diversifikation, und sicher nicht die schlechteste Art.

Aufgeschlossen

Py. – Wer könnte es anhand der Investitionstätigkeit besser wissen als die Banken: Nordrhein-Westfalen hat in den letzten drei Jahren nicht in vollem Umfang am wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik teilgenommen. Die Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen appellierte deshalb an die Landesregierung, das Schwergewicht der Wirtschaftsförderung von der Strukturerhaltung auf die Innovationsförderung zu verlagern und Erhaltungssubventionen „angemessen lohnpolitisch zu flankieren". Auch im Bereich neuer Medien und bei der Kernenergie wünschte man sich eine „größere politische Aufgeschlossenheit". Genau das ist das Stichwort. In der Düsseldorfer Staatskanzlei beklagt man vielleicht die umtriebigen Regierungschefs in München und Stuttgart, doch eigene Ideen, eine „Vorwärtsstrategie" ist nicht zu erkennen. Nicht Milliardensubventionen fehlen (neue Unternehmen an Rhein und Ruhr), sondern das Gefühl, hier gut aufgehoben zu sein.

ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZ / Plädoyer für Änderung des Streikparagraphen

Frickhöffer: Bei Ungleichgewichten muß die Bundesregierung eingreifen

DIETER SALZMANN, Bonn

Für ein schnelles Eingreifen des Gesetzgebers bei der Neufassung des Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz („Streikparagraph") tritt der ehemalige Präsident des Bundesarbeitsgerichtes, Gerhard Müller, ein. Auf einem Forum der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" (ASM) in Bonn vertrat Müller die Auffassung, wenn auf ein Grundsatzurteil gewartet werde, würde die Entscheidung um fünf bis zehn Jahre verzögert.

Müller sieht durch eine Einbeziehung der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit in den Arbeitskampf eine Verschiebung der Gewichte bei den Tarifauseinandersetzungen. „Wenn unberechtigterweise Leistungen an mittelbar von einem Streik betroffene Arbeitnehmer gezahlt werden, dann ist das Prinzip der Gegnerfreiheit verletzt", sagte Müller. Die interne Willensbildung bei den Arbeitgebern sei durch die Gewerkschaften beeinflußt. Werde in einem Tarifgebiet gestreikt, in einem anderen bei gleichen Zielen jedoch nicht, in der Absicht, daß auch in jenem Gebiet nicht gearbeitet werden kann, dann werden diese mittelbar vom Streik betroffenen Arbeitnehmer zu eine „Reservetruppe in einem Arbeitskampfgeschehen einheitlicher Art".

Müller präzisierte seine Vorstellung vom Begriff der „annähernd gleichen Forderungen", die von den Gewerkschaften gestellt werden müssen, damit – nach dem jetzt vorliegenden Novellierungsentwurf – aus Nürnberg kein Arbeitslosengeld bezahlt werden muß. „Selbst wenn sich Lohnforderungen nur um 0,1 Prozent unterscheiden, bewegen sich die Zahlen in einer Größenordnung von mehrere hunderttausend Mark", sagte Müller. Bei Unterschieden von einem halben Prozent sei die Millionengrenze schnell überschritten.

Müller plädiert deshalb für ein Ausklammern der Lohnforderungen, wenn es um den Vergleich annähernd gleicher Forderungen in unterschiedlichen Tarifgebieten der gleichen Branche geht. „Die Formulierung ‚annähernd gleich' darf bei Lohnforderungen nicht dafür sorgen, daß die Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr zahlt", sagte Müller. Die Gefahr der Aushebelung des Streikrechtes, wie sie von den Gewerkschaften befürchtet wird, sieht Müller nicht. Der Streik müsse aber das letzte Mittel bei Tarifauseinandersetzungen bleiben.

Der Vorsitzende der ASM, Wolfgang Frickhöffer, warf der Bundesregierung vor, zu sehr auf „scheinsoziale Maßnahmen, statt auf eine langfristige Gesundungsstrategie" gesetzt zu haben. Vorrangig müsse die Arbeitslosigkeit abgebaut werden, im Interesse der Arbeitslosen müßten den Gewerkschaften arbeitsplatzvernichtende Arbeitskostensteigerungen erschwert werden. Die Bundesregierung müsse ihre Neutralität dann aufgeben, wenn eine Seite so mächtig wird, daß gesamtgesellschaftliche Ziele, wie hohe Beschäftigung gefährdet, sagte Frickhöffer.

Der Tübinger Universitätsprofessor Joachim Starbatty führte aus, daß Arbeitsplätze auf Dauer nur geschaffen und erhalten werden könnten, wenn die beschäftigten Arbeitnehmer die Deckungsbeträge für die verschiedenen Kostenanteile erbrächten. Staatliche Beschäftigungsprogramme führten zum Arbeitsplatzabbau, weil die Mittel entweder von der Wirtschaft erbracht werden müßten oder bei höherer Verzinsung aufgrund des öffentlichen Kapitalbedarfs mehr Kapital in risikolose Staatspapiere gesteckt werde. Eine Haushaltskonsolidierung, die mehr Mittel für Unternehmer und Beschäftigte lasse und das Zinsniveau drükke, sei auf Dauer das beste Beschäftigungsprogramm, sagte Starbatty.

„Das verbreitete Anspruchsdenken schädigt die Solidargemeinschaft", sagte Professor Walter Hamm von der Universität Marburg. In seinem Beitrag über die Sanierung des Gesundheitswesen führte er aus, daß verantwortungsvolles Handeln der Versicherten sich derzeit nicht auszahle. Er plädierte dafür, eine begrenzte, sozialgestaffelte finanzielle Eigenbeteiligung im Gesundheitswesen einzuführen. Das werde zu „fühlbar niedrigeren" Versicherungsbeiträgen als zur Zeit führen.

KIELER INSTITUT

Der Welthandel wächst wieder um drei Prozent

dpa/VWD, Kiel

Ein im Vergleich zu 1985 unverändertes Wirtschaftswachstum in den Industrieländern von 2,75 Prozent erwartet das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) für 1986. In einer am Montag veröffentlichten Prognose wird auch ein konstantes Wachstum des Welthandels von drei Prozent vorhergesagt. Die Inflationsraten dürften niedrig bleiben, die Arbeitsmarktlage sich kaum ändern.

Bei der verhaltenen Expansion in diesem Jahr habe sich zwar die Beschäftigung in mehreren Ländern erhöht, wegen des gleichzeitig zunehmenden Arbeitskräfteangebots sei die Zahl der Arbeitslosen jedoch nicht zurückgegangen. Die „eher enttäuschende" konjunkturelle Entwicklung dämpfte den Preisanstieg. Die Inflationsraten sind nach Angaben der Konjunkturforscher sowohl auf der Produzenten- als auch der Verbraucherstufe 1985 weiter gesunken und haben in vielen Ländern ein so niedriges Niveau erreicht, wie es zuletzt in den sechziger Jahren zu verzeichnen war. Auf einigen Märkten sanken die Preise sogar. Vor allem die Boden- und Immobilienpreise gerieten unter Druck, an den Rohstoffmärkten gab es eine neue Baisse.

Für das kommende Jahr erwartet das Institut eine weiterhin expansiv ausgerichtete amerikanische Geldpolitik, so daß ein Abgleiten der USA in eine neue Rezession wohl ausgeschlossen sei. Allerdings gebe es einige Risiken. So wäre die konjunkturelle Erholung gefährdet, wenn es drastische Restriktionsmaßnahmen in der Wirtschaft geben sollte, etwa als Folge einer Dollar-Abwertung oder abrupter Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen.

In Japan dürfte die vermutlich anhaltende Abschwächung der Exportdynamik zu einer geringeren Zunahme des Sozialprodukts führen. Die Konjunkturforscher erwarten ein Wachstum von 3,5 Prozent, ein Prozentpunkt weniger als 1985. Die Inflationsrate von zwei Prozent dürfte konstant bleiben, die Arbeitsmarktprobleme „werden sich aber wohl eher etwas vergrößern."

In Westeuropa, wo sich die Produktion in den Jahren 1984 und 1985 nur schwach ausgeweitet hat, wird für 1986 ein etwas günstigerer Konjunkturverlauf erwartet. In der Bundesrepublik und einigen Nachbarländern „dürfte sich der lange Zeit stagnierende private Verbrauch beleben". Als Gründe werden die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung, der geringe Preisanstieg und Steuersenkungen genannt. Probleme, das konjunkturelle Aufwärtstempo zu halten, seien für Italien, Großbritannien und einige skandinavische Länder zu erwarten, wo eine noch immer hohe Preissteigerungsrate sowie Staats- und Auslandsverschuldung „Anlaß zu fortgesetzt zurückhaltender Wirtschaftspolitik" seien.

Abbau von Dirigismus

Von BIRGIT BREUEL

Die Verfasserin ist Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Niedersachsen

Mit der Sozialen Marktwirtschaft sind die gegenwärtigen Größenordnungen staatlicher Subventionen und staatlichem Dirigismus nicht vereinbar. Unsere Marktwirtschaft lebt vom Wettbewerb. Daher müssen wir jeglicher Wettbewerbsverzerrung entgegentreten. Jede Subventionsmark greift in ökonomische Abläufe ein, deren Kontrolle bei der wachsenden Komplexität der Materie nicht gelingen kann. Jedes Stück Subvention zerstört auch ein Stück Wettbewerbsqualität, auf die wir angewiesen sind. Schon vor diesem Hintergrund müssen wir bei der Gewährung von Subventionen eine strengere Güterabwägung vornehmen und den Blick schärfen für Sekundär- und Tertiärfolgen von Subventionsmaßnahmen.

Subventionen sind aber nicht nur ordnungspolitisch bedenklich; sie kosten den Staat und die Privatwirtschaft viel Geld. Dabei muß auch an die Kosten gedacht werden, die indirekt mit der Subventionsgewährung zusammenhängen. Jede Subvention verlangt einen verwaltenden Apparat, Bürokratie und Kontrollinstanzen, die staatliche Fixkosten in die Höhe treiben und die volkswirtschaftliche Effektivität der Subventionen relativieren.

In der Höhe der Steuer- und Abgabenbelastung liegt ein wesentlicher Grund für die Schwarzarbeit und die Schwarzmärkte. Wir sind es unserer Wirtschaft schuldig, für eine schnelle Veränderung in den Abgabenstrukturen zu sorgen. Die niedersächsische Landesregierung hat kürzlich verschiedene Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit eingeleitet, die aber nur die Auswirkungen und *nicht* die Ursachen bekämpfen können. Wir haben Schwarzarbeit zur Nachbarschaftshilfe hin abgegrenzt. Wir haben die Zusammenarbeit zwischen Kammern, kommunalen Ordnungsbehörden und der Polizei geregelt und die Grundlagen für eine verstärkte Kontrolle auch an Wochenenden geschaffen.

Allerdings sind wir uns darüber im klaren, daß dem Problem der Schwarzarbeit und der Abgaben- und Steuerhinterziehung letztlich nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln beizukommen ist. Wer die Soziale Marktwirtschaft will, der sollte nicht nur aufgeschlossen gegenüber Veränderungen sein, sondern auch mitgestalten und Motor sein für Rahmenbedingungen, die unsere sich schnell verändernde Welt benötigt. Politik darf nicht verwalten, Politik muß gestalten!

Marktwirtschaftliche Impulse dürfen die Wirtschaft nicht zu falschen Aktivitäten verleiten. Die Unternehmen müssen sich mehr auf sich selbst und ihre eigenen Kräfte besinnen als auf die Auslotung von Abgaben- und Subventionsmöglichkeiten durch den Staat. Die Unternehmen müssen lernen, sich mehr am Produkt und am Arbeitsmarkt zu bewähren als auf dem Markt der Subventionen. Die Politik trägt mithin einen Großteil der Verantwortung für fehlgeleitete Unternehmensentscheidungen, die viele Firmen in Schwierigkeiten gebracht hat.

Die rasant steigenden Kosten haben die Unternehmen immer wieder zu Prozeßinnovationen getrieben. Immer weniger Menschen produzieren immer mehr Güter. Dabei kam zum Teil die Produktinnovation zu kurz. Der Rationalisierungsdruck von der Kostenseite her führte aber auch zu so schnellen Freisetzungen an Personal, daß das Umsetzen in den Dienstleistungsbereich (Forschung und Entwicklung, Bildung, Freizeit, Gesundheitssektor) nicht ausreichend funktionierte.

Deshalb brauchen wir jetzt eine Qualifizierungskampagne, um diese Lücken aufzufüllen. Es ist Zeit, über die Steigerung der verfügbaren Einkommen in der Wirtschaft und bei den Arbeitnehmern durch geringere Abgaben nachzudenken. Billigen wir dem Gewinn endlich eine soziale, betriebs- und volkswirtschaftliche Funktion zu.

Wir brauchen nach familienfreundlichen Korrekturen im Steuerrecht steuerrechtliche Anpassungen für die Wirtschaft. Ich nenne hier konkret die Besteuerung des nicht entnommenen Gewinns. Wir kommen nicht umhin, die Eigenkapitalstruktur der bundesdeutschen Unternehmen zu verbessern. Mit einer durchschnittlichen Quote von 20 Prozent werden wir in Zukunft der ausländischen Konkurrenz weit unterlegen sein. Und da es letztlich und schließlich um Arbeitsplätze geht, hoffe ich in dieser Frage auf einen Konsens mit den Gewerkschaften.

AUF EIN WORT



» Zum Jahresende sieht man die Anleger auf dem ‚grauen' Kapitalmarkt in der typischen Vogel-Strauß-Haltung: Sie geben schnell ihr Geld hin, stecken den Kopf in den Sand und hoffen, daß es gutgeht. Das ist geradezu eine Einladung für unseriöse Initiatoren von Steuerspar- oder Spekulations-Modellen. «

Dr. Wolfgang Spannagel, Geschäftsführer der Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt. FOTO: DIE WELT

Neuer Zinstender

VWD, Frankfurt

Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue Liquiditätshilfe für auslaufende Wertpapierpensionen. Wie die Bundesbank erklärte, werden den Banken neue Wertpapierpensionen in der Form eines Zinstenders mit einem Mindestbietungssatz von 4,5 Prozent und einer Laufzeit von 35 Tagen (18. Dezember 1985 bis 22. Januar 1986) angeboten. Mit der Gutschrift dieser neuen Wertpapierpensionen werden am Mittwoch (Zuteilung heute) gleichzeitig 8,5 Mrd. DM alte Wertpapierpensionen fällig, die zu einem Zins von 4,55 Prozent gewährt worden waren.

HAUSHALTSVOLLZUG 1985

Neuverschuldung rund vier Milliarden unter Etatansatz

HH. Bonn

Die Konsolidierung des Bundeshaushalts kommt deutlicher voran, als noch Anfang 1985 angenommen. Der CDU-Abgeordnete Dietrich Austermann, Mitglied im Haushalts- und im Bundesschuldenausschuß, erwartet 1985 nach dem bisherigen Haushaltsvollzug (Stichtag 16. Dezember) eine Neuverschuldung um 21 statt der bewilligten (Haushaltssoll) 25 Milliarden Mark. Damit läge sie also knapp 4 Milliarden unter dem vom Parlament bewilligten Rahmen.

Austermann spricht von einem gewissen „Selbstläufereffekt". Die Haushaltsdisziplin von Bundesfinanzminister Stoltenberg mache inzwischen in Ländern und Gemeinden Schule, während früher Ausgabenexpansion „chic" gewesen sei. Er erwartet, daß auch im kommenden Jahr der Trend zu einer niedrigeren als der bewilligten Neuverschuldung anhält. In dem soeben vom Bundestag verabschiedeten Haushaltsgesetz 1986 wurden 23,7 Milliarden Nettokreditaufnahme bewilligt. Austermann erwartet, daß die Zahl tatsächlich bei rund 20 Milliarden liegen wird.

Damit werde von Jahr zu Jahr eine größere Treffsicherheit erreicht. 1983 habe die Neuverschuldung noch um 9,4 und 1984 um 5,3 Milliarden unter dem Soll gelegen. Der Haushaltsausschuß habe den Finanzminister in den letzten drei Jahren in seiner Sparpolitik unterstützt und mit seinen Korrekturen zu einer größeren Übereinstimmung von Haushaltssoll und -vollzug beigetragen.

Ein Risikofaktor bei den Ausgaben liegt noch bei Bundesgarantien und Gewährleistungen. Offen ist, ob die am 12. Dezember in Warschau unterzeichnete Umschuldung noch in diesem Jahr haushaltswirksam wird.

RWI

Wachstumsrisiken allenfalls durch Druck von außen

Py. Düsseldorf

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wird nach Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, auch in den kommenden Monaten „ähnlich aufwärts gerichtet bleiben wie bisher". In seinem neuesten Konjunkturlagebericht entwickelt das Institut seine positiven Einschätzungen vor allem aus der bisher noch ausgebliebenen Welle von Erweiterungsinvestitionen, der in der Regel ein vorübergehendes Erlahmen der Investitionstätigkeit folge, weil die Produktion erst nach und nach in die erweiterten Produktionsanlagen hineinwachsen müsse. Außerdem bestehe für die Bundesbank kein sachlicher Anlaß, den bisherigen erfolgreichen Kurs der stetigen Geldversorgung zu verlassen.

Mögliche Risiken sieht das RWI allenfalls, wenn die Bundesbank auf Druck von außen vom Kurs der wachstums- und stabilisierungsgerechten Geldversorgung abginge, und die Auseinandersetzungen um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Arbeitskämpfen Eintrübungen des Investitionsklimas oder gar Produktionsausfälle zur Folge hätten.

Insgesamt erwarten die Essener Konjunkturforscher für 1985 eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 2,5 Prozent, eine im Jahresdurchschnitt um 200 000 Personen höhere Beschäftigung, eine allerdings bei 2,3 Millionen verharrende Arbeitslosenzahl, eine um rund zweiprozentige Inflationsrate sowie einen Überschuß in der Leistungsbilanz von 35 Milliarden Mark, der damit doppelt so hoch ausfiele wie im letzten Jahr 1984.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Konjunkturoptimismus beim Bankenverband

Bonn (dpa/VWD) – Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik wird sich nach Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Banken 1986 auf breiter Basis fortsetzen. In ihrem Konjunkturbericht schreiben die Banken, daß sich die Wachstumskomponenten vom Ausland zum Inland verschieben und die Wachstumsbasis sich verbreitere. Das Exportgeschäft bewege sich weiter auf hohem Niveau, die Inlandsnachfrage ziehe an, die Bauinvestitionen hätten sich stabilisiert. Auch am Arbeitsmarkt mache sich die Aufwärtsentwicklung immer deutlicher bemerkbar. Die Zahl der Beschäftigten nehme beschleunigt zu.

Große Unterstützung

Washington (Sbt.) – Kräftig erhöht hat sich in den letzten Tagen die Zahl der Geschäftsbanken, die das von US-Finanzminister James Baker auf der Währungskonferenz in Seoul vorgestellte Kreditprogramm für 15 lateinamerikanische Schuldnerländer unterstützen. In einer gemeinsamen Erklärung machten der Internationale Währungsfonds und die Weltbank darauf aufmerksam, daß inzwischen Privatbanken, auf die der größte Teil der Forderungen entfällt, ihre Bereitschaft zur Kooperation zu Protokoll gegeben haben.

Euro-Kai-Vorzugsaktien

Hamburg (dpa/VWD) – Die Vorzugsaktien der Euro-Kai A. A., Hamburg, wurden am vergangenen Freitag erstmals in den geregelten Freiverkehr an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg einbezogen. Der Preis für diese stimmrechtslosen Aktien mit einem Volumen von 8,4 Mill. DM wurde nach Mitteilung des Unternehmens mit 67 DM pro Stück festgesetzt. Das entspricht einem Kurs von 134 Prozent. Die Börse bewertete das Papier gestern, dem ersten Handelstag, mit 67 DM.

Neue Schuldenprobleme

Kairo (dpa/VWD) – Der ägyptische Staatspräsident Husni Mubarak hat zugegeben, daß Kairo mit der Tilgung seiner Auslandsschulden Schwierigkeiten hat. In einem Interview der ägyptischen Regierungszeitung „Mayo" sagte er, daß Ägypten unter einer ernsten Devisenknappheit leide. Die Auslandsverschuldung Ägyptens wird von Kairo mit 24 Mrd. Dollar angegeben. Der Internationale Währungsfonds (IWF) beziffert die Schuldenlast mit 31 Mrd. Dollar.

Einigung über OLB

Hannover (dos) – Die Differenzen um die Beteiligungsverhältnisse bei der Oldenburgischen Landesbank AG sind beigelegt. Nach Angaben des niedersächsischen Finanzministeriums werden das Land Niedersachsen und die Bremer Landesbank AG ihre Anteile an der Oldenburgischen Beteiligungsgesellschaft mbH veräußern. Dort hatten beide ihren Anteil von 25,3 Prozent am Grundkapital der OLB gepoolt. Erwerber dieser Holding, die ihren Namen in „OLB Beteiligungsgesellschaft mbH" ändern wird, sollen neben der Dresdner Bank AG mehrere andere Unternehmen, die mit der OLB im Dienstleistungsbereich verbunden sind, und einige dem Oldenburger Raum besonders verbundene Anleger werden. Die Dresdner Bank wird fünf Prozent von ihren derzeit gehaltenen 65,5 Prozent des Grundkapitals der OLB zu Vorzugsbedingungen bei Mitarbeitern und Anlegern im OLB-Geschäftsgebiet plazieren. Damit erreicht die Dresdner Bank den seit 1977 angestrebten Zustand; sie beseitigt den weißen Fleck auf ihrer Filialkarte.

US-AGRAR-ETAT

Stärker marktorientiert, aber teure Preisstützung

Sbt. Washington

Angesichts der anhaltenden Farmkrise lassen sich auch in den USA keine Einsparungen in den Unterstützungsprogrammen des Bundes durchsetzen. Der Senat und das Repräsentantenhaus einigten sich im Vermittlungsausschuß auf einen Etat, der in den kommenden drei Jahren allein für die Preisstützung insgesamt 52 Mrd. Dollar (rund 131 Mrd. Mark) vorsieht. Das entspricht etwa den bisherigen jährlichen Rekordausgaben von 18 Mrd. Dollar. Hinzu kommen für denselben Zeitraum 73 Mrd. Dollar, die für Nahrungsmittelhilfe, Farmkredite, Forschung, Exportförderung, Konservierung und andere Aktivitäten des US-Landwirtschaftsministeriums verwendet werden.

Beide Häuser stimmen in dieser Woche endgültig über die mehr marktorientierte US-Agrarpolitik ab. Offen ist Präsident Reagans Zustimmung, der die Preisstützung von 1986 bis 1988 auf 50 Mrd. Dollar beschränken wollte. Echte Fortschritte werden im Bodenschutz erzielt. So erhalten Farmer Geld, wenn sie erosionsgefährdetes Land nicht mehr unter den Pflug nehmen.

Vorgesehen ist eine jährliche Rücknahme der Milchproduktion um sieben Prozent, wodurch in vier Jahren mehr als eine Mrd. Dollar eingespart wird. In den nächsten 18 Monaten sollen 600 000 (Gesamtbestand: 11,4 Mill.) Kühe abgeschlachtet werden. Dadurch verringert sich die Milcherzeugung von 18,5 auf 17 Mrd. Gallonen (je 3,78 Liter). Nach dem Programm verpflichten sich Farmer, ihre gesamte Herde aufzugeben. Sie erhalten dann etwa 0,60 Dollar für jede Gallone Milch, die von ihren Kühen produziert worden wäre.

BEKLEIDUNGSINDUSTRIE / Niedrige Löhne machen Volksrepublik China attraktiv

Einer der bedeutendsten Lieferanten

HARALD POSNY, Köln

Die Volksrepublik China gewinnt für die deutsche Bekleidungsindustrie zunehmend an Bedeutung. Das gilt nach den Worten des Sprechers für Außenhandelsfragen und Präsidiumsmitgliedes im Bundesverband Bekleidungsindustrie, Helmut Hopp, weniger für den Export nach China als für die Importe in die Bundesrepublik. Auf viele Jahre hinaus sei China ein wichtiger Beschaffungsmarkt für den Groß- und Versandhandel, Kaufhauskonzerne und Bekleidungsfilialisten.

In einem Gespräch mit der WELT unmittelbar nach der Rückkehr von einer Industriellenreise in die Volksrepublik und Gesprächen in den zuständigen Ministerien des Landes, dessen Außenhandelsorganisation Chinatex sowie zahlreichen staatlichen Bekleidungsbetrieben sagte Hopp, man habe den chinesischen Stellen dargelegt, daß die vorhandenen Einfuhrquoten nicht nur dem Handel vorbehalten sein sollten. Die Quoten in den „sensiblen Artikeln" wie Hosen, Blusen, Hemden, Parkas und Mäntel seien bereits für 1986 voll vom Handel vergeben. China habe sich jedoch stark an zusätzlichen Industriequoten interessiert gezeigt. Die Bundesrepublik liegt im Import hinter den USA, Japan und Hongkong an vierter Stelle.

Im letzten Jahr führte die Bundesrepublik Bekleidung für 368 (264) Mill. DM aus der Volksrepublik ein. Damit hat das Land unter den bedeutendsten außereuropäischen Staatshandelsländern seinen Platz unter den zehn größten Bekleidungslieferanten ausgebaut. Der Löwenanteil davon sind sowohl Fertigwaren als auch Lieferungen an den Handel.

Die gesamten Bekleidungsimporte der Bundesrepublik betrugen 1984 rund 11,1 (9,2) Mrd. DM. Davon waren etwa 1,7 (1,4) Mrd. DM sogenannter passiver Veredlungsverkehr (PV), bei dem die Stoffe beispielsweise in Billiglohnländern verarbeitet werden; die fertige Ware wird dann wieder in die Bundesrepublik ausgeführt. An diesem Geschäft war China mit 11 (4) Mill. DM beteiligt.

Während die Handelsimporte keiner Genehmigung bedürfen, muß der PV-Import aus Ländern außerhalb der EG genehmigt werden. Freilich sei hier noch ein geringer Teil der Kontingente offen.

Hemden mittlerer Qualitäten aus Mischgeweben würden in China für 8 bis 9 DM gefertigt und seien zuzüglich Zoll, Transport und Handelsspannen in deutschen Warenhäusern für 25 DM erhältlich. Die Arbeitslöhne von 80 bis 100 DM monatlich bei einer 48-Stunden-Woche und 14 Tage Urlaub sind äußerst niedrig. Unter diesen Bedingungen arbeiten rund 1,5 Mill. Menschen in 23 000 Bekleidungsbetrieben.

VOLKSWAGEN / Verdoppelung der Dividende auf zehn Mark? – Golf mit langen Lieferzeiten – Samstags-Schichten

Die Wachstums-Signale bleiben 1986 auf Grün

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Für die Volkswagen AG in Wolfsburg geht eines der besten Geschäftsjahre der Unternehmensgeschichte zu Ende. In besonderem Maße gilt dies für die Absatz- und Umsatzentwicklung. Aber auch ertragsmäßig sind die Fortschritte gegenüber den vergleichsweise unbefriedigenden Ergebnissen der Vorjahre unverkennbar. Zwar will sich der Vorstand auf konkrete Zahlen zum Jahresüberschuß noch nicht festlegen. Das nach den ersten neun Monaten ausgewiesene Konzernergebnis von 424 Mill. DM läßt aber einen Konzerngewinn von mindestens 600 (1984: 228) Mill. DM erwarten. Ohne Frage wird sich dies auf den Gewinnverwendungsvorschlag auswirken. Eine Verdoppelung der Dividende auf 10 DM pro Aktie (Grundkapital 1,2 Mrd. DM) dürfte realistisch sein.

VW geht davon aus, daß die weltweite Fahrzeugproduktion des Konzerns um 11,8 Prozent auf 2,4 (2,15) Millionen Wagen steigt. Die Auslieferungen von VW- und Audi-Modellen an Kunden werden mit 2,42 (2,145) Millionen Wagen um 13 Prozent über dem Vorjahresergebnis liegen und damit das Niveau von 1980 erreichen. Kräftiger noch, nämlich um 15 Prozent auf 52,5 (45,7) Mrd. DM, erhöht sich der Umsatz.

Nach Angaben des VW-Vorstands ist die positive Entwicklung im Konzern vor allem auf das günstige Geschäft bei der VW AG und der Audi AG in Brasilien und Nordamerika sowie bei der erstmals in den Konzernabschluß einbezogenen italienischen Tochter Autogerma zurückzuführen. Die AG erwartet ebenfalls ein Umsatzplus von gut 15 Prozent auf 39 (33,8) Mrd. DM, wobei die Verkäufe im Ausland überproportional zunehmen. Der Auslandsanteil am Konzernumsatz beläuft sich auf rund 70 Prozent.

Inzwischen habe sich aber auch das Inlandsgeschäft deutlich belebt. Trotz der positiven Ergebnisentwicklung sieht sich der Vorstand gerade in diesem Punkt noch längst nicht am Ziel aller Wünsche. VW-Chef Carl H. Hahn hat bei dieser Beurteilung vor allem die Konkurrenz in den USA und Japan im Auge. Im Konzern bereiten vor allem die südamerikanischen Gesellschaften und der Nürnberger Büromaschinen-Hersteller Triumph-Adler (TA) nach wie vor Sorge. TA dürfte auch nach der Ausgliederung des US-Geschäfts einen Verlust von deutlich über 100 Mill. DM ausweisen. Damit, so heißt es, sei die Bereinigung aber noch immer nicht abgeschlossen.

Eine erhebliche Verbesserung der Situation bei VW do Brasil verspricht sich der VW-Vorstand von dem jetzt unterzeichneten Kooperationsvertrag mit dem US-amerikanischen Lastwagen-Hersteller Paccar Inc., Bellevue/Washington. VW werde damit seine Position in dem weltweit schwachen Nutzfahrzeugmarkt entscheidend stärken.

Zuversichtlich werden in Wolfsburg die Aussichten für 1986 beurteilt. Die weltweiten Rahmenbedingungen würden für eine Fortsetzung der positiven Geschäftsentwicklung sprechen. VW selbst geht davon aus, das gute Verkaufsergebnis von 1985 nochmals verbessern zu können. Die Auftragslage sei hervorragend. Für nahezu alle Modelle seien Lieferfristen an der Tagesordnung. So müssen Golf-Käufer zwischen zwei und vier Monate (Golf-Diesel) auf ihren Wagen warten.

Um die Liefersituation zu entspannen, wird VW die Produktion durch das Fahren von Samstag-Schichten im ersten Halbjahr 1986 steigern. Die technischen Kapazitäten ließen andere Möglichkeiten nicht zu. Ferner soll auf freiwilliger Basis während des Werksurlaubs vom 7. bis 25. Juli gearbeitet werden. Der Ausgleich erfolgt durch bezahlte Freizeit in der zweiten Jahreshälfte. Dadurch wiederum würden weitere Neueinstellungen erforderlich, wenn die geschäftliche Entwicklung dies zulasse. Bereits im laufenden Jahr hat VW im Inland rund 7600 Arbeitsplätze neu geschaffen: Insgesamt werden bei VW und Audi 158 900 Mitarbeiter beschäftigt. Weltweit erhöhte sich die Beschäftigtenzahl um acht Prozent auf 257 600 Personen.

Zu den Verhandlungen mit der spanischen Seat will sich VW derzeit nicht äußern. Eine Annäherung der Positionen sei aber unverkennbar. Gut und konstruktiv entwickele sich die Zusammenarbeit in China.



Peter Weertz gestorben

Peter Weertz, Wirtschaftskorrespondent der WELT in Berlin, ist tot. Sein Herz, das so kräftig für den Journalismus und für Berlin pulste, schlägt nicht mehr. Noch vor wenigen Wochen hatte er seinen Kollegen aus einer Klinik versichert, er wolle sich alsbald wieder an den „Schnurren" beteiligen. Dazu sollte es nicht mehr kommen.

Journalistisches Handwerkszeug ist heute der Computer, gleichwohl paßt auf Peter Weertz die Metapher, der Tod habe ihm die Feder aus der Hand genommen. Er schätzte die sorgfältige Formulierung und spöttelte gern über, wie er sagte, „die Schlaumeier, die nicht nur alles, sondern auch alles besser wissen". Journalistische Schnellschüsse waren nie sein Metier. Freunde, Informanten und alle, die ihn kannten, mochten seine abwägende, im Grunde ganz unberlinische Art.

63 Jahre ist Peter Weertz nur geworden. In Krefeld geboren, mußte er nach dem Abitur in den Krieg; nach der Gefangenschaft, die ihn erst 1947 entließ, studierte er Wirtschaftswissenschaften. 1953 schloß er in Köln mit dem Diplom-Kaufmann ab. Nach einigen Tätigkeiten als betriebswirtschaftlicher Berater trat Peter Weertz Mitte 1960 in die WELT-Redaktion ein. Ein Vierteljahrhundert redigierte und schrieb er für diese Zeitung, seit 1969 in der Funktion des Berliner Wirtschaftskorrespondenten.

Die Redaktion verliert einen Kollegen, der über ein souveränes Urteil verfügte, der kooperativ war und – der lachen konnte. Der geborene Rheinländer engagierte sich für die Stadt an der Spree auf jene begeisternde Art, wie sie nur Zugereiste aufbringen (die man dort respektlos „Rucksack-Berliner" nennt). Die Berliner Presse verliert eine engagierte Feder. Weil gespreizte Würde nie seine Art war: Redaktion und Verlag DIE WELT trauern um Peter Weertz. (gil.)

ISRAEL / Geldknappheit macht sich jetzt bemerkbar

Lebensunterhalt verbilligt

E. LAHAV, Jerusalem

Zum ersten Mal seit Jahren mußte die israelische Bevölkerung im November etwas weniger für ihren Lebensunterhalt zahlen als einen Monat zuvor. Der Lebenshaltungskosten-Index ist um ein halbes Prozent gesunken. Dies ist im Kampf gegen die Inflation das beste monatliche Ergebnis seit neun Jahren. Das radikale Sparprogramm vom 1. Juli zeigt offenbar Wirkung. Bis dahin war die Inflation so rasant fortgeschritten, daß die Lebenshaltungskosten trotz des günstigen Ergebnisses im November im ganzen Jahr um rund 180 Prozent gestiegen sind. Dennoch: 1984 lag die Steigerungsrate bei 450 Prozent.

Allerdings, so warnte auch Finanzminister Ytzhak Modai, muß man diese günstige Entwicklung mit großen Vorbehalten sehen. Einer davon ist, daß sie saisonbedingt war. Die Preise von Frischobst und Gemüse sanken, wie meist in dieser Jahreszeit, um fast 17 Prozent und machten dadurch Teuerungen auf anderen Gebieten wett, wie beispielsweise bei Textilien (neun Prozent), Lederwaren (3,5 Prozent), Gesundheitswesen und Pharmaindustrie (5,7 Prozent), Mieten 3,6 Prozent. Ohne die Verbilligung von Obst und Gemüse hätte der Index schätzungsweise einen Anstieg um mindestens 1,5 Prozent erfahren. Allein, auch dies wäre, gesamtwirtschaftlich gesehen, ein erfreuliches Ergebnis gewesen.

Doch auch der vorige Monatsindex (für Oktober) war durch Obst und Gemüse verzerrt worden. Der enttäuschende Anstieg um 4,5 Prozent entsprang zu mehr als der Hälfte dem damals sprunghaften Anstieg von Obst und Gemüse. Dies hat sich nun ausgeglichen.

Die Israelis bezahlen jedoch für den nun erreichten niedrigeren Index einen hohen Preis. So wird der Wechselkurs für Auslandswährung mit eiserner Hand stabil gehalten – so sehr, daß der israelische Shekel im Vergleich zum Dollar schon jetzt um etwa elf Prozent überbewertet ist. Exporteure bekommen Subventionen, um diese Differenz wettzumachen, aber dies stellt eine Belastung des Staatssäckels dar, die sich nicht lange tragen läßt. Modai bestreitet zwar, daß eine ausgleichende Abwertung nötig sei, aber die Mehrheit der Fachleute findet, sie lasse sich nicht lange mehr aufschieben.

Der Preis der Währungsstabilität zieht eine schmerzhafte Haushaltskürzung nach sich. Wenn kein Geld da ist, wird zwar noch gedruckt, aber viel weniger als noch vor einem halben Jahr. Das knappe Geld wird überall spürbar. In den Krankenhäusern müssen leichte Fälle nach Hause geschickt werden und manche Krankenhäuser haben aufgehört, die Krankenzimmer zu beheizen.

Aus dem öffentlichen Dienst sind 36 000 Mitarbeiter entlassen worden. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, hat aber noch nicht das europäische Niveau erreicht. Die geplante Erleichterung der Steuerlast unterbleibt vorläufig: Schon auf mittlere Einkommen entfällt ein Steuersatz von 66 Prozent. Auch auf das aufwendige Rüstungsprojekt – die weitere Entwicklung und Produktion des Lavie-Überschalljagdbombers –, in dessen Planung schon 250 Mill. Dollar investiert worden sind, muß Israel zunächst verzichten. (SAD)

HEW / Konventionelle Kraftwerke zurückgefahren – US-Risiken sind noch offen

Ertrags- und Finanzlage entspannt

JAN BRECH, Hamburg

Die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW), seit Jahren Gegenstand politischer Auseinandersetzungen in der Hansestadt, werden im Geschäftsjahr 1985 ein wesentlich verbessertes Betriebsergebnis erreichen. Wie der seit Jahresmitte neue Vorstandsvorsitzende Roland Farnung mitteilt, habe das Unternehmen den wirtschaftlichen und finanziellen Spielraum wiedergewonnen.

Die Ertragsentwicklung wird nach Aussage von Farnung maßgeblich von der hervorragenden Verfügbarkeit der Kernkraftwerke bestimmt. Da die HEW durch den Wegfall der Stromlieferungen nach Schleswig-Holstein über das ganze Jahr rund zehn Prozent weniger Strom absetzen werden, seien die konventionellen Kraftwerke zurückgefahren und die fossilen Brennstoffkosten gravierend reduziert worden. Der HEW-Umsatz wird trotz des Absatzrückgangs infolge höherer Tarife mit 2,4 Mrd. DM nahezu unverändert bleiben.

Über die Höhe des Bilanzergebnisses macht Farnung noch keine Angaben. Sicher aber sei, daß ein mindest unveränderte Dividende von 5 DM gezahlt werde. Die Gestaltung des Jahresabschlusses hängt offenbar davon ab, wie hoch die HEW die Risiken aus dem US-Kohle-Engagement einschätzen, die das Unternehmen Ende der siebziger Jahre eingegangen ist. Damals wurde an der US-Gesellschaft Vebe Inc. eine Beteiligung von 50 Prozent erworben und ein langfristiger Liefervertrag abgeschlossen. Im Oktober wurde der Kohleliefervertrag für 28 Mill. Dollar abgelöst, die Beteiligung besteht nach wie vor.

Das US-Engagement hat jetzt dafür gesorgt, daß der neue HEW-Chef wider Willen nun ebenfalls in die politische Diskussion geraten ist. Kürzlich hatte die Hamburger CDU ausgerechnet, daß den HEW aus diesem Engagement gut 230 Mill. DM Verluste entstehen könnten.

Auch wenn Farnung einräumt, daß der Ausflug in die USA für die HEW teuer gewesen sei, hält er das CDU-Risiko-Szenario für völlig spekulativ. Die Ablösung des Liefervertrags bringe den HEW jährliche Kosteneinsparungen von 15 Mill. DM, und die Abstandssumme habe es der Vebe ermöglicht, die Finanzstruktur in Ordnung zu bringen. Der Betrag von 28 Mill. Dollar sei einschließlich eines Gesellschafterdarlehens von zur Zeit 3,5 Mill. Dollar (zur Deckung des Finanzbedarfs haben die HEW der Vebe einen Rahmen von insgesamt 6 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt) zur Abdeckung eines Kredits der Bayerischen Landesbank in Höhe von 30 Mill. Dollar verwendet worden. Aufgrund der wesentlich verbesserten wirtschaftlichen Lage der Vebe seien Überlegungen über Haftungsrisiken, wie sie die CDU angestellt habe, rein theoretischer Natur. Zu dem mit 67 Mill. DM zu Buch stehenden Beteiligungswert erklärt Farnung, daß zur Zeit eine Veräußerung nicht zur Debatte stehe, wobei die Betonung wohl auf „zur Zeit" liegen dürfte.

In welcher Höhe die möglichen Risiken im Abschluß berücksichtigt werden, läßt Farnung offen. Dies werde jedoch im vollen Umfang geschehen, ohne daß finanzielle Spannungen entstehen könnten. Die Formulierung läßt darauf schließen, daß die HEW die Risiken zum Teil bereits im Abschluß 1984 versteckt haben.

Veränderungen an der Fleet Street

fu, London

In der Londoner Fleet Street ist eine lange Ära zu Ende gegangen. Die Zeitungsgruppe Telegraph („Daily Telegraph" und „Sunday Telegraph"), vor gut 70 Jahren von der Familie Berry gegründet und seither in ihrem Besitz, ist mehrheitlich (50,1 Prozent) vom kanadischen Geschäftsmann Conrad Black übernommen worden. Wie Lord Hartwell (früher Michael Berry), Chairman der Telegraph-Gruppe und gleichzeitig Chefredakteur des „Daily Telegraph", jetzt mitteilte, wird der Kanadier keinen direkten Einfluß auf die Redaktionsarbeit ausüben. Andrew Knight, gegenwärtig Chefredakteur der Zeitschrift „The Economist", ist zum Hauptgeschäftsführer der Telegraph-Gruppe berufen worden.

Der Verkauf von mehr als 50 Prozent der Anteile wurde notwendig, nachdem die Gruppe in letzter Zeit schwere Verluste hinnehmen mußte. Allein in den sechs Monaten bis September erreichten sie fast 60 Mill. DM. Mit der Übernahme der Anteile hat sich Black bereit erklärt, für ein Refinanzierungspaket in Höhe von 100 Mill. DM zu sorgen.

FOTOINDUSTRIE / Prozeß der Erholung geht weiter

Reiseboom sorgt für Schub

nl, Stuttgart

Die leichte Erholung im Markt der Amateurfotografie, die im vergangenen Jahr begann, hat sich 1985 fortgesetzt. Diese Feststellung trifft der Verband der Deutschen Photographischen Industrie in einem vorläufigen Jahresrückblick. Er geht davon aus, daß dieser Industriezweig den Umsatz des Vorjahres im Markt für Amateurfotoprodukte von rund 4,3 Mrd. DM leicht verbessern werde. Während sich im Kamerabereich eine Konsolidierung zeige, weise das Film- und Bildergeschäft weiterhin „recht erfreuliche" Zuwachsraten auf.

In 1985 dürften nach Schätzungen des Verbandes rund 1,76 Mrd. Color-Papierbilder gefertigt worden sein, das wären etwa vier Prozent mehr als im Jahr zuvor. Hierzu habe der Reiseboom beigetragen. Überdies reizten hochempfindliche Filme dazu, wieder häufiger zur Kamera zu greifen.

Ein überdurchschnittliches Marktwachstum wird – wie im Vorjahr – bei Geräten zur elektronischen Laufbildaufzeichnung, also Videokameras und einteiligen Videokamerarecordern, registriert. Hier sei der noch immer starke Rückgang im Super-8-Geschäft weitgehend ausgeglichen worden. Dabei ist jedoch festzuhalten, daß die auf diesem Sektor tätigen Produzenten größtenteils aus der Unterhaltungselektronik stammen. Die Zahl der im Fotofachhandel verkauften Videokameras übersteigt inzwischen die der Super-8-Filmkameras.

Wachstum kennzeichne auch weiterhin die fotografischen Fachmärkte und die technisch-wissenschaftlichen Anwendungsbereiche. In dieser Sparte, die in die Medizin, Bürokommunikation, Berufs- und Werbefotografie oder den Drucksektoren hineinreicht, erwartet die Fotoindustrie für das laufende Jahr eine weitere Ausweitung des Marktvolumens um zwei Prozent auf über 5,6 Mrd. DM.

Damit würde der Gesamtmarkt der Fotografie in der Bundesrepublik auf ein Volumen von rund 10 Mrd. DM kommen. Die Zuversicht der Branche für die Entwicklung im kommenden Jahr ist insofern recht groß, als von der vom 3. September bis 9. September 1986 in Köln stattfindenden „photokina" zusätzliche belebende Impulse ausgehen dürften.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Millionenauftrag

Darmstadt (VWD) – Für fast 40 Mill. DM will die Deutsche Bundespost auf dem Gelände ihrer Erdfunkstelle in Usingen im Taunus ein Kontrollzentrum für posteigene Satelliten bauen lassen. Die Aufträge für dieses Projekt seien bereits an mehrere Unternehmen vergeben, heißt es in einer Mitteilung des Fernmeldetechnischen Zentralamtes (FTZ) der Post in Darmstadt. Für einen Großteil der Einrichtungen werde die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt verantwortlich sein.

Peter-Klöckner-Stiftung

Duisburg (dpa/VWD) – Die 1983 errichtete gemeinnützige Peter-Klöckner-Stiftung nimmt schon im ersten Jahr ihrer Tätigkeit (1985) mit einem Ausschüttungsvolumen von über 8,7 Mill. DM den sechsten Platz unter den vergleichbaren Einrichtungen in der Bundesrepublik ein. Stiftungskapital ist eine Beteiligung an dem Handelshaus Klöckner und Co. KGaA, Duisburg, in Höhe von nominal gut 270 Mill. DM, die der Stiftung als erste Einnahme rund 8,1 Mill. DM Dividende für 1984 eintrug. Mit der ersten Ausschüttung ging der Stiftungsvorstand – offenbar in Erwartung weiterer Dividenden – bereits über die Einkünfte hinaus. Bewilligt wurden 4 Mill. DM für Wissenschaft und Forschung, 2,14 Mill. für Bildung und Ausbildung, 2,06 Mill. für öffentliches Gesundheitswesen und 550 000 DM für Kunst und Kultur. 7,76 Mill. DM bleiben in Nordrhein-Westfalen.

Wieder Ruhrglas AG

Essen (dpa/VWD) – Die Veba-Glas AG, Essen, die Anfang nächsten Jahres von der Veba AG, Düsseldorf, an deren Handelstochter Stinnes AG, Mülheim, übertragen wird, nennt sich künftig wieder Ruhrglas AG. Damit leben die bis in die 60er Jahre bestandene Anbindung an Stinnes und der alte Name wieder auf. Die Veba-Glas setzt in den Bereichen Glas, Formenbau, Maschinenbau und beratenden Dienstleistungen im Jahr etwa 400 Mill. DM um und beschäftigt 2000 Mitarbeiter.

Ägypten-Aufträge

Hamburg (DW.) – Die Claudius Peters AG, Hamburg, hat von der ägyptischen Zementindustrie den Auftrag zur Lieferung von zwei kompletten Betonblocksteinanlagen erhalten. Das Geschäft umfaßt die gesamten automatischen Produktionslinien – Betonmischanlagen, Steinformmaschinen, Palettenumlaufautomatik, Aushärtekammern, Paketierung, Portalkräne sowie Neben- und Versorgungssysteme einschließlich der Siebanlagen für die Zuschlagstoffe – ebenso wie Bauengineering, Gesamtmontage und Inbetriebnahme. Das Werk für die Assiut Cement Company ist für eine Kapazität von 33 Mill. Standardblöcken jährlich ausgelegt; die Kapazität des Werks für die National Cement Company in Kairo beträgt 49 Mill. Standardblöcke. Die Auslieferung und Übergabe wird 1986 erfolgen.

EBV will Staatshilfen

Herzogenrath (rtr) – Der zum luxemburgischen Arbed-Konzern zählende Eschweiler Bergwerks-Verein (EBV) hat in Verbindung mit einem neuen Strukturkonzept bei Bund und Land Sonderhilfen von rund 400 Mill. DM beantragt. Ein Sprecher der Gesellschaft begründete dies mit geologischen Schwierigkeiten im westfälischen Abbau, die ein bereits eingeleitetes Umstrukturierungskonzept zeitlich verzögert hätten. Durch die aufgetauchten Abbau-Probleme und den nun dringend notwendigen Aufschluß neuer Kohlevorkommen entsteht dem Unternehmen nach eigenen Angaben eine Finanzbelastung, die es allein nicht tragen könne.

Firmenname geändert

Hannover (dos) – Die Magdeburger Allgemeine Lebens- und Rentenversicherungs-AG, Hannover, firmiert jetzt unter dem Namen „Magdeburger Lebensversicherungs-AG". Der entsprechende Beschluß der Hauptversammlung ist mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam geworden.

Plus bei L'Oréal

Stuttgart (nl) – Der französische Haarkosmetik-Konzern L'Oréal hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1985 den Umsatz um 12,8 Prozent auf 12,65 Mrd. Franc gesteigert. Die L'Oréal International wies zur Jahresmitte einen Reingewinn von 407 (362) Mill. F aus.

Zwei Milliarden für den Mittelstand

nl. Stuttgart

Mittelstandspolitik sei in den kommenden Jahren notwendiger denn je. Wie Martin Herzog, Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, in Stuttgart feststellte, werde die Landesregierung ihre traditionelle Mittelstandsförderung „konsequent fortsetzen und weiterentwickeln". Als Aufgabe hoher Priorität betrachte man dabei die Verbesserung der Rahmenbedingungen, insbesondere bei der Unternehmensbesteuerung. Herzog, der anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Mittelstandsförderungsgesetzes des Landes eine Zwischenbilanz zog, bezifferte die von der Landesregierung dem Mittelstand in jenem Zeitraum gegebenen Fördermittel auf über zwei Milliarden DM. Die für Mittelstandsförderung eingesetzten Haushaltsmittel stiegen von 94 Mill. DM des Jahres 1975 auf über 200 Mill. DM im Jahre 1985.

THYSSEN STAHL / Konjunkturaufschwung brachte einen „voll befriedigenden" Abschluß – Vor einem schwierigeren Jahr

Amerikas Importbremse verändert die Stahlwelt

J. GEHLHOFF, Duisburg

Die Note „voll befriedigend" gibt Vorstandsvorsitzender Heinz Kriwet dem Abschluß, den die Duisburger Thyssen Stahl AG 1984/85 (30. 9.) erzielte. Der mit gut einem Viertel am gesamten deutschen Stahlausstoß beteiligte größte heimische Massenstahlproduzent schaffte aus 11,07 (10,51) Millionen Tonnen Rohstahl und 10,35 (10,03) Millionen Tonnen Walzstahlerzeugung einen Außenumsatz von 10,37 (9,21) Mrd. DM mit 40 (38) Prozent Exportanteil und daraus einen Jahresüberschuß von 383 (176) Mill. DM oder 3,7 (1,9) Prozent des Umsatzes.

Die Note „sehr gut" freilich, relativiert Kriwet, wäre erst bei einer Nettoumsatzrendite von fünf Prozent fällig. Und davon ist auch dieser im Berichtsjahr von stahlkonjunktureller Erholung und eigenem Rationalisierungserfolg gleichermaßen begünstigte Stahlgigant derzeit noch weit entfernt. Das schöne Ziel rückt im laufenden Jahr, für das Thyssen Stahl in Produktion und Umsatz mit Minderungsraten von drei bis fünf Prozent rechnet, sogar noch weiter in die Ferne.

Voll aus dem Normalgeschäft eines gesunden Unternehmens stammte ohnehin auch die 1984/85 erzielte Verdoppelung der Umsatzrendite noch nicht. Einerseits wurde die aus dem vorjährigen Jahresüberschuß gebildete Preissteigerungsrücklage (83 Mill. DM) nun zu Gunsten des Gewinnausweises aufgelöst. Andererseits wurde der auf 332 (83) Mill. DM gestiegene EEV-Steueraufwand letztmals durch nun aufgezehrten steuerlichen Verlustvortrag gebremst.

Immerhin aber stand Thyssen Stahl nebst vorjährigem Gewinnvortrag (93 Mill. DM) nun ein Gesamtgewinn von 476 Mill. DM zur Verfügung. Reichlich die Hälfte davon wird mit 261 Mill. DM an die Konzern-Führungsgesellschaft Thyssen AG ausgeschüttet. Die hatte ihr Massenstahlgeschäft vor zwei Jahren noch tief in den branchentypisch roten Zahlen und ging beim vorjährigen Ertragsumschwung noch leer aus.

Diese Zeitreihe relativiert auch die nun stolze Ausschüttungssumme des seit April 1983 rechtlich selbständigen Massenstahlbereichs, die 35 Prozent des eigenen Aktienkapitals (750 Mill. DM) und 16 Prozent vom Aktienkapital der Obergesellschaft (1,6 Mrd. DM) ausmacht. Die hohe Ausschüttung ist überdies wohl auch in Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, daß ab 1985/86 die Rückzahlungspflicht für die aus dem Bonner Drei-Milliarden-Programm erhaltenen Strukturbeihilfen aus versteuertem Gewinn beginnt und die Dividendenkraft mindert.

Fraglos aber hat Thyssen Stahl in dem Berichtsjahr eine solide Ertragskraft erreicht. Der Cash-flow (vor Dividende), der um 53 Prozent auf 1,14 Mrd. DM stieg, finanzierte auch nach Ausschüttung überreichlich die 732 Mill. DM Sachinvestitionen (die auch 1985/86 nur ein Zehntel kleiner werden sollen) und erlaubte bei weiterhin 26 Prozent Eigenkapitalquote von 7 Mrd. DM Bilanzvolumen einen Finanzschuldenabbau auf 1,5 (1,8) Mrd. DM mit dem Resultat, daß der Zinsaufwandsaldo die für deutsche Stahlunternehmen beneidenswert niedrige Umsatzrelation von 0,9 Prozent ausmachte.

Die Belegschaftszahl wurde bei voller Auslastung der personellen Kapazität durch den Produktionsanstieg auf 48 512 (49 708) abgebaut. Maximal weitere 1700 Arbeitsplätze stehen im Zuge noch nicht voll geschaffter Kapazitätsstraffung bis 1986/87 auf dem Aussterbeetat.

Solche Fortsetzung der Rationalisierungskraftakte hält Kriwet, zumal beim Blick auf 1985/86, für unerläßlich. Empfindliche Einbußen drohen Thyssen Stahl da nun bei den 1984/85 noch mit knapp 300 000 (450 000) Tonnen fortgesetzten Halbzeuglieferungen in die USA aus der zu Gunsten der Briten eingeführten Beschränkung auch der EG-Halbzeuglieferungen.

Überdies und gewichtiger: Die Total-Beschränkung aller Stahllieferungen aus aller Welt in die USA, dazu der Dollarkursabfall würden ab 1986 wieder den Importdruck vieler Lieferanten auf den wachsenden deutschen Stahlmarkt steigern und generell die Preiserholungstendenz auf dem Weltmarkt dämpfen. Konnte Thyssen Stahl 1984/85 seinen Erlös pro Walzstahltonne (ohne Halbzeug) noch um 44 (5) DM auf 903 DM verbessern, so herrscht nun Skepsis, ob die für den Markt der Europäischen Gemeinschaft ab Anfang 1986 vorgesehene („kostenbedingte") Erhöhungsstufe von 30 DM auch bei der Kundschaft gleich voll durchzusetzen ist.

BREMISCHE HÄFEN / Rekord-Umschlagergebnis

„Verzerrter Wettbewerb"

W. WESSENDORF, Bremen

Mit einem Umschlagergebnis von rund 30 Mill. Tonnen erzielen die bremischen Häfen in diesem Jahr die Höchstmarke ihrer Geschichte. Trotz dieses Spitzenresultats kommt an der Weser aber nicht so recht Freude auf, denn die Erträge entwickelten sich nicht so günstig. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Bremischen Hafenvertretung, Helmut Detken, nennt den Grund dafür: „Wegen einer verzerrten Wettbewerbsordnung herrscht ein scharfer Konkurrenzkampf zwischen den norddeutschen und den Westhäfen in den Niederlanden und Belgien."

Dabei halten die norddeutschen Häfen hinsichtlich ihrer Infrastruktur, ihrem technischen Leistungspotential und ihrer Organisation dem Wettbewerb stand. Erhebliche Nachteile müssen sie aber beim Vergleich der Seehafenhinterlandverkehre hinnehmen, denn die unterschiedlichen Marktordnungen in den EG-Ländern wirken sich beim grenzüberschreitenden Verkehr nachteilig aus.

Das gilt für den Straßengüterverkehr ebenso wie für die Binnenschiffahrt, die national weitgehend der Preisbindung und anderen Reglementierungen unterliegen. Für den internationalen Verkehr auf deutschen Straßen und Flüssen herrschen dagegen freizügigere Bedingungen. Die Situation bewirkt, daß die Verkehrsströme in zunehmendem Maß von den deutschen Seehäfen zu den Westhäfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen umgelenkt werden.

Und das Dilemma wird sich noch vergrößern, meint Detken, denn Fortschritte in der EG-Verkehrspolitik würden zu einem Ausbau der Liberalität führen. So hätten die EG-Verkehrsminister beschlossen, die Kontingente für den innergemeinschaftlichen Straßenverkehr aufzustocken. Die Diskrepanz zwischen dem freien Transport über die „grüne" Grenze und dem festgefahrenen innerdeutschen System werde also noch größer.

Schon seit Jahren würden die norddeutschen Seehäfen gegen die Wettbewerbsnachteile ankämpfen, die auf der „politischen Spaltung" der Verkehrsmärkte beruhten. Dennoch fordere der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages beharrlich die Harmonisierung der nationalen Verkehrsmärkte vor der Liberalisierung. Dieser Weg wird sich nach Detkens Überzeugung jedoch als Sackgasse erweisen.

Deshalb fordern die deutschen Seehäfen eine Teilliberalisierung. Die Küstenländer wollen gleiche Voraussetzungen für ihren Hinterlandverkehr erreichen, wie sie die Westhäfen ausnutzen. Das läuft auf freie Preisbildung hinaus, allerdings streben sie dabei eine Korridorlösung an, die freie Preisbildung soll danach nur für die Seehafen-Umschlaggüter gelten und binnenländische Güterströme unberührt lassen. Diese Korridorlösung sieht ausschließlich Maßnahmen vor, die schon in nationalen oder internationalen Verkehrsmarktordnungen erprobt sind. Detken: „Eine Aushöhlung der Binnenmarktordnung ist somit nicht zu befürchten."

Allerdings wehrten sich die Verbände des Güterfernverkehrs (BDF) und der Binnenschiffahrt (BDB) heftig gegen gesetzliche Maßnahmen. Sie wollten ihren starken Einfluß auf die Preisgestaltung nicht verlieren, denn mit größerer unternehmerischer Verantwortung, so Detken, verringere sich der politische Machtbereich der Verbände zur Gestaltung des Tarifniveaus. Der Starrsinn der Verbände sei aber schon deswegen unverständlich, weil die EG-Gremien klar auf Liberalisierung gesetzt hätten.

Der Bundesverkehrsminister entwickele gegenwärtig Leitlinien bis 1992. Sie zeigen nach Meinung der Küstenländer vielversprechende Ansätze zur Lösung der Probleme, die für alle Hafenstädte lebenswichtig sind. Der Geschäftsführer der Bremischen Hafenvertretung: „Allerdings ist es notwendig, schon jetzt hier zur Liberalisierung Schritte einzuleiten, damit der Übergang nicht zu abrupt erfolgt."

AM-VERSICHERUNGEN

Kräftiges Prämienplus

Py. Düsseldorf

Die Finanzholding der AM-Versicherungsgruppe, die Aachener und Münchner Beteiligungs AG, Aachen, wird ihren rund 8000 Aktionären für 1985 wieder eine Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie sowie einen Bonus von 2,50 DM je Aktie vorschlagen und voraussichtlich 8 (8,7) Mill. DM den Rücklagen zuweisen. In einem Zwischenbericht erwartet die Holding einen gegenüber 1984 um zehn Prozent auf annähernd 24 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß, der aus den Tochterausschüttungen 1984 stammt. Diese Beteiligungserträge liegen mit 44,2 Mill. DM um etwa 4 Mill. DM über denen des Vorjahres.

Die Steigerung ist vor allem eine Folge der durch Kapitalerhöhungen erweiterten Kapitalbasis und der Gewinnabführung durch die neu errichtete AM-Versicherungs-Service GmbH. Mittel aus der Verminderung von Kleinbeteiligungen an der Colonia Versicherungs AG sowie aus der Abgabe der dividenden- und stimmrechtslos gehaltenen Zehnprozent-Beteiligung an der Obergesellschaft durch die Aachener Rück wurden zur Verstärkung der Finanzstruktur in den Gesellschaften verwendet. Für die in der Gruppe vorgesehene 51-Prozent-Beteiligung an der Academy Insurance Group sowie das auf 30 Prozent verstärkte Engagement an den noch zu verschmelzenden französischen Lebensversicherungen Le Secour und La Providence werden rund 120 Mill. DM benötigt.

Die ebenfalls rund 8000 Aktionäre der AM-Versicherungs AG werden vermutlich für 1985 wieder eine Dividende von 7 DM erhalten. Die Prämieneinnahmen dürften mit einer Steigerungsrate von etwa sieben Prozent wieder über dem Durchschnitt liegen. Höhere Leistungsanforderungen werden jedoch die technische Rechnung weiter in der Verlustzone belassen. Im Gegensatz dazu wird die Thuringia Versicherung AG, München, erneut ein positives technisches Ergebnis ausweisen. Die AM Leben erwartet für 1985 ein Neugeschäft von 4,8 (4,6) Mrd. DM und eine Bestandsausweitung auf 31,5 (29) Mrd. DM. Die Kapitalanlagen werden auf über 7 Mrd. DM wachsen, die Erträge aus ihnen um neun Prozent steigen. Neben der Rücklagendotierung soll auch die Dividende (1984: 20 Prozent) „angemessen" sein.

LBS Bayern mit gutem Neugeschäft

sz. München

Ein „erfreuliches" Neugeschäft wird die Bayerische Landesbausparkasse, München, 1985 erzielen können. Gerhard Dittler, der neue Sprecher der Geschäftsleitung, ist sich schon jetzt sicher, daß die Zielvorstellungen erreicht werden: rund 160 000 neue Bausparverträge (plus 10 Prozent) über eine Summe von etwa 5 Mrd. DM (plus 11 Prozent). Niedrige Zinsen und Immobilienpreise sowie die gute Konjunktur haben 1985 ein günstiges Umfeld für das Bausparen geschaffen.

Zufrieden zeigte sich Dittler denn auch mit den ersten zehn Monaten 1985. Abgeschlossen werden konnten in diesem Zeitraum 106 000 neue Verträge über rund 3,2 Mrd. DM. In der Stückzahl ist dies eine Steigerung um 9,5 Prozent gegenüber der Vorjahreszeit und in der Summe um 4 Prozent. Der Vertragsbestand erhöhte sich um 2,4 Prozent auf 1,3 Mill. Verträge über 47 Mrd. DM Bausparsumme.

Einen „Trend zum Besseren" signalisiert der Spargeldeingang, doch läßt er mit einem Minus von vier (zehn) Prozent „noch Wünsche offen". Dies auch vor dem Hintergrund einer mit 2,3 Mrd. DM nur um rund ein Prozent höheren Spar-, Zins- und Tilgungsleistung der Kunden. Zugeteilt werden nach Angaben von Dittler 1985 rund 111 000 Verträge mit zusammen drei Mrd. DM (plus zwei Prozent).

NAMEN

Dr. Michael Müller-Stüler (51), bisher Aachener und Münchener Versicherungsgruppe, tritt zum 1. Januar 1986 in den Vorstand der Provinzial Versicherungsanstalten der Rheinprovinz, Düsseldorf, ein.

Hermann Krämer, bisher Sprecher des Vorstands der PreussenElektra AG, Hannover, ist zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt worden.

Willi Croll, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), ist zum Präsidenten von COGECA (Allgemeiner Ausschuß des ländlichen Genossenschaftswesens der EG) für die Jahre 1986 und 1987 gewählt worden. Er ist Nachfolger des Franzosen **Henri Nouyrit**.

Werner Suck, langjähriger Mitarbeiter der Hinrich Gaede Assekuranz, Hamburg, tritt zum 1. Januar 1986 als Mitinhaber in die Firma ein. Der bisherige Gesellschafter **Ernst-Otto Rehlich** scheidet zum Jahresende wegen Erreichens der Altersgrenze aus.

Karl-Heinz Zinke, schon bisher in der Geschäftsführung der zur IWKA-Gruppe gehörenden KUKA Schweißanlagen + Roboter GmbH, Augsburg, wurde zum Sprecher der Geschäftsführung bestellt.

Mehrfach unredlich

gb. – Wer „tausendfach alles unter einem Dach" anbietet, entwikkelt den verständlichen Wunsch, neben den Standardartikeln auch das Besondere vorrätig zu haben, den Brillanten neben dem Modeschmuck, die Flasche Château Mouton im Selbstbedienungsregal neben den Massenweinen. Als schönes Einzelstück, als Dekor hat das wohl auch seinen Sinn. Nun aber hat den Kaufhof offenbar der Ehrgeiz gepackt, auch aus den Spitzenweinen ein Massenprodukt zu machen.

So flatterte einigen hunderttausend Haushalten dieser Tage eine Drucksache aus den Briefkästen, in denen das Kölner Unternehmen in gleicher Art und Aufmachung wie sonst bei modischer Kleidung oder Haushaltswaren Hochgewächse des Jahrgangs 1983 aus dem Bordelais anpreist zu Preisen zwischen 25 und 195 Mark je Flasche. Freilich, damit der überraschte Prospekt-Empfänger auch begreift, was das soll, wird der sehr gute Jahrgang zum „Jahrhundertwein überhaupt" hochgelobt.

Nun kann man solche unpassende Übertreibung noch albern finden, schlimmer ist, was der Prospekt verschweigt. Er wendet sich eindeutig an Laien, an uninformierte Kunden, denn Kenner und Liebhaber haben den 1983er Bordeaux längst en primeur erworben, und denen müßte unbedingt mitgeteilt werden, daß der Wein eine sehr lange Reifezeit benötigt. Der jetzt gekaufte 1983er wird mit einiger Sicherheit in diesem Jahrzehnt nicht trinkbar sein. Der Kunde, der sich die teure Flasche auf den Weihnachstisch stellen will, wird eine bittere Enttäuschung erleben.

Und so handelt der Anbieter denn gleich mehrfach unredlich. Abgesehen einmal von der Übertreibung „Jahrhundertwein" wird dem unerfahrenen Kunden eine wesentliche Information verschwiegen und so ihm und dem Wein Schaden zugefügt. Das ist sicher keine Absicht, sondern wohl auch nur Unkenntnis der Kölner Weinexperten, oder?

VIAG / Ein Bundesunternehmen bereitet durch Anzeigen den Weg für seine Privatisierung vor

Nicht nur außergewöhnlich seriös, sondern auch mit einem intellektuellen Anspruch

HANNA GIESKES, Bonn

„Wenn der Normalverbraucher Henkel hört, denkt er an Persil; wenn er Viag hört, denkt er zunächst an gar nichts." Für Viag-Vorstand Werner Lamby war diese Erkenntnis sozusagen der erste Schritt auf dem Weg des Bundesunternehmens in seine geplante Privatisierung. Bis im Juni kommenden Jahres 40 Prozent des Viag-Kapitals von 580 Millionen Mark an der Börse eingeführt sind, muß Lamby zwei Dinge erreicht haben: Erstens, daß sich die Öffentlichkeit bei Viag etwas denkt, und zweitens, daß diese Öffentlichkeit auch bereit ist, Geld in Viag-Aktien anzulegen.

Zu diesem Zweck hat die Viag gemeinsam mit der H. F. & P., Agentur für Kommunikation, Düsseldorf, ein Zwei-Stufen-Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit entworfen, dessen erste Stufe zur Zeit realisiert wird: In Form von Anzeigen in großen Tageszeitungen, Wirtschafts- und Publikumszeitschriften, deren Ziel die Bekanntmachung der Viag und die Einstimmung der Öffentlichkeit auf die Börseneinführung ist. Hier wie auch bei der im kommenden Jahr zu startenden zweiten Stufe sind Zielgruppen nicht nur die „Finanzöffentlichkeit", sondern auch potentielle Aktienkäufer, Entscheidungsträger und das „politische Umfeld".

Das Entree, das H. F. & P. der Viag zur Zeit verschafft, verdient in erster Linie die Beschreibung „seriös". Das deckt sich mit dem Erscheinungsbild dieser breit gefügten Gruppe – Umsatz 1984: zwölf Milliarden Mark –, die 40 Prozent ihrer Erlöse aus dem Elektrizitätsbereich holt, und zwar vor allem über Beteiligungen an Energieversorgungs-Unternehmen. Für Werner Lamby „eine ganz solide Geschichte". Sie besorgt den Risikoausgleich für den in der VAW zusammengefaßten Aluminiumbereich – Lamby: „Hier gibt es große Schwankungen" –, der 45 Prozent zum Gruppenumsatz beisteuert. Rund 14 Prozent Umsatzanteil hat die Chemiesparte, „und hier stehen wir ebenfalls auf sehr soliden Füßen".

Die starke Betonung des Seriösen, die sich in allen sechs zur Zeit laufenden Anzeigenmotiven wiederfindet, begründet Lamby mit der unterschiedlichen Mentalität von Aktionären. Er glaubt zum Beispiel nicht, daß Spekulanten davon angesprochen werden, „aber andererseits kann ein Aktionär sein Geld bei uns nicht verlieren." Damit die Öffentlichkeit das begreife, werden in den Anzeigen und den begleitenden Texten nur wenige wichtige Details betont. Unternehmensspezifische Merkmale wie Unternehmensstruktur, Größe, Verbundgedanke werden optisch und verbal präzise dargestellt, und aus der Summe dieser Eigenschaften ergibt sich das Motto, unter dem Viag im Bewußtsein der Öffentlichkeit angesiedelt werden will: „Drei Bereiche – Viag eine starke Gruppe."

Das Bundesunternehmen gibt sich indes nicht nur seriös, sondern auch deutlich intellektuell. Bei allen sechs Motiven wird der Leser zunächst auf Latein angeredet. Die Gefahr, daß die Anzeigen wegen dieser ungemein feinsinnigen Art den Leser langweilen könnten, sieht Lamby nicht. Er berichtet von „großer Resonanz", sowohl bei den Medien als auch bei den Banken. Von Privatisierung oder gar Viag-Aktien wird einstweilen nicht gesprochen. „Wir wollten einen Stein ins Wasser werfen", begründet Lamby diese Zurückhaltung, die ihm notwendig erschien.

Der „zweite Stein" soll Ende Januar geworfen werden. Unter dem Motto „Die Viag geht an die Börse" sind eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen wie zum Beispiel Informationsveranstaltungen in den Börsen für die Berater und Entscheidungsträger in Banken, Sparkassen oder Anlagegesellschaften. Darüber hinaus werden wichtige Zielgruppen – Banken, Geschäftspartner, Politiker – direkt angesprochen werden.

Im Frühjahr wird außerdem ein zweiter Anzeigendurchgang gestartet werden. Damit soll nicht nur die Emission selbst bekanntgemacht werden, „sondern die Vorstellung und Profilierung der Viag wird fortgesetzt". Texte und Motive werden auf den Anlaß abgestimmt, sollen aber als optische Einheit mit der ersten Kampagne erkennbar sein.

Die Kampagne, die einer der bedeutendsten Börseneinführungen der Nachkriegszeit gilt, wird nur wenig mehr als ein halbes Jahr dauern. Lamby, der im übrigen glaubt, „daß wir unsere Aktionäre in den nächsten Jahren ordentlich bedienen werden", ist überzeugt davon, daß zügige Behandlung der Privatisierungspläne geboten ist. Er stellt klar, „daß wir uns nicht vom Bund wegflüchten wollen", aber er wünscht doch, daß die Privatisierung ein Erfolg wird. Das setzt voraus, daß die Viag-Image-Kampagnen ein Erfolg sind, die sich das Unternehmen immerhin drei Millionen Mark kosten läßt.

CUI BONO

Die Gruppe mit mehr als 100 Beteiligungsgesellschaften erzielte im Jahr

Drei Bereiche – VIAG eine starke Gruppe.

VIAG



CHARLIE CHAPLIN

Der Tramp präsentiert eine IBM zum Anfassen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Wer gibt tausend Antworten auf tausend Fragen zum Personal Computer? Dieser in ganzseitigen Zeitungsanzeigen der IMB Deutschland GmbH, Stuttgart, formulierten Frage verhilft die fragende Mimik des sympathisch-tolpatschigen Tramps, den Charlie Chaplin in zahllosen Filmen verkörperte, zu gesteigerter Aufmerksamkeit. Die Antwort auf obige Frage liefert natürlich der weitere Anzeigentext in erwarteter Weise. Bleibt freilich die Frage, warum gerade der Tramp als Sujet für die großangelegte, nunmehr schon seit einigen Jahren laufende internationale Werbekampagne des IBM-Konzerns dient.

„Bei all denen, die bisher noch nichts mit einem Computer zu tun hatten, soll der Tramp für einen Brückenschlag sorgen", erläutert Paul Erich Wipperfürth, Werbeleiter der IBM Deutschland, die Grundidee für diesen vom Sujet her international gleichlaufenden, den Texten nach aber auf die Mentalitäten in den jeweiligen Ländern abgestimmten Werbefeldzug der IBM. Während die Werbeaussagen der IBM in anderen Produktbereichen (Großcomputer usw.) eher sachlich nüchtern und problemorientiert angelegt sind, wird bei dem vor vier Jahren zunächst in den USA und 1983 dann auch in der Bundesrepublik und im übrigen Europa eingeführten Personal Computer, zu dessen Zielgruppe die ganze Breite kleiner und mittlerer Gewerbetreibender, Freiberufler, mittelständischer Betriebe, Privatpersonen und Hobby-Programmierer gehört, eine andere Linie verfolgt.

Spiegelungen des Gemüts

Man hält hier die Ansprache mit einer mehr menschlichen Note für effektvoller. Und diese verbinde sich – so Wipperfürth – mit der Figur des Tramps, der bei aller Tolpatschigkeit immer wieder aus den Problemen herausfinde. Oder, wie ihn das Lexikon charakterisiert: „Er gibt mit menschlicher Hilflosigkeit und verklärendem Humor echte Spiegelungen des Gemüts und der Seele." So ist denn der Tramp auch rundum in den Printmedien (unter konzeptioneller und technischer Regie der renommierten Agentur GGK) und im Fernsehen als Blickfang für die auf den Personal Computer der IBM zugeschnittene Werbung „losmarschiert" und soll auch weiterhin als Erkennungszeichen für werbliche Aussagen in dieser Produktsparte aufwarten.

Untersuchungen haben laut Wipperfürth für den Tramp einen recht hohen Wiedererkennungsgrad festgestellt. Demnach ordnen diese Figur nicht weniger als 60 Prozent der Leser von Tageszeitungen IBM zu, beim Fachpublikum ist er natürlich noch höher. In einer Zeit wachsender Informationsflut sei dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Doch stellten sich bei genauerer Publikumsbefragung durchaus auch gewisse Schwierigkeiten bei der Zielansprache heraus: Zwar finde der größte Teil der Anzeigenbetrachter den Tramp, der inzwischen in der deutschen Fernsehwerbung nicht mehr erscheint, „ganz nett". Doch tauche – so Wipperfürth – beim sach- und fachkundigen Publikum auch immer wieder der Einwand auf, die durch das Sujet beabsichtigte „Brükke" sei unverständlich und sogar abzulehnen. Es stelle sich heraus, daß man nicht in jedem Falle in der Lage sei, dem sich mit IBM weithin verbindenden Image der Sachlichkeit und Solidität mit der Figur des Tramps in Einklang zu bringen.

Nur noch der Oberkörper

Deshalb wurde inzwischen eine „Operation" vorgenommen: Erschien früher der „Charlie", für den übrigens Lizenzgebühren an die mit der Verwertung der Rechte der Erben befaßte Bubbles Inc. abgeführt werden müssen, in ganzer Größe in den Anzeigen, so wurde diese Figur inzwischen auf Oberkörper-Format zurückgenommen. Damit habe man eine „Optimierung" erreichen wollen.

Bei IBM bleibt man der Auffassung, daß mit dieser Art von Werbung das Unternehmen und seine Produkte „populärer und anfaßbarer geworden sind". Vergleiche mit den hohen Bekanntheitsgraden des „HB-Männchens" oder von „Brummi", zwei bekannten Symbolen aus der hiesigen Werbeszenerie, machen den IBM-Werbestrategen Mut, auf diesem Weg weiterzufahren. In Branchenkreisen schätzt man, daß die IBM Deutschland 1985 etwa 25 Millionen Mark für ihre gesamte Werbung ausgegeben hat. Rund die Hälfte davon dürfte auf die Werbung für den Personal Computer entfallen sein. Sechs Siebtel der gesamten Anzeigen-Aktionen der IBM sind der Produktwerbung zuzuordnen, ein Siebtel des Gesamtaufwandes setzt das Unternehmen für die Imagewerbung ein.

Große Aufmerksamkeit erregte in diesen Tagen und Wochen eine von der IBM Deutschland einigen Zeitungen und Zeitschriften beigefügte Beilage unter dem Motto „Auf 75 Seiten zeigt die IBM Deutschland, was sie in 75 Jahren erreicht hat". Den Anlaß bot das 75jährige Firmenjubiläum. In dieser reich bebilderten Broschüre – Gesamtauflage drei Millionen Exemplare – ist auf sehr anschauliche Weise der Werdegang des Unternehmens dargestellt.

Wegweiser durch die Werbeträger

DW. Bonn

Bei zunehmendem Wettbewerbsdruck auf vielfach gesättigten Märkten wird Werbung immer wichtiger. Damit der Werbungtreibende diese Investition optimal planen kann, muß er wissen, welchen Werbeträger er wählen soll. Die neue, überarbeitete Auflage des Handbuchs „Werbeträger" ist ein sicherer Wegweiser durch das wachsende Angebot an Werbeträgern und eine Hilfe bei der immer komplizierteren Handhabung.

Auf 374 Seiten werden die wichtigsten Werbeträger umfassend und fundiert dargestellt. Ausführlich wird auf Bedeutung, Funktion und Leistungsmöglichkeiten der einzelnen Werbeträger eingegangen. Dargestellt werden außerdem die Grundlagen für die Beurteilung von Werbeträgern sowie Maßstäbe für ihre Auswahl. Erfahrene Fachleute aus Werbeagenturen und der werbungtreibenden Wirtschaft haben die Beiträge verfaßt. Herausgeber dieser nützlichen Arbeitshilfe ist Wolfgang Michael Reiter. Das Handbuch kostet 48 DM und ist im Verlag MD Medien Dienste GmbH, Baumweg 19, 6000 Frankfurt 1 erschienen.

GWA legt neues Jahrbuch vor

DW. Bonn

Die Gesellschaft Werbeagenturen (GWA) hat ihre neue Präsentationsschrift vorgelegt. Auf 200 Seiten geben darin die 26 in diesem Verband zusammengeschlossenen Full-Service-Agenturen einen umfassenden Überblick über ihre Struktur, ihre Arbeitsprinzipien und die Klientel ihrer Unternehmen.

Werbungtreibende unterschiedlicher Größe und Aufgabenstellungen – viele davon sind Marktführer – aus den wichtigsten und wettbewerbsintensivsten Märkten sind in der Schrift mit Kampagnenbeispielen und rund 330 Abbildungen dargestellt. Sie repräsentieren mit 1700 Etats insgesamt 4,8 Milliarden Werbemark und haben ihre Kommunikationsaufgaben GWA-Agenturen übertragen.

Das Jahrbuch wird den Partnern der GWA-Agenturen direkt zugeleitet. Interessenten, die nicht über diesen Verteiler bedient werden können, haben die Möglichkeit, es zum Preis von 45 Mark direkt beim Siegmund Verlag, Kutschers Weg 5, 2151 Moisburg, zu bestellen.

Paradies für die Fachpresse

DW. Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Fachzeitschriften-Paradies. Insgesamt kommen knapp 3000 Titel mit rund zwei Millionen Seiten in Deutschland heraus – davon 1,6 Millionen Redaktionelles und 0,5 Millionen Anzeigenseiten, wie aus einer Sonderpublikation des Frankfurter Börsenblattes unter dem Titel „Die Fachpresse in Zahlen" hervorgeht.

Die meisten Titel erscheinen zu den Themenbereichen Handel und Dienstleistungen (507 Titel), Industrie und Handwerk (442), Medizin (423) sowie zu Recht, Wirtschaft und Gesellschaft (308 Titel). Die verbreitete Auflage sämtlicher Titel beträgt danach 47 Millionen Stück, von denen rund 85 Prozent überwiegend im Abonnement verkauft werden.

Der Umsatz aller Fachzeitschriften und Wissenschaftsblätter betrug laut letzter Erhebung des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden 2,1 Milliarden Mark (1983). Ins Ausland gehen rund drei Prozent der Gesamtauflage von deutschen Fachzeitschriften. Rund die Hälfte dieser Publikationen (53 Prozent) wird monatlich veröffentlicht.

Kabel noch kein Gegengewicht

DW. Bonn

Nach Ansicht des Vorsitzenden des Arbeitskreises Werbefernsehen der deutschen Wirtschaft, Hans Merkle, wird es noch „bis ins nächste Jahrtausend dauern", bis das Kabelfernsehen ein annähernd akzeptables Gegengewicht zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen darstellt.

Die von den privaten Fernsehveranstaltern beklagten geringen Werbeeinnahmen seien eine Folge der mangelnden Zuschauerreichweite ihrer Programme und nicht der „unterstellten Zurückhaltung der werbungtreibenden Wirtschaft", erklärte Merkle in Wiesbaden.

Die werbungtreibende Wirtschaft sei der Auffassung, daß die Neuordnung des Rundfunkwesens in Deutschland auch die Erfordernisse des Marktes beachten muß. Der Markt könne nur funktionieren, wenn Wettbewerbsgleichheit zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Veranstaltern hergestellt werde. Nach seiner Ansicht stecken im Werbemarkt noch große Reserven. „Der Werbekuchen wird jedes Jahr neu gebacken. Es ist noch Teig da, und auch Bäcker gibt es genug", meint Merkle.

„Werbung nicht originell genug"

DW. Bonn

Die Werbung vieler Markenartikel ist „zu leise". Sie ist nicht originell und außergewöhnlich genug. Damit bewirkt sie nichts. Sie wird kaum wahrgenommen und erinnert. Sie läßt nur mit viel Aufwand oder eventuell gar keine Beeinflussung des Markenimages zu. Zu diesem Ergebnis kommt Professor Ute Diehl (Fachhochschule Mainz) in der Dezemberausgabe der in Wiesbaden erscheinenden Zeitschrift „Markenartikel".

Die Aufmerksamkeit des Umworbenen könne nur durch neue, ungewöhnliche Reize gewonnen werden. Sättigung durch zu wenig Abwechslung bedeute Wahrnehmungsabwehr, meint die Wissenschaftlerin. Außergewöhnliche Gestaltung fördere nicht nur die Beachtung der Werbung, sondern auch Sympathiewert und Imageprofil der Marke.

Und wörtlich: „Zu geringe Kreativität begünstigt das Vergessen. Zu große inhaltliche und gestalterische Ähnlichkeiten der Werbekampagnen beschleunigen nach der Interferenztheorie das Vergessen der aufgenommenen Informationen." Viele Firmen verpaßten so ihre Chancen.

Mein über alles geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

HANS WESSEL

wurde plötzlich und unerwartet im Alter von 83 Jahren aus unserer Mitte gerissen. Sein großes, fröhliches Herz gab allen, die ihn kannten und liebten, Kraft und Vertrauen. Er, der noch so viele Pläne verwirklichen wollte, hätte so gerne weitergelebt, und wir mit ihm.

Wir gedenken seiner stets in Liebe, Dankbarkeit und tiefer Trauer.

Waltraud Wessel geb. Motte
Barbara Rybin geb. Wessel
Claus Rybin
mit Ivo und Boris
Sabine Wessel
Walter Wessel und Frau Anneliese
Klaus Motte

5222 Morsbach/Sieg, Waldbröler Str. 75, den 14. Dezember 1985

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 19. Dezember 1985, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Odenspiel statt.

Von Beileidsbesuchen und Beileidsbekundungen am Grabe bitten wir freundlichst Abstand zu nehmen.

Im Sinne des Verstorbenen wird gebeten, anstelle von Kranz- oder Blumenspenden das SOS-Kinderdorf Konto-Nr. 1 807 530 777 (BLZ 384 523 50) Kreissparkasse Morsbach zu bedenken.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von

HANS WESSEL

der am 14. Dezember 1985 im Alter von 83 Jahren verstarb.

Von uns ist ein Unternehmer gegangen, der mit Weitblick, Mut und Ideenreichtum über mehr als fünf Jahrzehnte ein gutfundiertes Werk errichtete, dessen Produkte heute weltweit hohe Anerkennung finden. Bis zuletzt galt sein Denken und Handeln der Weiterentwicklung des Unternehmens. Vieles wollte er noch gemeinsam mit uns bewegen.

Wir trauern um einen Menschen, der mit Offenheit, Frohnatur und Herzensbildung sich seiner Familie, seinen Freunden und Mitarbeitern verbunden und verpflichtet fühlte.

Durch sein gestaltendes Wirken hat er das Unternehmen geprägt, durch seine persönliche Ausstrahlung hat er sein Werk mit Menschlichkeit erfüllt.

In seinem Sinne das Unternehmen fortzuführen ist für uns eine hohe Verpflichtung.

WESSEL-Werk GmbH
Beirat, Geschäftsführung
Betriebsrat und Mitarbeiter

5226 Reichshof-Wildbergerhütte, den 14. Dezember 1985

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 19. Dezember 1985, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Odenspiel statt.

Im Sinne des Verstorbenen wird gebeten, anstelle von Kranz- oder Blumenspenden das SOS-Kinderdorf Konto-Nr. 1 807 530 777 (BLZ 384 523 50) Kreissparkasse Morsbach zu bedenken.

Nach schwerer Krankheit verstarb heute unser langjähriger Prokurist, Herr

Walter Kernbach

im 61. Lebensjahr.

Seine Einstellung zu allen geschäftlichen Aufgaben sowie seine stete Einsatzbereitschaft bleiben uns Vorbild.

Wir werden gern und dankbar an ihn zurückdenken.

Gesellschafter, Geschäftsführung und Mitarbeiter der Firmen
Kaus & Steinhausen GmbH, Hamburg
und
Kaus & Steinhausen Delaboriergesellschaft mbH, Dragahn

Hamburg/Dragahn, 13. Dezember 1985

Am 9. Dezember 1985 verstarb unser Pensionär, Herr

Hans Heede

wenige Monate nach Vollendung seines 80. Lebensjahres.

Mehr als 44 Jahre war der Verstorbene in unserer Gesellschaft tätig. In dieser Zeit hat er in verschiedenen leitenden Positionen im Verkauf, gerade auch in der Zeit des Wiederaufbaus, wesentlich zur Entwicklung des Unternehmens beigetragen. Durch sein erfolgreiches Wirken, seine Initiative und Verantwortungsfreude hat er sowohl innerhalb unserer Gesellschaft als auch bei den Geschäftspartnern ein großes Vertrauen erworben.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

ESSO A.G.

Die Trauerfeier hat bereits im engsten Familienkreis stattgefunden.

Aktien auf neuem Höhenflug

Großchemie und Banken bei fester Tendenz führend

DW. – Der Aktienmarkt setzte zum Wochenbeginn seinen neuen Höhenflug in verstärkter Form fort. Massive Kaufaufträge aus dem Ausland, vor allem aus Großbritannien, sorgten auf breiter Front für anziehende Notierungen und ließen die inländischen Anleger vermögenssteuerliche Aspekte vorerst vergessen. Nach dem hektischen Beginn ebbten die Umsätze im Verlauf der Börsensitzung zwar leicht ab, jedoch konnten die zu Beginn erreichten Notierungen zumindest gehalten, teils sogar noch deutlich übertroffen werden.

In vorderster Front der Gipfelstürmer standen am Montag die Aktien der Großchemie. Allgemein wird erwartet, daß nun auch Bayer im Verlauf der nächsten Wochen den verbliebenen Kursunterschied von rund fünf DM zu den beiden anderen Farbennachfolgern aufholt. Sehr fest tendierten ebenfalls Automobilwerte. Mercedes holten den Dividendenabschlag auf und legten darüber hinaus noch 20 DM zu. Deutliche Kurssteigerungen am Bankenmarkt, wo die zu erwartenden Ertragssteigerungen die Notierungen schon jetzt auf kaum erwartete Höhen steigen ließen. Commerzbank überschritten hier klar die 300-DM-Schwelle. Deutsche Bank näherten sich unaufhaltsam der 800er Marke. Elektro-Aktien konnten an der festen Tendenz kaum partizipieren.

Frankfurt: Hochtief verbesserten sich um 20 DM, Braun AG um 10 DM und IWKA um 13 DM. Rheinelektra stockten um 15 DM auf. Buderus waren um 15 DM leichter. Heidelzement und Rheinmetall gaben jeweils um 5 DM nach.

Düsseldorf: Banning stockten um 5 DM und DAB um 2,90 DM auf. Heinrich schlossen um 20 DM fester. Kochs Adler und Glas Schalke verloren je 10 DM, Schiess 3 DM und Sternbräu 8 DM. Allianz Leben verminderten um 50 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi erhöhten um 3 DM und Bremer Vulkan um 4,50 DM. Hapag Lloyd verbesserten sich um 2,80 DM. Beiersdorf lagen um 1 DM fester. HEW gaben um 0,50 DM und Markt und Kühlhallen um 1 DM nach.

Berlin: Schering zogen um 13,50 DM an. Tempelhofer Feld wurden um 10 DM höher taxiert. DeTeWe und Orenstein gewannen je 8 DM, Berthold 6,50 DM und Berliner Kindl 2 DM. Dt. Hypobank Berlin gaben um 5 DM nach.

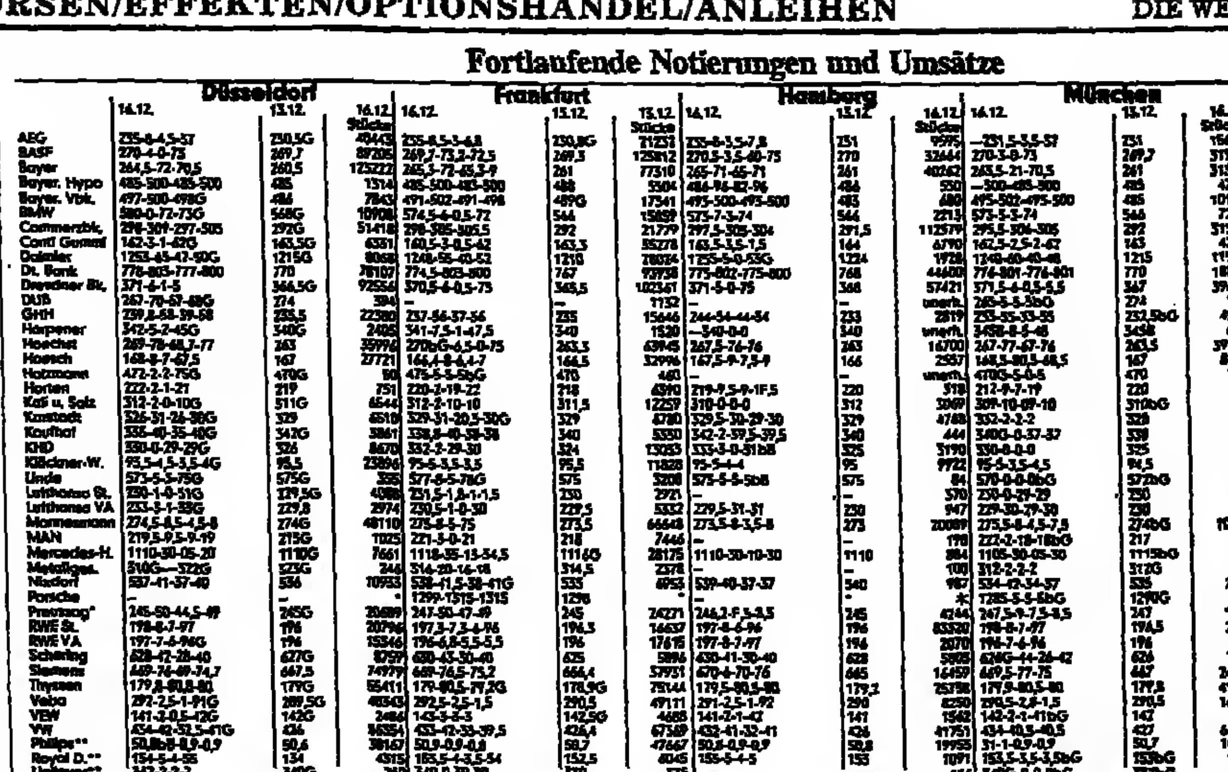
München: Aigner schlossen um 7 DM fester. Energie Oberfranken stockten um 4 DM und Erlus AG um 5 DM auf. Nachgegeben haben Tucher um 6 DM, Patrizier um 11 DM und Hofbräu Coburg um 10 DM. Dywidag verminderten um 4,50 DM.

Stuttgart: Daimler kletterten um 28 DM. Mercedes zogen um 19,50 DM an. IWKA verbuchten einen Gewinn von 7 DM. SEL gewannen 4,50 DM. Hohner gaben um 3,20 DM nach. Württembergische Cattun waren um 10 DM ermäßigt.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 261,15 (257,16)

WELT-Umsatzindex: 7026 (5672)



Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Oslo

Sydney

Tokio

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

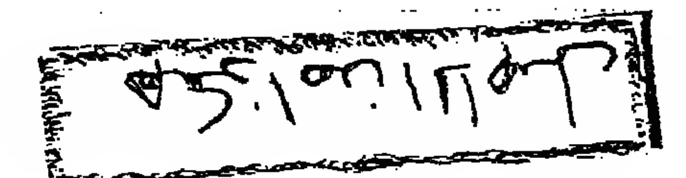
Kursgewinner:

Kursverlierer:

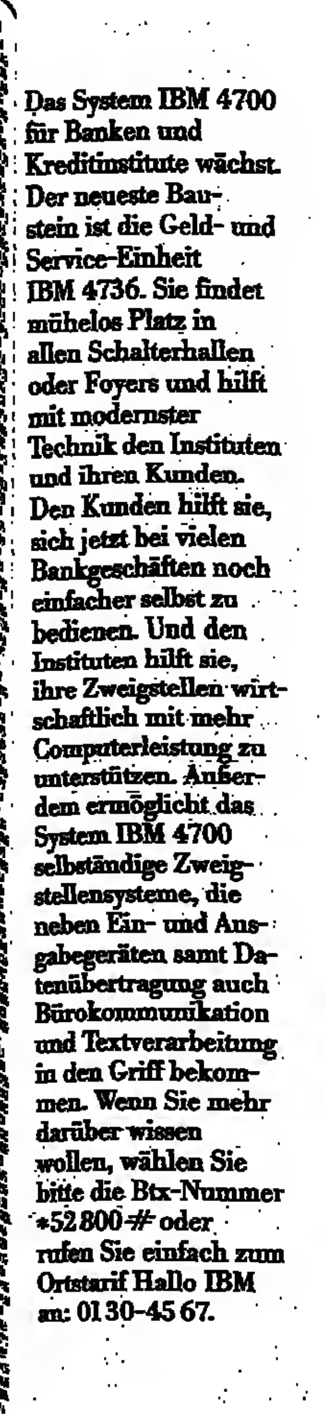
Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten



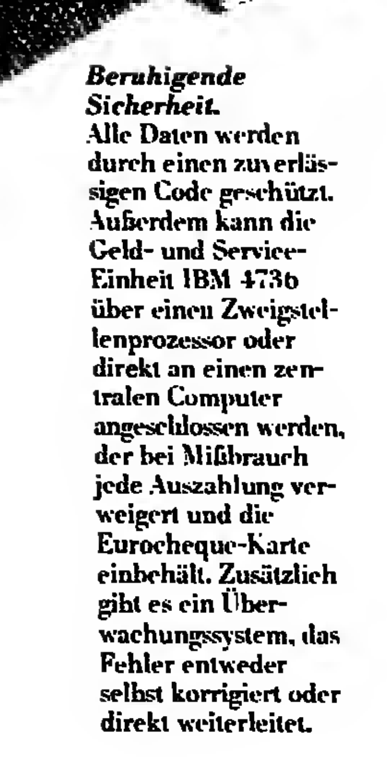
Bitte bedienen Sie sich:



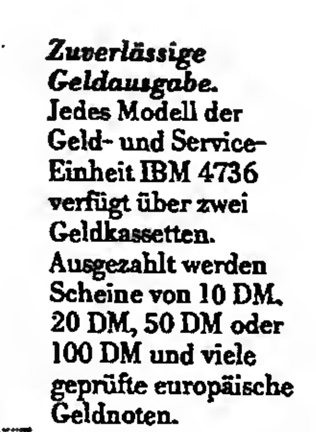
Das System IBM 4700 für Banken und Kreditinstitute wächst. Der neueste Baustein ist die Geld- und Service-Einheit IBM 4736. Sie findet mühelos Platz in allen Schalterhallen oder Foyers und hilft mit modernster Technik den Instituten und ihren Kunden. Den Kunden hilft sie, sich jetzt bei vielen Bankgeschäften noch einfacher selbst zu bedienen. Und den Instituten hilft sie, ihre Zweigstellen wirtschaftlich mit mehr Computerleistung zu unterstützen. Außerdem ermöglicht das System IBM 4700 selbständige Zweigstellensysteme, die neben Ein- und Ausgabegeräten samt Datenübertragung auch Bürokommunikation und Textverarbeitung in den Griff bekommen. Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, wählen Sie bitte die Btx-Nummer *52800# oder rufen Sie einfach zum Ortstarif Hallo IBM an: 0130-45 67.



Einfache Bedienung. Der Schlüssel zu der neuen Geld- und Service-Einheit IBM 4736 ist die Eurocheque-Karte. Sie ermöglicht den Kunden sowohl die Benutzung des Geräts als auch den Zutritt zu seinem Standplatz. Klare Hinweise auf dem Bildschirm helfen bei der Benutzung.



Beruhigende Sicherheit. Alle Daten werden durch einen zuverlässigen Code geschützt. Außerdem kann die Geld- und Service-Einheit IBM 4736 über einen Zweigstellenprozessor oder direkt an einen zentralen Computer angeschlossen werden, der bei Mißbrauch jede Auszahlung verweigert und die Eurocheque-Karte einbehält. Zusätzlich gibt es ein Überwachungssystem, das Fehler entweder selbst korrigiert oder direkt weiterleitet.



Zuverlässige Geldausgabe. Jedes Modell der Geld- und Service-Einheit IBM 4736 verfügt über zwei Geldkassetten. Ausgezahlt werden Scheine von 10 DM, 20 DM, 50 DM oder 100 DM und viele geprüfte europäische Geldnoten.



Schnelle Überweisung. Mit der Geld- und Service-Einheit IBM 4736 können die Kunden problemlos auch Kontoüberträge und Überweisungen abwickeln, ohne daß sie auch nur ein Formular ausfüllen müssen.



Umfassende Information. Über den Bildschirm kann man zum Beispiel problemlos seinen aktuellen Kontostand abfragen. Wegen der Vertraulichkeit der Daten gibt es einen besonderen Sichtschutzfilter.

Übersichtliche Quittungen. Über einen zusätzlichen Drucker können die Kunden von jedem Geschäftsvorgang eine Quittung erhalten. Gedruckt wird bei einer Zeilenbreite von bis zu 48 Zeichen mit maximal 100 Zeichen in der Sekunde.

IBM

Renten freundlich bis fest

In Fortsetzung der Vorwochentendenz lagen die Notierungen der Festverzinslichen am Montag freundlich, teils fester. Die an den US-amerikanischen Märkten erneut aufgekommene Hoffnung auf eine baldige Senkung des Diskontsatzes und die damit verbundene feste Tendenz der Bonds-Märkte hatte auf die Kursbildung an den bundesdeutschen Rentenmärkten größeren Einfluß. Bei lebhafteren Umsätzen wurden die Renten zudem von der Stimmung am Aktienmarkt mit nach oben gezogen. Die Notierungen öffentlicher Anleihen zogen um bis zu 0,4 Prozentpunkte an.

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag an der New Yorker Comex die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kaffeenotierungen. Kaffee legte erneut um das Limit zu. Schwächer ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	13.12.	12.12.
Dez.	346,00	347,00
März	344,50	345,00
Mai	323,00	321,50

WEIZEN Winnipeg (can $/t) Wheat Board cif		
St L 1 CW	287,40	287,65
Am Durum	284,34	284,49

ROGGEN Winnipeg (can $/t)		
Dez.	123,70	124,50
März	128,10	129,00
Mai	131,60	132,80

HAFER Winnipeg (can $/t)		
Dez.	98,60	100,00
Jan.	101,50	104,00
Mai	105,90	105,20

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	131,50	130,00
März	136,00	136,00
Mai	139,00	138,75

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	249,50	247,00
März	249,75	246,75
Mai	252,50	250,25

GERSTE Winnipeg (can $/t)		
Dez.	105,50	104,80
März	111,00	110,50
Mai	113,60	113,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	13.12.	12.12.
Dez.	192,50	186,60
März	195,96	189,98
Mai	199,60	193,50

KAKAO New York ($/t)	13.12.	12.12.
Dez.	2159	2189
März	[illegible]	2246
Mai	2264	2290
Umsatz	1928	2255

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,30	5,05
März	6,34	5,07
Mai	6,51	6,25
Juli	6,67	6,41
Sept.	6,75	6,53
Umsatz	7433	5553

ISA-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,40	5,48

KAFFEE London (£/t) Robusta	13.12.	12.12.
Jan.	2091-2095	2075-2080
März	2147-2148	2120-2121
Mai	2199-2200	2165-2168
Umsatz	7842	10137

KAKAO London (£/t)		
Dez.	[illegible]	1701-1709
März	[illegible]	1748-1749
Mai	1741-1745	1758-1759
Umsatz	2314	2685

ZUCKER London (£/t) Nr. 6	13.12.	12.12.
März	[illegible]	159,00-159,40
Mai	[illegible]	163,00–
Aug.	[illegible]	161,60-168,60
Umsatz	1857	1117

PFEFFER Singapur Straits-Sing. $/100 kg	16.12.	13.12.
schw. Sarawak spot	892,50	892,50
weiß Sarawak	1092,50	1092,50
weiß Muntok	1107,50	1110,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	13.12.	12.12.
Jan.	118,50	117,50
März	121,40	119,00
Mai	122,50	120,00
Juli	123,75	121,50
Sept.	122,00	118,00
Umsatz	500	1500

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	13.12.	12.12.
	36,00	37,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,00	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	21,60	21,60
Jan.	21,60	21,67
März	21,90	22,07
Mai	22,10	22,35
Juli	22,25	22,55
Aug.	22,20	22,35
Sept.	21,60	22,00

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	19,00	19,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	15,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)		
top white	14,25	14,25
fancy	13,75	13,75
bleicht.	13,50	13,50
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,73

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	49,15	48,95
Feb.	47,50	47,55
April	42,60	42,45

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb	67,75	67,15
März	66,65	66,50
Mai	67,13	67,10

HÄUTE Chicago (c/lb)	12.12.	12.12.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	523,00	525,25
März	534,50	536,50
Mai	545,50	548,00
Juli	550,50	563,00
Aug	347,50	550,00
Sept	526,00	528,00
Nov.	522,00	524,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	142,80	143,20
Jan.	142,80	143,50
März	144,30	145,50
Mai	145,80	146,50
Juli	146,80	147,70
Aug.	146,50	148,00
Sept	143,50	144,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	13.12.	12.12.
Dez.	314,50	318,00
März	323,50	326,15
Mai	329,00	332,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	13.12.	12.12.
	17,00	17,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	16.12.	13.12.
cif	740	unerh.

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	550	540,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	400	410,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Nederl. fob Werk		
	138	135,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	420	unerh.

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	256	259,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	13.12.	12.12.
März	61,08	60,80
Mai	60,80	60,65
Juli	58,80	59,80
Okt.	51,30	51,80
Dez.	49,30	49,85
März	49,95	50,65

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS–1		
	40,00	40,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	16.12.	13.12.
Jan.	470-515	477-485
März	500-525	504-512
Mai	529-533	516-517
Umsatz	461	144

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	13.12.	11.12.
Dez.	49,50	49,50
März	48,00	48,00
Mai	48,50	48,50
Juli	48,00	48,00
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	13.12.	12.12.
Dez.	540,00-570,00	550,00-570,00
März	608,00-612,00	608,00-610,00
Mai	-	-
Umsatz	19	9

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	16.12.	13.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	13.12.	12.12.
Dez.	12170	12115
Jan.	12275	12240

KAUTSCHUK London (p/kg)	13.12.	12.12.
Nr.1 loco	57,00-60,00	57,50-60,50
Dez.	-	-
Jan.	-	-
Febr.	-	-
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	13.12.	12.12.
Jan.	181,00-182,00	181,00-182,00
Febr.	181,00-182,00	181,00-182,00
Nr. 2 Jan.	174,50-175,50	174,50-175,50
Nr. 3 Jan.	172,00-173,00	172,00-173,00
Nr. 4 Jan.	167,00-168,00	167,00-168,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	16.12.	13.12.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	16.12.	13.12.
ALUMINIUM Basis London		
lfd. Mon.	281,12-281,30	266,48-266,67
dritt. M.	290,20-290,56	275,21-275,40
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	99,34-99,52	98,23-98,41
dritt. M.	101,70-101,88	101,14-101,32
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1100,13-1100,50	1027,74-1031,37
dritt. M.	1107,76-1109,58	1042,29-1044,11
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	168,16-169,25	163,71-165,53
Prod.-Pr	169,27	168,92
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	16.12.	12.12.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16.12.	13.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	364,83-367,92	359,62-362,35
BLEI in Kabeln	107,00-108,00	106,00-107,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	16.12.	13.12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	321-326	318-322
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	358-361	354-356
MS 63	349-352	345-348

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	16.12.	13.12.
Leg. 225	320-328	320-330
Leg. 226	322-330	322-332
Leg. 231	355-365	355-365
Leg. 233	365-375	365-375

Preise für Abnahme von 1 bis 3 t frei Werk

Edelmetalle

	16.12.	13.12.
PLATIN (DM/g)	29,35	29,20
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26310	26100
Rückn.-Pr.	25560	25430
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26360	26270
Rückn.-Pr.	25680	25590
verarbeitet	27660	27560
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25840	25750
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	486,40	488,00
Rückn.-Pr	471,90	475,40
verarbeitet	507,80	509,40

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	14.12.	12.12.
10.30	318,25	317,90
15.00	318,60	317,75
Zürich mit.	318,10-318,60	317,90-318,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	79500	79000
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	406,30	406,90
3 Mon.	417,50	417,00
6 Mon.	429,00	429,80
12 Mon.	450,50	450,80
PLATIN (£/Feinunze) London	16.12.	13.12.
fr. Markt	229,75	229,90
PALLADIUM (£/Feinunze) London	16.12.	13.12.
1. Handl.-Pr.	64,70	64,00

New Yorker Metallbörse

	13.12.	12.12.
GOLD H & H Ankauf	318,00	317,75
SILBER H & H Ankauf	586,50	582,50
PLATIN 1.Handl.-Pr.	332,00-334,50	332,00-334,50
Prod.-Pr	475,00	475,00
PALLADIUM 1. Handl.-Pr.	93,00-94,00	93,00-94,00
Prod.-Pr	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	588,00	584,70
Jan.	590,20	587,10
März	594,00	591,00
Mai	597,50	594,50
Juli	605,50	602,40
Sept.	613,00	611,50
Dez.	671,00	618,30
Umsatz	17000	25000

KUPFER (c/lb)	13.12.	12.12.
Dez.	63,60	63,15
Jan.	63,80	63,50
März	64,13	63,75
Mai	64,30	64,00
Juli	64,55	64,30
Sept.	64,70	64,50
Dez.	65,00	64,80
Umsatz	6500	10000

Londoner Metallbörse

	16.12.	13.12.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	774,00-774,50	737,00-738,00
3 Mon.	799,00-800,00	761,00-762,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	273,50-274,00	270,00-271,00
3 Mon.	280,00-280,50	278,00-278,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	984,00-984,50	967,00-967,50
3 Monate	1005,00-1005,00	989,00-990,00
ab. Kasse	-	979,50-980,50
3 Monate	-	999,50-1000,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	979,00-980,00	970,00-972,00
3 Monate	993,00-996,00	988,00-990,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	463,00-466,00	445,00-460,00
3 Monate		
ZINN (£/t)		
ab Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/FL)		245-255
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)		55-60

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	13.12.	12.12.
Jan.	79,90-80,18	79,40-79,60
Febr.	78,60-78,80	78,45-78,60
März	73,40-73,60	74,10-74,25
April	69,00	69,60-69,95

GASÖL – London ($/t)	13.12.	12.12.
Jan.	241,00-241,50	238,75-239,00
Febr.	236,00-236,50	234,00-234,50
März	225,50-226,00	225,00-225,25
April	213,50-215,00	215,00-215,50
Mai	206,00-208,50	207,50-210,00
Juni	201,00-208,50	207,00-208,50
Juli	-	-

BENZIN – New York (c/Gallone)	13.12.	12.12.
Jan.	70,50-70,60	70,20-70,25
Febr.	69,55-69,65	69,40-69,75
März	69,15	69,70-69,85
April	69,30	70,00
Mai	69,30	69,80-70,20

ROHÖL – New York ($/Barrel)	13.12.	12.12.
Jan.	27,32-27,40	27,20-27,30
Febr.	26,08-26,13	26,15-26,25
März	25,36	25,48-25,60
April	24,70	24,85-24,98
Mai	24,36	24,60

RÖHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	13.12.	12.12.
Arabian Lg.	27,95N	27,95N
Arabian Hv.	25,95N	25,95N
Iran Li.	27,15N	27,15N
Forties	26,00N	26,00N
N.Sea Brent	26,75N	27,00N
Bonny Light	29,25N	29,25N

Kartoffeln

London (£/t)	13.12.	12.12.
Febr	81,50	81,50
April	89,50	89,00
Mai	95,60	95,60
Nov.	74,00	73,80

New York (c/lb)	13.12.	12.12.
März	2,19-2,22	2,17-2,20
April	2,22-2,28	2,19-2,30
Mai	2,40-2,41	2,38
Nov.	3,49	3,43-3,44

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	13.12.	12.12.
Jan.	152,78	151,80-152,00
März	157,50-157,80	156,00-156,50
Mai	161,20-160,70	159,70-160,50
Juli	163,70	163,00

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports am 16. 12. technisch erweitert, FF-Deports enge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,84-0,74	2,04-1,94	3,90-3,70
Pfund/Dollar	0,47-0,45	1,28-1,25	2,50-2,45
Pfund/DM	3,00-1,60	6,70-5,30	12,3-10,9
FF/DM	27-11	65-49	112-96

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16.12.: Tagesgeld 4,25-4,35 Prozent; Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 16.12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 13.12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16.12.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8-8¼	4⅝-4⅞	4⅜-4⅝
3 Monate	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	4⅜-4½
6 Monate	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜
12 Monate	8-8¼	4¾-5	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 16.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16.12. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1250,00	1607,40
5 US-Dollar (Indian)**	790,00	952,30
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	638,40
1 £ Sovereign alt	194,75	244,82
1 £ Sovereign Elizabeth II.	185,75	234,56
20 belgische Franken	143,25	191,81
10 Rubel Tscherwonez	200,75	256,22
2 südafrikanische Rand	178,00	224,58
Krüger Rand, neu	796,50	942,21
Maple Leaf	813,25	967,01
Platin Noble Man	859,00	1019,16
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	214,75	273,32
20 schweiz. Franken „Vreneli“	161,75	212,92
20 franz. Franken „Napoléon“	148,75	198,08
100 österr. Kronen (Neuprägung)	752,75	921,98
20 österr. Kronen (Neuprägung)	151,50	195,51
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,50	106,59
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	354,50	438,33
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	82,00	116,28

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,78) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 16.12.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,47	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	101,215	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,86	6,70
Berl. Bk. E.56	100,00	1.7.00	37,39	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	54,27	6,69
Commerzbank	100,00	4.8.00	38,00	6,83
Deutsche Bk. $	287,80	23.1.95	116,50	10,29
DSL-Bank R.264	957,01	2.7.90	102,66	6,55
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,93	6,55
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,98	7,03
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,70	1,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,60	7,00
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,46	6,84
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,00	7,10
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,99	6,94
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,60	1,22
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,48	1,12
SGZ-Bank 860	100,00	12.6.95	52,86	6,95
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,95	6,81
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,80	7,01
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,45	1,16
WestLB 500	126,86	16.2.89	102,00	5,54
WestLB 501	137,01	16.2.90	107,70	5,96
WestLB 503	115,76	3.10.88	100,15	5,33
WestLB 504	141,85	1.10.91	99,55	6,31
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.3.95	109,75	6,39
Österreich	274,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	77,00	15,00
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	57,30	9,43
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	51,50	11,39
Xerox (AA)	400,00	11.2.92	56,75	9,95
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.5.92	55,375	9,90
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	53,00	9,25
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	44,00	10,99
Penney (A+)	100,00	17.2.94	46,375	9,86
Sears (AA)	100,00	27.5.94	44,875	9,94
Philip Morris/A	100,00	8.4.94	45,375	9,76
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	44,125	9,28

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Ordnungspreise** bei Nominalzins von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,95	(5,00)	100,1	101,0	101,9	102,8	103,6	104,7
2	5,51	(5,55)	99,1	100,9	102,6	104,4	106,3	108,1
3	5,95	(6,00)	97,2	100,2	102,6	105,2	107,9	110,6
4	6,46	(6,47)	94,7	98,1	101,5	105,0	108,4	111,8
5	6,65	(6,67)	92,8	96,9	101,1	105,2	109,3	113,4
6	6,75	(6,78)	91,2	96,0	101,2	105,5	110,3	115,1
7	6,95	(6,97)	89,0	94,4	100,3	105,1	110,5	115,9
8	7,05	(7,08)	87,3	93,2	99,7	105,1	111,0	116,9
9	7,10	(7,14)	85,8	92,3	99,4	105,2	111,7	118,1
10	7,14	(7,18)	84,5	91,4	99,0	105,3	112,3	119,2
15	7,36	(7,35)	78,3	87,1	96,0	104,8	113,7	122,5

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 110,335 (110,214)
Performance-Rentenindex: 231,624 (231,330)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	13. Dez.	1,75-7,94
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,70
	60–270 Tage	7,375
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,75
	60 Tage	7,70
	90 Tage	7,65
Certificates of Deposit	1 Monat	7,65
	2 Monate	7,65
	3 Monate	7,65
	6 Monate	7,65
	12 Monate	7,65
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,97
	26 Wochen	6,97
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,21
	30 Jahre	9,53
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	2. Dez.	624,1 Mrd. $ (+ 5,3 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York) Dezember	121,55	120,35
März	123,25	121,90

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

HANDBALL

Entlassen. Stenzel am Ende

ULLA HOLTHOFF, Bonn

Für Vlado Stenzel ist der Dezember noch nie ein guter Monat gewesen. In jenen Tagen, in denen andere innere Einkehr und Besinnung preisen, endeten seine Jahres-Aktivitäten stets in Turbulenzen. Erneut scheiterte er jetzt kurz vor Weihnachten als Trainer einer Handball-Mannschaft, die er eigentlich zum Erfolg führen wollte.

Wegen Erfolglosigkeit wurde sein Engagement als Trainer des Schweizer Renommierklubs Grasshoppers Zürich beendet. Hatte Stenzel schon in der Bundesliga jeden Kredit verspielt, so scheiterte er jetzt auch in der Schweiz. Sieben Jahre nach dem sensationellen WM-Gewinn mit der deutschen Mannschaft hat er endgültig abgewirtschaftet.

„Ich will noch mal eine große Mannschaft aufbauen. Ich weiß, wie das geht," hatte er versprochen, als er im August in Zürich antrat. Vier Monate später entpuppte sich sein Standard-Versprechen als leere Formel.

Die Mannschaft, die er bauen wollte, ist nicht mehr als ein Torso. Der Verein, mit 19 Titeln Handball-Rekordmeister der Schweiz, erlebt seine schlechteste Saison. Maximal 300 Zuschauer kommen zu den Heimspielen, drei Punkte aus elf Spielen reichen nur zum letzten Tabellenplatz.

„Gewisses Gefälle"

Schon früh hatten die Schweizer erkannt, „daß da ein gewisses Gefälle besteht zwischen dem Weltmeister und Olympiasieger Stenzel und dem Schweizer Handball", wie Zürichs Pressesprecher Peter Hofmann vorsichtig formulierte. Doch sie ignorierten lange seine Mißerfolge, nannten ihn einen Startrainer. Schließlich war er der Wunschtrainer gewesen. Ein Mann mit dem schillernden Renommee des Vlado Stenzel im eher provinziellen Schweizer Handball – das war genau die richtige Einstimmung auf die Weltmeisterschaft, die vom 25. Februar bis zum 7. März in der Schweiz ausgespielt wird.

Es wird die zweite Weltmeisterschaft seit 1970 sein, an der Vlado Stenzel nicht beteiligt ist. Er gilt noch immer als der statistisch erfolgreichste Handball-Trainer der Welt, doch seit sieben Jahren läuft er seinen Erfolgen vergeblich *hinterher*. Temperamentvoll und mitreißend begeisterungsfähig – so kämpft Stenzel seit seiner Entlassung als Bundestrainer 1982 um seine Existenz und seinen Ruf. Er hat den Kopf voller Ideen und entwickelt vielfältige Aktivitäten, doch ganz nebenbei hat er längst bewiesen, daß Temperament der größte Feind der Beständigkeit ist.

Eigensinnig und von sich selbst überzeugt hat Stenzel stets von seiner Umgebung verlangt, sich auf ihn einzustellen. Er selbst war nur bedingt zu Zugeständnissen bereit. So lehnte er bis zuletzt kategorisch ab, Schwizerdütsch zu lernen: „Ich verstehe noch nicht so viel, aber ich will es nicht lernen. Es reicht, wenn die Spieler mich verstehen. Ich muß zwar oft wiederholen, aber sie verstehen es."

Ob Spieler, Funktionäre oder Geschäftsleute: Vlado Stenzel findet immer wieder Geschäftspartner für seine Unternehmungen. Wie die Firma Portas, Spezialist für Küchen und Türen. Portas ist werbemäßig im Sport stark engagiert, unterstützt nach eigenen Angaben rund 300 Fußball-Amateurvereine und den Bundesligaklub Eintracht Frankfurt mit rund drei Millionen Mark jährlich.

Das Geld lockte

Ähnliches plante Portas im Handball mit Vlado Stenzel als Partner. Doch Stenzel hatte Größeres vor. Ihn lockte das Geld der reichen Vereine und Verbände aus dem nahen und fernen Osten. Sie wollte er in seiner Handballschule in Pottum im Westerwald unterrichten. Er überredete seinen Sponsor, aufwendige Broschüren zu erstellen und in den von ihm favorisierten arabischen Ländern zu verbreiten. Portas ließ sich von Stenzel überzeugen, obwohl die Firma nur in zehn europäischen Ländern vertreten ist.

Stenzel setzte seine Vorstellungen durch und wartete monatelang fast vergebens auf die vereinzelten Kunden. Schon nach einem halben Jahr gab er auf: „Ich mußte wieder in ein echtes Geschäft gehen, weil es mir zu langweilig wurde. Ich mußte wieder an die Front." Die Leitung der Handballschule übernahmen Horst Spengler und dessen Vater Rudolf. Stenzel selbst trainierte kurzfristig den jugoslawischen Erstligaklub Medvescak in Zagreb, heuerte anschließend in Zürich an. Es wird nicht die letzte Station gewesen sein auf seiner rastlosen Suche nach Bestätigung der ruhmreichen Vergangenheit. Sie gerät ihm allmählich zur Belastung, ebenso wie die vielen Pfunde Übergewicht, die sich in den fetten Jahren des Ruhmes angesammelt hatten. Deshalb macht Vlado Stenzel seit einigen Wochen in Bescheidenheit, läuft und schwimmt regelmäßig, hält Diät, um abzunehmen. „Das ist einfach notwendig. Sonst hält das Herz den ganzen Streß irgendwann nicht mehr aus." Dabei will er doch „wenn es geht, 2800 Jahre alt werden".

MEXIKO '86 / Deutscher Schreck beim Losen, Dänemark freut sich, Maradona will all sein Geld auf Uruguay setzen

Gruppe A

Gesetzt: Italien. Gelost: Bulgarien, Argentinien, Südkorea. **Spielorte:** Mexico City, Puebla.

● Der Kommentar: „Argentinien wird uns Glück bringen. Mit Argentinien begann in Spanien unser Triumphzug zur Weltmeisterschaft." So jubelt Nationalspieler Bruno Conti. Die Zeitung „Tuttosport" warnt: „Maradona gegen Italien – die Azzuri sind vorsichtig: besser nicht zu selbstsicher sein." Die „Gazzetta dello Sport": „Fürchtet (Nationaltrainer) Bearzot etwa die ‚blitzschnellen Flügel von Korea'. Auch Bearzot hat gelächelt. Italien, beklage dich nicht." – Die Favoriten sind eindeutig Argentinien und Italien.

Gruppe B

Gesetzt: Mexiko. Gelost: Belgien, Paraguay, Irak. **Spielorte:** Mexico City und Toluca.

● Der Kommentar: Das Veranstalterland jubelt über „die leichteste Gruppe, die wir erreichen konnten". In Belgien sind die Zeitungen gleicher Meinung in bezug auf ihre Mannschaft. „Le Soir": „Es müßte eine echte Katastrophe passieren, die Belgien daran hindern könnte, einen der beiden ersten Plätze in der Gruppe zu belegen." Aber: Luis Cesar Menotti, Trainer der argentinischen Weltmeister von 1978, sagt: „Paraguay ist für mich eine der stärksten Mannschaften des gesamten Turniers."

Gruppe C

Gesetzt: Frankreich. Gelost: Kanada, Sowjetunion, Ungarn. **Spielorte:** Leon und Irapuato.

● Der Kommentar: Der Europameister im Glück? Frankreichs Zeitungen feiern. „Le Matin": „Wir haben beim Losen gewonnen. Es war Fortuna und nicht die Hand des Teufels. Alle sind glücklich." Und „L'Equipe": „Der Mannschaft reicht es, wenn sie ein Ostblockland schlägt." Der große Star Michel Platini sagt: „Für uns ist das eine gute Auslosung. Frankreich ist besser dran als Italien. Die haben starke Gegner." Und wer kommt nach Frankreich weiter? Ungarn oder die UdSSR, oder sogar beide?

Gruppe D

Gesetzt: Brasilien. Gelost: Spanien, Algerien, Nordirland. **Spielort:** Guadalajara.

● Der Kommentar: Zwei jubeln, von zweien spricht niemand. Pelé, der ehemalige Star der Brasilianer: „Gott hat unserem Land geholfen. Ich glaube, daß uns nur Spanien Probleme bereiten kann." Die Spanier sehen es auch so. Die Zeitung „ABC": „Mit der Arroganz und dem Optimismus, der uns zu eigen ist, können wir sagen, daß sich Brasilien und Spanien für die nächste Runde qualifizieren." Aber: Nordirland besiegte Spanien vor vier Jahren im eigenen Lande, und Algerien schlug Deutschland ...

Gruppe E

Gesetzt: Deutschland. Gelost: Uruguay, Schottland, Dänemark. **Spielorte:** Queretaro und Mexico City.

● Der Kommentar: Was nun? Argentiniens Star Maradona sagt: „Ich setze all mein Geld auf Uruguay." Die Schotten fürchten die Südamerikaner und die Dänen, nicht die Deutschen. Und die Dänen schnappen fast über. Die Zeitung „Berlinske Tidene": „Deutschland hat Angst vor uns. Heute sind die Deutschen eine graue Masse ohne Individualisten. Ja, Dänemark ist zur Großmacht in der Fußballwelt geworden." Große Worte, aber doch wohl kein Grund, Angst zu haben, oder?

Gruppe F

Gesetzt: Polen. Gelost: Marokko, Portugal, England. **Spielort:** Monterrey.

● Der Kommentar: „England auf dem Weg in die Hölle von Mexiko," schreibt die „Daily Mail". Das gilt nicht den Gruppengegnern, sondern der heißen, abgelegenen Stadt Monterrey. Sportlich, so die Hoffnung, gibt es keine Probleme. Der „Mirror": „England wird es einfach haben. Team-Manager Bobby Robson sollte sich nach einer anderen Beschäftigung umsehen, falls England nicht ins Achtelfinale kommt." Was können die Polen noch? Und wie stark Portugal spielen kann, wissen die Deutschen.

Grimmig und erschreckt flüchtete Franz Beckenbauer in die gängigen Floskeln: „Da müssen wir durch, klagen hilft nicht"

U. SCHRÖDER, Mexico City

Gegen sechs Uhr nachmittags fühlte Franz Beckenbauer wieder festen Boden unter den Füßen. Fünf Stunden nach dem letzten Los gewann er Fassung und klaren Blick für die Zukunft zurück. „Wir müssen auf Sieg spielen", sagte er, „auf Gruppensieg. Der zweite Platz oder der dritte sind nichts wert. Sie bringen das Ende."

Eine laue Nacht war hereingebrochen über Mexico City. Die Palmen standen unbewegt an leeren Avenidas. Das Wasser im Pool des Hotels ließ frösteln. Der Himmel hatte sich zugezogen. Ein paar Regentropfen fielen. Das Szenenbild paßte zur Stimmung: gedämpft, grau.

Grimmig und erschreckt hatte sich Beckenbauer von seinem Stuhl erhoben. Die Lose aus dem Cognac-Schwenker hatten ihn zum traurigen, bemitleidenswerten Helden des Nachmittags gemacht. Ein Dickicht von Mikrophonen, von Spitzen und von mitfühlenden Fragen umschlang ihn, versperrte ihm alle Fluchtwege.

„Herr Beckenbauer, Franz, wie wollen Sie das schaffen? Diese Gegner. Schwerere hat keiner." Er antwortete mit Floskeln, die er gerade bei der Hand hatte. „Da müssen wir durch. Klagen hilft nichts. Wir können Erster werden. Oder Letzter."

Am Abend hörte er allmählich auf, sich zu fragen, warum gerade er, warum seine Mannschaft diesen einen Starken aus dem Schnapsglas der Schwachen bekommen habe. Franz fing ganz langsam an, Dänemark zu verdauen.

Was nun? Was tun? Die Fragen brachten ihn vom Grübeln ab. Der strategische Plan war schnell entwickelt. Ein dritter Platz, der durch viele Punkte und viele Tore für die nächste Runde berechtigt, ist in dieser Gruppe nicht zu ergattern.

Ein zweiter Platz zählt auch nichts, denn der Zweite muß für die nächste Runde nach Monterey, und dort zieht ihm die trockene Wüstenhitze das letzte Mark aus den Knochen. Wenn er von dort auf die 2200 Meter von Mexico City kommt, ist er die Maus, mit der die Katze spielt.

Also müssen Franz und seine Mannschaft Erste werden. Dann dürfen sie in Queretaro bleiben. Aber wie wird man Erster in dieser Gruppe?

„Wir starten gegen Uruguay, das ist schlecht", sagte Beckenbauer, „ich weiß fast nichts von ihnen." Zu Hause hat er eine Video-Aufnahme vom 2:0-Sieg der Franzosen gegen die Südamerikaner. Das ist dürftig.

Uruguays Trainer, der 54 Jahre alte Omar Borras, ist nicht da. So viel ist fürs erste zu erfahren: Die Urus werden im Februar bei einem Turnier in Miami spielen. Zur WM-Vorbereitung gehen die Argentinier, Brasilianer und Paraguayer ins 2600 Meter hohe Bogotá. Und: Die Urus kommen immer noch als einzige südamerikanische Mannschaft stilistisch den Europäern sehr nahe. Es scheint, als würden sie der schwerste Gegner. Sie spielen hart und schnell und dennoch sparsam mit den Kräften.

Kleiner Dialog

Piontek: „Endlich hat's geklappt. Wir warten schon lange auf euch."
Beckenbauer: „Wir können ja auf Unentschieden spielen."
Piontek: „Geht nicht. Und 0:0 schon gar nicht. Einen kriegen wir immer rein."
Beckenbauer: „Wir auch."

Uruguay hat von fünf Spielen gegen die deutsche Elf nur eins gewonnen. Beim olympischen Turnier 1928 in Amsterdam siegten sie 4:1. Seitdem haben sie gegen die Deutschen nie mehr ein Tor geschossen. „Hört auf", sagt Beckenbauer, „wir haben 33 Jahre lang kein Qualifikationsspiel verloren. Und jetzt 0:1 gegen Portugal. Solche Gesetze gelten nicht mehr für uns."

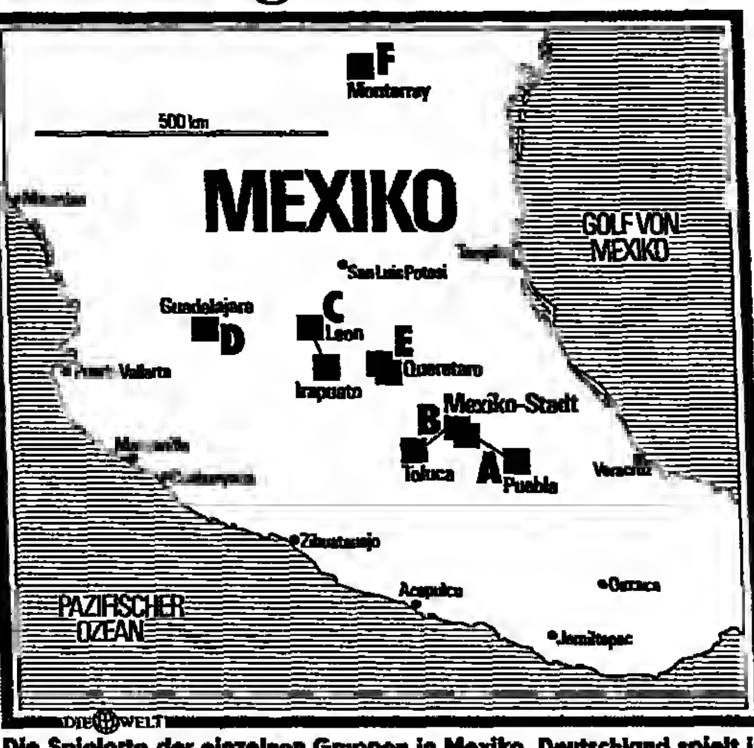
Andere Gesetzmäßigkeiten läßt er gelten: „Die Schotten spielen schottisch, aber in Mexiko können sie das nicht." Weil Tempo und Athletik auf 2000 Meter Höhe, bei brennender Hitze mittags um zwölf, die Kraft eines Teams in einer Stunde aufbrauchen. Im übrigen: Was sollen die Schotten Neues bieten. Souness und Strachan, die Antreiber im Mittelfeld. Und der Veteran Dalglish. Alles wie gehabt. Das gilt auch für die Dänen. Tempo, Athletik, Kampf bringen ein Team um in Mexiko. Aber um die Dänen schlägt Beckenbauer einen Haken. Er redet nicht viel über sie. Sie ärgern ihn nur. „Weil sie als leicht eingestuft worden sind, das ist blanker Unsinn." Sie hätten nichts zu verlieren, sagt er, und das mache sie so gefährlich.

Sepp Piontek trifft er, wie der sich in Siegerpose fotografieren läßt. Sie wechseln nur ein paar Worte. Ihre Stimmung paßt nicht zueinander. Beckenbauer ganz unten, Piontek ganz oben. „Das ist, als sei Weihnachten vorverlegt für mich", sagt der dänische Trainer und ehemalige deutsche Nationalspieler von Werder Bremen. Piontek: „Sechs Jahre laufe ich einem Spiel gegen die Deutschen nach. Und jetzt kriege ich es bei der Weltmeisterschaft."

Die beiden, Beckenbauer und Piontek, haben noch gemeinsam in der Nationalelf gespielt. Zweimal, beim 6:0 über Zypern 1965 und beim 2:0 über Nordirland 1966. Aber das ist Schnee von gestern. Über den frischen reden sie nicht, daß nun nichts wird aus dem geplanten Länderspiel vor der WM, muß Beckenbauer nicht erwähnen. Und die dänische Elf kennt er. Lerby von München, Elkjar von Verona, Laudrup von Juventus Turin. Und noch sechs Legionäre. „Das kann ein Vorteil sein, kann aber auch ein Nachteil sein", sagt Beckenbauer.

Beckenbauer sucht nach Argumenten, die seine Stimmung heben. Zum typischen deutschen Zwergenkomplex, meint er, dieser Nonchalance den sogenannten Kleinen gegenüber, sei jetzt kein Grund, die üblichen Rhythmusstörungen also nicht zu fürchten. Gestern fuhr Beckenbauer nach Queretaro. „Ein stilles Plätzchen suchen in dem großen Hotel", sagt er, „einen Bereich, wo wir alleine sein können." Das Haus ist riesig. Fans und über achtzig Journalisten werden mit der Nationalelf unter einem Dach wohnen. „Das geht doch nicht", sagt Beckenbauer, „stellt euch vor, diese Unruhe."

Das fängt ja, kann man sagen, gut an. Noch ist kein Ball gespielt, und schon knipst Franz die rote Lampe an. „Achtung, Aufnahme" – und die Stars sind vom Lampenfieber geschüttelt.



Die Spielorte der einzelnen Gruppen in Mexiko. Deutschland spielt in der Vorrunde nur in Queretaro. ZEICHNUNG: DIE WELT

STAND●PUNKT / *Erste Konturen*

Mexikos Weltmeisterschaft zeigt erste Konturen ihres Profils. Ein vielfältiges, ein zwiespältiges Profil. Alte Geschichten auf dem Rasen. Italien gegen Argentinien. Brasilien gegen Spanien. Das ungeliebte England ins Abseits geschoben. Und Mexiko, der Gastgeber, mit unverschämtem Losglück.

Wehe, wenn da nicht Kinderhände am Werk gewesen wären.

Mariachi und Cielito Lindo, Herz-Schmerz auf mexikanisch. Von diesem Image wollen sie los. Es paßt nicht mehr in das neue Profil. Sie machen Show auf amerikanisch. Malen mit sanften Laserstrahlen skurrile Bilder und sind stolz auf ihren dritten Satelliten.

Ärger und Angst sind auch zu lesen in diesem Profil.

Der Mut, auf Trümmern und Gräbern ein Fest zu feiern und der Welt zu zeigen: Seht her, uns gibt's noch. Ein vom Schicksal geschlagenes Volk erhebt sich von seinen Knien und versucht zu lachen.

Und die Angst von jenen, die sich lieber satt essen und diese Art von Mut nicht verstehen. Die ersten Demonstranten erheben ihre Spruchbänder. Für die WM wird Geld verschwendet, und wir leben im Elend.

Die Antwort, die sie bekommen, ist Schweigen. Und wenn am 31. Mai das Torgebrüll losgeht, wird sie niemand mehr sehen und gewiß nicht mehr hören. Mexiko, die ganze Welt, wird gebannt auf den Ball starren. Darin, in der Anbetung des Balles, sind sich die Völker der Erde einig. Er ist ihr Fetisch, und wenn er es wirklich schafft, daß sich Millionen umschlingen – und sei es vor dem Bildschirm –, ist er es wert, daß man ihn alle vier Jahre aufbläst.

U. SCHRÖDER

Deutschland im Finale. Vorsicht, eine Spielerei

que. Bonn

Vorsicht, das ist eine Spielerei. Noch nicht einmal ein Tip mit dem Anspruch, Chancen ernsthaft abgewägt zu haben. Es ist eine Spielerei der WELT-Sportredaktion, um den auf den ersten Blick komplizierten Ablauf der Weltmeisterschaft mit den Namen der einzelnen Mannschaften zu verdeutlichen. Und wenn dabei Deutschland hier am Ende im Finale steht – es geht ja nicht um Realität, es ist eine Spielerei –, dann steckt dahinter auch der Ärger über all die Kommentare der Miesepeter, die die deutsche Gruppe für viel zu stark halten.

Also denn, das ist der Leitfaden durch die WM und vielleicht Hilfe dabei, selbst einmal mit den 24 Teams zu spielen – von den Gruppenspielen bis zum Finale. Das Achtelfinale erreichen der Erste und Zweite jeder Gruppe. Bei uns sind das: Gruppe A: 1. Argentinien, 2. Italien. Gruppe B: 1. Mexiko, 2. Belgien. Gruppe C: 1. Frankreich, 2. UdSSR. Gruppe D: 1. Brasilien, 2. Spanien. Gruppe E: 1. Deutschland, 2. Dänemark. Gruppe F: 1. Portugal, 2. England.

Ins Achtelfinale kommen auch die vier besten Gruppen-Dritten. Da haben die Mannschaften die größten Chancen, in deren Gruppen die schwächsten Teams spielen, gegen die die meisten Tore erzielt werden können. Zum Beispiel in der Gruppe B (Irak), aber kaum in der ausgeglichenen deutschen Gruppe. Bei uns sind diese Dritten: Gruppe B: Paraguay, Gruppe C: Ungarn, Gruppe D: Nordirland, Gruppe F: Polen.

Von hier an, also ab dem Achtelfinale, geht es im K.-o.-System weiter, wer verliert, scheidet aus. Die Paarungen und Spielorte sind festgesetzt. Und zwar so: Spiel 1 in Mexico City: Sieger B – Dritter A oder C oder D. Spiel 2 in Leon: Sieger C – Dritter A/B/F. Spiel 3 in Puebla: Sieger A – Dritter C/D/E. Spiel 4 in Guadalajara: Sieger D – Dritter B/E/F. Spiel 5 in Mexico City: Zweiter A – Zweiter C. Spiel 6 in Monterrey: Sieger F – Zweiter E. Spiel 7 in Mexico City: Zweiter F – Zweiter B. Spiel 8 in Queretaro: Sieger E – Zweiter D.

In unserer Spielerei mit Mannschaftsnamen ergibt das also folgende Begegnungen: 1. **Mexiko** – Ungarn, 2. **Frankreich** – Paraguay, 3. **Argentinien** – Nordirland, 4. **Brasilien** – Polen, 5. **Italien** – UdSSR, 6. Portugal – **Dänemark**, 7. **England** – Belgien, 8. **Deutschland** – Spanien.

Die vermeintlichen Sieger – immer weiter in unserer Spielerei – sind fett gedruckt. Sie treffen nach folgendem Schema im Viertelfinale aufeinander: In Guadalajara: Sieger Spiel 4 – Sieger Spiel 5. In Monterrey: Sieger Spiel 8 – Sieger Spiel 1. In Puebla: Sieger Spiel 8 – Sieger Spiel 2. In Mexico City: Sieger Spiel 3 – Sieger Spiel 7.

In unserem Beispiel sind das: **Brasilien** – Italien, Dänemark – **Mexiko**, **Deutschland** – Frankreich, **Argentinien** – England.

Wieder sind die vermeintlichen Sieger fett gedruckt. Sie stehen im Halbfinale. Und da geht es so weiter: In Mexico City: Sieger aus Mexico City – Sieger aus Puebla. In Guadalajara: Sieger aus Guadalajara – Sieger aus Monterrey.

In unserem Beispiel (was haben wir mit den Pessimisten zu tun) hieße das: Argentinien – **Deutschland** und **Brasilien** – Mexiko.

Die Verlierer spielen in Puebla um Platz drei, also (Deutschland ist ja noch immer fett gedruckt): Argentinien – Mexiko.

Die Sieger bestreiten das Finale im Azteken-Stadion von Mexico City. Also (jetzt enthalten wir uns jeder fetten schwarzen Farbe): Deutschland – Brasilien.

Wie gesagt, eine (warum denn nicht optimistische?) Spielerei der WELT-Sportredaktion. Sie soll dabei helfen, den Weg durch das Turnier zu finden. Die Vorrunde wird vom 31. Mai (Eröffnungsspiel Italien – Bulgarien) bis zum 11. Juni gespielt. Deutschlands Spiele sind dabei am 4. Juni gegen Uruguay, am 8. Juni gegen Schottland und am 13. Juni gegen Dänemark (alle 20.00 Uhr unserer Zeit). Das Achtelfinale wird zwischen dem 15. und dem 18. Juni ausgetragen, das Viertelfinale am 21. und 22. Juni. Es folgt am 25. Juni das Halbfinale, das Spiel um Platz drei am 28. Juni, das Finale am 29. Juni.

SPORT-NACHRICHTEN

Surer zu Arrows

München (sid) – Der Schweizer Autorennfahrer Marc Surer (bisher Brabham-BMW) wird voraussichtlich 1986 anstelle des Österreichers Gerhard Berger beim englischen Team Arrows die Formel-1-Saison bestreiten.

Eisschnellauf-Weltrekord

Medeo (sid) – Weltmeister Igor Schelesowski (UdSSR) stellte in Medeo (Kasachstan) mit 1:53,00 Minuten einen Eisschnellauf-Weltrekord über 1500 m auf. Er war 26 Hundertselsekunden schneller als sein Landsmann Boziew.

Ohne Neitzel zur WM

Gummersbach (sid) – Handball-Nationalspieler Rüdiger Neitzel (VfL Gummersbach) brach bei einem Turnier in Sindelfingen das rechte Wadenbein und zog sich einen Bänderriß am Innenband zu. Er wird bei der Weltmeisterschaft vom 25. Februar bis zum 8. März in der Schweiz nicht dabeisein.

Geschwister Tlaka gesperrt

Warschau (sid) – Der polnische Skiverband hat die Zwillinge Dorota und Malgorzata Tlaka für die alpine Weltcup-Saison 1985/86 gesperrt. Beide hatten ein französisches Brüderpaar geheiratet und sich geweigert, vom polnischen Ski-Pool ausgerüstet zu werden.

London oder Leningrad?

Luzern (dpa) – London und Leningrad wollen den Rückkampf um die Schach-WM zwischen Titelverteidiger Kasparow und seinem Vorgänger Karpow (beide UdSSR) ausrichten. Die Engländer überboten mit 2,16 Millionen Mark Startgeld Leningrad mit 1,2 Millionen Mark deutlich. Beginn soll am 21. Februar 1986 sein.

Thurau/Kristen gaben auf

Masstricht (sid) – Der Frankfurter Radprofi Dietrich Thurau und sein Kölner Partner Josef Kristen gaben das Sechstagerennen von Maastricht (Holland) in der dritten Nacht auf. Thurau hatte sich bei einem Sturz an der Schulter verletzt.

Sieg für Swan

Biwabik (sid) – Das 30-km-Weltcup-Rennen der Skilangläufer in Biwabik (US-Bundesstaat Minnesota) gewann Olympiasieger Gunde Swan (Schweden) vor dem Finnen Ristanen und Ove Aunli (Norwegen). Es wurde im Diagonalschritt gelaufen.

ZAHLEN

HANDBALL

B-WM der Frauen in Niedersachsen, 1. Hauptrundenspieltag, Gruppe 1: Deutschland – Schweden 26:13, „DDR" – Frankreich 26:15, Norwegen – Polen 22:17. – Gruppe 2: CSSR – Rumänien 21:13, Ungarn – Bulgarien 24:11, UdSSR – Österreich 27:17.

EISHOCKEY

Bundesliga: Rosenheim – Düsseldorf 3:6, Schwenningen – Landshut 3:1, Köln – Iserlohn 0:2, Mannheim – Kaufbeuren 4:3, Rießersee – Bayreuth 1:7.

VOLLEYBALL

Europapokal der Pokalsieger, Damen, 1. Runde Rückspiel: Lohhof – Basel 3:0 (Lohhof weiter). – **Bundesliga,** Herren: München – Celle 3:1. – **Damen:** Lohhof – Augsburg 3:0, Rüsselsheim – Berlin 2:3, Oythe – Münster 1:3, Ettlingen – Vilsbiburg 3:2.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 9, 18, 28, 33, 40, 42, Zusatzspiel: 15. – **Rennquintett:** Rennen A: 12, 13, 3. – Rennen B: 25, 21, 28. (Ohne Gewähr).

TENNIS / Erstes Training auf dem schnellen Hallenboden von München

Grippe: Jarryd mußte im Bett bleiben

sid/dpa/rtr, München

Um zwölf Uhr mittags erschien Boris Becker, um den für ihn eigens in der Münchner Olympiahalle ausgelegten schnellen Boden zu testen. Getrennt in zwei verschiedenen Hallen absolvierten dann die deutschen Tennisspieler das erste offizielle Training als Vorbereitung auf das Davis-Cup-Endspiel am Wochenende in der Münchner Olympiahalle gegen Schweden.

Während Boris Becker und Michael Westphal gemeinsam mit Trainer Nicola Pilic und Becker-Coach Günter Bosch in der Olympiahalle trainierten, also dort, wo auch die Davis-Cup-Spiele stattfinden, mußten sich Andreas Maurer, Hansjörg Schwaier, Wolfgang Popp und der jugoslawische Trainingspartner Slobodan Zivojinovic mit den wegen des niedrigen Daches schlechteren Bedingungen in der Werner-von-Linde-Halle zufriedengeben.

Dafür wurden sie aber vor der Öffentlichkeit völlig abgeschirmt. Bekker und Westphal dagegen wurden in ihrer Konzentration häufig durch den Bohr- und Sägelärm der in der Olympiahalle beschäftigten Arbeiter gestört. Zudem war der 18 Jahre alte Wimbledonsieger mit der Ausleuchtung des Spielfeldes noch gar nicht einverstanden. Nach der Mittagspause der Beleuchter wurden aber auch die Scheinwerfer endlich richtig eingestellt.

Erst als Becker und Westphal ihr zweistündiges Trainings-Programm absolviert hatten, durfte auch Andreas Maurer noch eine halbe Stunde mit Zivojinovic in der großen Olympiahalle trainieren.

Zuerst waren allerdings die Schweden dran, schon morgens um neun Uhr. Sie kamen, wie vermutet, ohne Anders Jarryd. Wie Hans Olsson, der Trainer und Kapitän des schwedischen Davis-Cup-Teams, mitteilte, mußte Jarryd wegen einer Grippe im Bett bleiben. „Er ist ziemlich krank, es sieht gar nicht gut aus", meinte Olsson, der erst dann eine weitere Stellungnahme abgeben will, wenn er den Arzt gesprochen hat.

Mats Wilander, Joakim Nyström und Stefan Edberg absolvierten ihr erstes Training – zu dritt und unter den Augen von Lennart Bergelin, dem früheren Trainer von Björn Borg. Der schnelle Hallenboden schien den Schweden zumindest beim ersten Auftritt wider Erwarten keinerlei Probleme zu bereiten. Und Wilander hatte obendrein wohl auch keinerlei Schwierigkeiten mit seinem rechten Schlagarm, wenngleich er eine Bandage um den Ellenbogen trug.

Finale im Daviscup

Boris Becker bleibt ein attraktiver Werbepartner für eine jugendliche Zielgruppe: Nach der Deutschen Bank hat auch der holländische Elektrokonzern Philips International den Wimbledonsieger unter Vertrag genommen. Repräsentanten von Philips erklärten gestern in München, mit Becker verspreche man sich auf den internationalen Märkten Erfolg.

Die Verträge der beiden Unternehmen mit Becker sind zunächst auf drei Jahre abgeschlossen worden. Über den finanziellen Rahmen wurde nichts bekanntgegeben. Boris Becker dazu: „Mir gefällt es besser, mit den Größten zusammenzuarbeiten, als auf jeder Seite immer mit Kleinen abgebildet zu werden."

Zuvor hatten schon die Bayerischen Motorenwerke (BMW) an die Spieler des deutschen Davis-Cup-Teams in München Personenkraftwagen ihrer Wahl „unter äußerst guten Leasing-Bedingungen" übergeben. Becker fehlte jedoch. Inoffiziell hieß es, Beckers Manager Ion Tiriac habe mit einer angeblichen Offerte von acht Millionen Mark vom amerikanischen Autokonzern General Motors pokern wollen. BMW habe daraufhin die Gespräche abgebrochen.

*

Tennis bleibt Trumpf: Ein neues Tenniszentrum in Kaarst am linken Niederrhein will 1986 mit der Verpflichtung von Weltklassespielern in den Blickpunkt rücken. So wurden unter anderem Boris Becker, John McEnroe, Ivan Lendl und Martina Navratilova verpflichtet. Zur Eröffnung des „Open Air Tennisparks" am 24./25. Januar 1986 werden der fünfmalige Wimbledonsieger Björn Borg aus Schweden, der Amerikaner Vitas Gerulaitis, der Australier Ken Rosewall, der Spanier Manolo Santana sowie zwei Mitglieder des schwedischen Davis-Cup-Teams angekündigt. Ob das aber alles klappen wird, ist noch fraglich. Denn zur Zeit fehlt noch die Genehmigung der zuständigen Behörden, die Verkehrsprobleme befürchten.

Wegweiser für Sammler: Kunstpreis-Jahrbuch 1985

Unter der Decke bleiben

Kunst und Kommerz scheinen vielen unvereinbar. Ein Kunstwerk ruhe in sich selbst, erklären sie, sein Wert könne nicht in Geld ausgedrückt werden. Das klingt zwar sehr schön, entspricht aber nicht der Wirklichkeit, weder heute noch in früheren Zeiten. Da die Künstler nie vom Lob allein satt wurden, mußten sie schon immer ihre Werke zu Markte tragen (oder tragen lassen). Darüber klagen gewöhnlich nur die, deren Kunststücke schwer oder kaum verkäuflich sind.

Die Geschichten vom Maler à la van Gogh, der zu Lebzeiten fast kein Bild verkaufte und für dessen Gemälde inzwischen Millionenpreise erzielt werden, verbreiten zwar die Aura tragischer Größe, die von den tumben Zeitgenossen nicbt erkannt wurde, sind aber untypisch. Die meisten Kunstwerke, die heute hoch bezahlt werden, waren bereits zu ihrer Entstehungszeit geschätzt.



Das wird angesichts der Rekorderlöse bei Versteigerungen, die die Auktionshäuser gern verbreiten, meist vergessen. Auch daß die Rückgänge, das mangelnde Interesse, der Preisverfall für einzelne Werke, bestimmte Künstler, ganze Sammelgebiete möglichst unter der Decke gehalten werden, um dem Kunstmarkt das Image eines Boom-Marktes zu erhalten.

Dieses Bild ist jedoch falsch. Auch auf diesem Gebiet regeln Angebot und Nachfrage den Preis. Deshalb braucht, wer sich am Kunsthandel beteiligen will – als Anbieter, aber vor allem als Käufer –, solide Informationen über das Marktgeschehen. Da es sich jedoch um einen internationalen Markt handelt – wengleich mit nationalen Vorlieben und Besonderheiten –, ist das Sammeln der wicbtigen Daten nicht einfach.

Diese Aufgabe hat das „Kunstpreis-Jahrbuch 1985" übernommen, dessen vierzigste Ausgabe soeben erschienen ist. Es registriert die Ergebnisse von fast zweitausend Auktionen, die in der Saison 1984/85 (vom 1. Juli 1984 bis zum 30. Jui 1985) erzielt wurden. Dabei beschränkt sicb das Werk nicht nur auf die großen Sammelgebiete wie Malerei, Plastik, Graphik, Antiken, Möbel, Teppiche, Glas, Porzellan, Ostasiatika, Gold- und Silberwaren, sondern bezieht auch Gegenstände ein, die erst in jüngerer Zeit auf Sammler- und damit auch auf Auktionsinteresse stießen, wie Puppen und Spielzeug, Nautica, künstlerische Photographie, Judaica, Kunst der Eskimos und Indianer.

Insgesamt werden in den beiden Bänden des „Kunstpreis-Jahrbuchs 1985" etwa elftausend Preise verzeichnet, viele mit Abbildungen, die besser als jede Beschreibung einen Vergleich mit ähnlichen Stücken erlauben. Denn es ist das Ziel des „Kunstpreis-Jahrbuchs", dem Benutzer ein reiches Vergleichsmaterial bereitzustellen.

Und da es – abgesehen von den drei ersten Bänden in der Kriegszeit – seit 1949 jährlich in ununterbrochener Folge erscheint, bieten die vierzig Ausgaben ein recbt genaues Bild der Entwicklungen auf dem Kunstmarkt. Da kann man dann feststellen, ob ein Künstler im Wert gestiegen ist, ob seine Arbeiten häufig oder selten angeboten werden, wo er bevorzugt gehandelt, wo am besten bezahlt wird. (Bei der Umrechnung von Preisen im Ausland hilft eine umfangreiche Währungstabelle.)

Dabei stellt sich dann heraus, daß aucb dieser Wirtschaftszweig keineswegs mit einer permanenten Hausse gesegnet ist. Die Rekordpreise sind alles andere als markttypisch. Ein wesentlicher Teil der Auktionsumsätze (und parallel dazu der Kunsthandelspreise) wird mit sogenannter Mittelware erzielt, die sich in durchaus erschwinglichen Kategorien bewegt. Das „Kunstpreis-Jahrbuch" ist deshalb eine notwendige Hilfe, wenn man feststellen möchte, ob der (subjektive) Kunstwert in einem vernünftigen Verhältnis zum (geforderten) Marktpreis steht, aber auch wenn es um die Bewertung des Kunstbesitzes für die Steuer oder für die Versicherung geht. Denn Kunst und Kommerz lassen sich nicht trennen – und der Fiskus weiß das nur zu genau.

PETER DITTMAR

„Kunstpreis-Jahrbuch 1985", hrsg. v. Walter Spiegl, Weltkunst-Verlag, München. Bd. 1 (Gemälde, Graphik, Plastik, Photographie), 918 S., 89 Mark; Bd. 2 (Europäisches Kunsthandwerk, Außereuropäische Kunst), 790 S., 89 Mark; beide Bände zus. 149 Mark.



Keine Porträts, immer nur Typen: Deckel einer Aschenurne aus hellenistischer Zeit mit dem Bild eines ruhenden Ehepaars, aus der Freiburger Ausstellung FOTO: KATALOG

„Volterra und die Etrusker" – Freiburg zeigt archäologische Kostbarkeiten

Als Alabasterfigur in die Ewigkeit

Wenn Italien in diesem Jahr mit viel Aufwand das „Jahr der Etrusker" feiert und möglichst viele der nocb vorhandenen Schätze dieser alten Kultur in verschiedenen Ausstellungen zeigt, dann darf es schon als eine besonders beachtenswerte Geste gelten, wenn es auch außerhalb der italienischen Grenzen eine Ausstellung mit Dingen beschickt, die zum Besten gehören, was uns aus jener fernen Kulturepoche noch erhalten blieb.

Es zählt zu den besonderen Verdiensten des Direktors des Museums für Ur- und Frühgeschichte in Freiburg, Gerd Biegel, daß ihm gelungen ist, die hier im Blick stehende Veranstaltung in sein Museum zu bekommen, das sich unter seiner Leitung bereits seit längerem einen guten Ruf erworben hat – nicbt zuletzt durch Ausstellungen, die das regionale Gesichtsfeld erweitern und dem Publikum neue Aspekte eröffnen.

„Volterra und die Etrusker" – archäologische Kostbarkeiten aus dem Museo Guarnacci in Volterra – verdient in doppelter Hinsicht Beachtung (und findet sie offenbar auch durch regen Zuspruch des Publikums der Universitätsstadt). Es ist einmal der Blick in eine geschichtliche Epoche, die hier an einem ausgezeichneten Beispiel in möglichst breiter Front vorgestellt wird, und es sind andererseits die künstlerisch-ästhetischen Momente eben dieser Zeit, die zu Vergleichen mit anderen antiken Überlieferungen auffordern.

Das stärkste Augenmerk in der Ausstellung finden begreiflicherweise neun Aschenurnen, die in ihrer Erscheinung sofort an die Vorstellung appellieren, die mancher vom Etruskischen haben mag; man denkt etwa an die Sarkophage des südlichen Etrurien. Diese Aschenurnen bestehen aus zwei Teilen. Den oberen – abnehmbaren – Teil bildet jeweils ein Deckel in Form einer liegenden bekleideten männlichen oder weiblichen Figur.

Diese Plastiken – in der aus Volterra stammenden Sammlung mit zwei Ausnahmen sämtlich aus kostbarem Alabaster bestehend – haben die etruskische Grabkunst berühmt gemacht. Ihr „Habitus" hat sich im Laufe der Epoche nur wenig geändert, wiewohl entschieden verfeinert. Die Berührungen mit griechischer Kunst sind deutlich, die offenbar weitausgedehnten Handelsbeziehungen über Land und See haben starke Kultureinflüsse mit sich gebracht, wobei z. B. die Anklänge an pergamenische Kunst besonders zu erwähnen sind.

Das überraschendste sind die Köpfe der Liegenden, die im Unterschied zu den maßstäblich sehr viel kleineren Körpern stärker ausgearbeitet und künstlerisch bedeutender behandelt sind. Ja, man glaubt sich in einzelnen Fällen der Darstellung eines wirklichen Individuums gegenüber zu sehen. Dem widerspricht freilich die Altertumswissenschaft auf das entschiedenste: Nie habe es sich bei diesen Grabfiguren sozusagen um menschliche „Porträts", sondern immer nur um Typen gehandelt.

Eine Feststellung, der man sich angesichts so vieler ganz unterschiedlicher Menschenantlitze nur widerwillig beugt – die man aber schließlich annehmen muß, allein schon in der Erkenntnis, wie anders die antike Haltung dem Einzelwesen gegenüberstand als die heutige moderne Welt. (Bis 31. 12., Katalog 10 Mark.)

HEINRICH W. PETZET

Theaterbrief aus Paris: „Macbeth" und Frauenspiele

Die bitteren Komödien

Es ist keine Modenschau, was da auf der Bühne der Comédie Française in Paris gezeigt wird, und auch kein Kreateur vom Faubourg Saint Honoré hat seine Präsentationsräume hierhin verlegt. Es wird ganz einfach Shakespeares „Macbeth" gegeben – doch das in außergewöhnlicher Form. Denn die Kostüme dieser Aufführung hat der bekannte Pariser Modeschöpfer Thierry Mugler entworfen.

Zuletzt vor über siebzig Jahren in dem 1680 gegründeten Haus gezeigt, überrascht die derzeit ständig ausverkaufte Vorstellung den Zuschauer in vielerlei Hinsicht. Vor kargem Bühnenbild zieht der rasche Handlungsablauf – unter der Regie von Jean-Pierre Vincent – vorbei, vorgetragen in einer Übersetzung von Jean-Michel Déprats, die in der Leicbtigkeit der Dialoge eher an Bistrogespräche als an eine Shakespeare-Aufführung erinnert.

Star des Abends in Abwesenheit jedocb ist Thierry Mugler. Von berückender Ästhetik sind seine Kostüme, eine ungewöhnliche Mischung aus Schlichtheit und Pracht. In schwarzen, mit silbernen Steinen besetzten Uniformen und matten Metallpanzern treten die Krieger an. Die Hälse der glatzköpfigen drei Hexen stecken in wagenradgroßen Halskrausen und lassen an die Personifizierung des Bösen glauben.

Dennoch: Für den größten Teil der Schauspieler scheinen sich diese Luxuskostüme zu einer Behinderung zu entwickeln. Etwas unbeholfen, nicht ganz wissend, ob als Schauspieler oder Dressmen engagiert, bewegen sie sich auf den Brettern. Vielleicht hätte man mehr auf den großen, klassischen Kostümbildner der Comédie Française, Jacques Noël, hören sollen, der einmal sagte: „Der Kostümbildner muß den Schauspielern verständlich machen, daß seine Kleidung kein Rivale, sondern eine Hilfe ist."

Nur an wenigen Stellen korrespondieren die Kostüme hier mit der Handlung, so wenn Macbeth das erste Mal Duncans Königsmantel trägt, der ihm zu groß scbeint und nicht recht zu ihm passen will. Oder wenn Lady Macbeth aus ihrem goldenen Kleid mit einem immensen Reifrock steigt, um dieses wie ein Phantom ihrer selbst im Hintergrund zu lassen, während sie, nur noch bedeckt von einem dünnen Unterrock – klein und menschlich erscheinend –, nachts von Alpträumen heimgesucht, bemüht ist, sich das Blut von den Händen zu waschen.

Einigen der Schauspieler allerdings scheint der volle Titel des Stückes entgangen sein, denn der lautet: die Tragödie von Macbeth. Wie einen überspannten Hysteriker und nicht als jene tragische Figur, die beim Versuch, das eigene Schicksal zu bezwingen, sich in die Hände des Übersinnlichen und Bösen begibt und daran zerbricht, verkörpert Philippe Clévenot die Titelrolle des Stükkes. Jean-Yves Dubois irrt zappelnd und laut schreiend als Malcolm – ohne die schauspielerische Reife für diese Rolle – über die Bühne. Und so ist es hauptsächlicb Catherine Ferran als Lady Macbeth, François Chaumette als Macduff und der großartigen schauspielerischen Leistung der „drei Hexen" zu verdanken, daß dem Zuschauer der Glaube an das hohe Niveau der Comédie Française erhalten bleibt.

Wie man mit wenig Aufwand und nur fünf Schauspielern erstklassiges Theater machen kann, zeigt das „Petit Odeon". Aufgeführt wird hier das Stück „Jeux de femme" (Frauenspiele – oder, je nach Interpretation, auch: Frauenscherze) von dem polnischen Filmregisseur Krzysztof Zanussi und seinem Freund Edward Zebrowski, unterteilt in zwei Einakter mit den Titeln „L'inaccessible" (Die Unzugängliche) und „La charité est payable d'avance" (Wohltätigkeit muß im voraus bezahlt werden). In zwei bitteren Kömödien – unter der Regie von Henning Brockhaus – werden die Macht des Geldes und der Sieg des Alters über die Jugend gezeigt.

Als Hauptfiguren treten zwei Frauen auf: eine alternde Filmdiva, gespielt von dem Hollywood-Star Leslie Caron, und eine bettlägerige Baronin. Ihre Gegenspieler sind ein junger, ehrgeiziger Reporter und eine jugoslawische Krankenschwester, die ohne Visum – verliebt in einen Studenten – in Paris bleiben will. Beide riskieren alles, um ihr Ziel zu erreichen – und beide scheitern, durchschaut aufgrund der längeren Lebenserfahrung ihrer Kontraparts, die mit der dem Alter eigenen Diskretion ihre Triumphe feiern.

Ausgefeilte schauspielerische Darbietung, atmosphärische Requisiten und spritzige – häufig zynische – Dialoge lassen so die beiden kleinen Aufführungen zum großen Stück werden.

HANNE-LORE HEILMANN

„Der Park" als Film

Satire wider Willen

Botho Strauß gehört nicht gerade zu den Bequemen im Lande. Vor allem die zeitgenössische Kulturszene fordert immer wieder seinen leidenden Widerspruch heraus. Seine Menschen leiden sozusagen unter dem „Jargon der Un-Eigentlichkeit", den sie gleichwohl selber sprechen, perfekt, herzlos, fühllos. Die „müde Kälte" der Herzen und Hirne – das ist sein Thema, sein Leiden, oft aber eben auch der Grund für sein eigenes Scheitern.

In seinem Roman „Der junge Mann" formuliert Botho Strauß eine Forderung, der er sich selbst immer wieder zu stellen versucht: „Wir brauchen Schaltkreise, die zwischen dem Einst und dem Jetzt geschlossen sind, wir brauchen schließlich die lebendige Eintracht von Tag und Traum, von adlergleichem Sachverstand und gefügigem Schlafwandel."

Der Park, um 22.05 Uhr im ZDF

Einen solchen Schaltkreis hat er mit seinem Stück „Der Park" (uraufgeführt 1984 in Freiburg) zu schaffen versucht. Shakespeares „Sommernachtstraum" nimmt dabei die Position des „Einst" ein.

Aber Botho Strauß verlegt die Liebeswirren, die das Götterpaar Titania und Oberon unter den Menschen anrichtet, aus der Fülle des Waldes in die gepflegte Ordnung eines Stadtparks. Und damit ist der Verlust schon symbolisch beschrieben: Statt der Natur haben wir als Raum für die Liebe nur noch das organisierte Surrogat zur Verfügung.

„Der Park" war das meistgespielte Stück der Saison 1984/85. Mehr als 15 Theater habeo es aufgeführt. Die Verrisse, die Botho Strauß dafür einhandelte, waren gleichfalls Rekord. Selbst Peter Steins Inszenierung an der Berliner „Schaubühne" brachte dem Autor nicht die erhoffte Rehabilitierung. Botho Strauß hatte sich zwischen sämtliche Stühle gesetzt.

Dabei ist der Grundeinfall dieses Stückes eigentlich geeignet, Hoffnungen zu wecken. Titania und Oberon kommen zu den Menschen, um ihnen neue Sinnlichkeit zu lehren. Aber die Menschen sind dazu weder willig noch fähig. Sie verwechseln Erotik mit Sex, sie beschäftigen sich als junge Rechtsanwälte mit unterdrückten Minderheiten.

Botho Strauß: Meistgespielter Bühnenautor der Saison FOTO: RUTH WALZ

Sie rauchen Hasch und sind auf Sicherheit bedacht. Sie erheben ein libidoförderndes Figürcben zur neuen Kunstrichtung. Und es gelingt ihnen sogar, den phantasiereichen Gott Oberon in kleinliche Verkehrsunfälle zu verstricken.

Und genauso gebt es eben auch dem Autor Botho Strauß: Er ist zu ehrlich, um seinen Figuren Kraft und Phantasie genug zuzubilligen, aus ihrer flachen Ersatzhandlungs-Philosophie auszubrechen. Der Wunsch des Botho Strauß nach belebenden Schaltkreisen wird immer wieder von der Einsicht gebremst, daß seine Figuren das gar nicht zu leisten vermögen.

Strauß hätte eine Tragödie schreiben können. Auch das wollte er nicht, aus ähnlichen Gründen. Es hätte nur bestätigt, was er in seinen bisherigen Stücken wie „Trilogie des Wiedersehens", „Groß und Klein" oder „Kaldeway Farce" ohnehin schon herausgefunden hatte: Daß die Menschen sich in einer lauwarmeo Kultur-Banalität eingerichtet haben und sich dort offenbar such noch wohl fühlen.

„Der Park" ist eine tragische Satire wider Willen geworden. Die Hoffnungen des Botho Strauß finden nur im Gehirn statt. Sie sind ausgedacht und gewollt, aber keinesfalls wirklich geglaubt.

Insofern war „Der Park" wohl doch das Stück der Saison: Selten hat man es erlebt, daß die Beschreibung eines Scheiterns das Scheitern dieser Beschreibung wurde.

Und auf Umwegen bekommen wir so doch noch den Spiegel vorgehalten. Was wir darin sehen, ist nicht besonders schmeichelhaft. Aber es stimmt ganz sicher sehr nachdenklich.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Streit zwischen Staisch (NDR) und Schwartz (DW)

Rechts-links-Muster

Ein innerhalb des NDR längst beigelegter Streit ist in der vergangenen Woche durch einen Leserbrief im „Spiegel" wieder aufgewärmt worden. Er bietet einen Einblick in das parteien-schematische Denken. Zur Feier von 30 Jahren Bundeswehr hatte Carl-Heinz Ibe vom NDR für das ARD-Programm einen Bericht über Wehrpflichtige und Ersatzdienstleistende produziert. Sein Hauptabteilungsleiter Peter Staisch hatte Bedenken, was die „Ausgewogenheit" betraf: Die Wehrpflichtigen wurden „vom Dauerregen gefrustet" während einer Manöverpause gezeigt – „das Hohelied der Freiheit sangen sie nicht" (Ibe). Die Ersatzdienstleistenden dagegen waren während ihrer Arbeit mit Behinderten zu sehen, und sie waren engagiert bei der und für ihre Sache. „Vielleicht war die ganze Sende-Idee unglücklich, aber das war ein ARD-Beschluß", meint Ibe heute.

Im „groben Rechts-links-Strickmuster", so Staisch, ging es aber im NDR nicht um handwerkliche Qualitäten, soodern um die Durchsetzung der jeweils parteibezogenen Auffassung zu Wehr- und Ersatzdienst und den richtigen Weg zum Frieden. Staiscb (CDU) setzte Ibes Film ab, Programmdirektor Seelmann-Eggebert und der stellvertretende Intendant Plog (beide SPD) ließen ihn hingegen am 3. Oktober senden. Ein NDR-Journalist vermutet, der damals abwesende Intendant Räuker hätte sich gegen den Film entschieden, ohne ihn zu kennen, und nur, weil er der CDU angehört. Innerhalb der NDR-Abteilung ging „die gute Zusammenarbeit", von der alle Beteiligten sprechen, nach dem Streit in Ruhe weiter.

Bis dem „Spiegel" auffiel, daß es mit Staisch noch einen Fernsehjournalisten der seltenen Gattung gibt, die über Bundeswehr und SDI anders denkt als Alt, Bednarz und Augstein: Da kann es sicb nur um einen „Kommiß-Kommentator" mit „eklatanter Einsichtigkeit" handeln.

Vorläufiger Höhepunkt des Parteiengezänks um den wahren Frieden im Fernsehen war nun ein Leserbrief des Sprechers der Deutschen Welle, Lothar Schwartz, im „Spiegel". Der ehemalige SPD-Sprecher meint zum Versuch Staischs, den Film abzusetzen: Es sei den Unionsparteien gelungen, „in den öffentlicb-rechtlichen elektronischen Medien Selbstzensur bis hin zur Instrumentalisierbarkeit zu bewirken. Die Sozialdemokraten stehen in diesem Spiel um Einfluß und programmpolitische Präsenz in den Funkhäusern als Verlierer da."

Es ging, um es in Erinnerung zu rufen, um eine Kritik Staischs, die auch von dem Autor des Beitrags, Ibe, als berecbtigt bezeichnet wird. Daß Schwartz sicb in die Hamburger Sache einmischt, mag unter dem gemeinsamen ARD-Dach nocb angehen. Aber daß er diese ARD-interne Diskussion auf den Markt trägt, hält Staisch für „unkollegial". Und daß Schwartz sicb für die parteipolitische Unabhängigkeit der Sender einsetzt, findet Staisch „merkwürdig".

da

KRITIK

Die letzte Frage bleibt offen

Es war ein Seelenschocker zu später Stund': **„Wenn es das Schicksal will"** (ZDF). Ein junges Mädchen stirbt. Mitten herausgerissen aus gesunder Kindheit und fröhlicher Jugend, aus gerade beginnendem Erwachsensein. Krebs. Drohend, unersättlich, tödlich steht er vor der 17jährigen.

Es ist eine Geschichte, in der nicht allein die todbringeode Krankheit des Opfers selbst und die stillen Leiden seiner Umwelt geschildert werden, sondern auch die Frage nacb Erlösung gestellt wird. Sterbehilfe also. Ein heikles Thema, dem man sich nur allzu gern weltweit entzieht. In diesem Film nicht, wenngleich auch hier die letzte Frage und Antwort (ja oder nein) offenbleibt.

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

STUDIO

Die **„Schwarzwaldklinik"** vom ZDF war auch an diesem Wochenende wieder der absolute Publikumsrenner: Mehr als 24 Millionen Zuschauer (57 Prozent) entschieden sich für Professor Brinkmann und sein Team. Da hatte Rudi Carrell mit seiner **„Tagesshow"** (ARD) das Nachsehen. In der Hitliste des TV taucht er erst an siebter Stelle auf (9,3 Millionen Zuschauer).

Auf den zweiten Platz mit 16,6 Millionen eingeschalteten Geräten landete **„Palast der Winde"** vom ZDF. Auf den folgeoden Plätzen: **„Lindenstraße"** (ARD, 14,4 Millionen), die **„Auslosung zur Fußball-Weltmeisterschaft '86"** (ARD, 13,4 Millionen), **„Tagesschau"** (11,7 Millionen) und der englische Spielfilm **„Kampf der Titanen"** (ARD, 10 Millionen).





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Marktplatz der Sensationen
11.35 Vorsicht, Falle
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Es hat lange gedauert, bis Ulla Meinecke sich den Weg nach oben freigekämpft hatte. Inzwischen gilt die 32jährige als Star in der deutschen Musikbranche. Ein Team von Radio Bremen begleitete sie auf ihrer diesjährigen Herbst-Tournee.
16.55 Spaß am Dienstag
17.25 Da schau her!
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
21.00 Report
Mit folgenden Themen: Mißbrauch des Asylrechts durch Scheinehen und Prostitution / Ziviler Ungehorsam am Arbeitsplatz: Widerstand gegen SDI / Gefangen im Altersheim: Der Fall Johanna Rausch / Hungertod und Wettrüsten: Der Jahresbericht der Unicef
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Neben Luc Jochimsens Bericht über die Kultur in Belfast beschäftigt sich das Magazin heute mit Argentiniens Kultur nach der Militärdiktatur. So porträtiert der in Berlin lebende chilenische Schriftsteller Antonio Skármeta argentinische Kollegen, und Peter B. Schumann stellt neue argentinische Filme vor.
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Schüler-Express
Magazin für junge Leute
Wie Hund und Katz'?
Polizei und Jugendliche
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Silas
Zwei Freunde schlagen sich durch
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Es bleibt der Tod für Allah
Die Mudschahedin in Afghanistan stehen inzwischen im siebten Kriegsjahr gegen die Rote Armee. Heinz Metlitzky schildert in seiner Reportage den ungleichen Kampf der „heiligen Krieger" gegen das gut ausgerüstete 140 000-Mann-Heer der Sowjets.
20.15 Palast der Winde
Letzter Teil: Wally und Anjuli
Zwei Namen kennzeichnen für Ash den dritten und letzten Abschnitt seines indischen Abenteuers: Wally und Anjuli. Wally verliert er im Kampf um die britische Gesandtschaft in Kabul. Auch Missionschef Sir Louis Cavagnari, der die Verhältnisse in Afghanistan völlig falsch eingeschätzt hatte, ist unter den Opfern.
21.45 heute-journal
22.05 Die aktuelle Inszenierung
Der Park
Schauspiel von Botho Strauß
Mit Libgart Schwarz, Peter Simonischek, Martina Krauel u. a.
Inszenierung und Bildregie: Peter Stein
Aufzeichnung einer Aufführung der Schaubühne am Lehniner Platz, Berlin
0.55 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Anders als die anderen
20 Jahre Westdeutsches Fernsehen
Eine Rückschau auf die ersten Jahre
Mit Werner Höfer
Am 17. Dezember 1965 begann das Westdeutsche Fernsehen unter dem Titel „Pilotprogramm" mit seinen ersten Sendungen. Zur Erinnerung an diese Zeit wird Werner Höfer Ausschnitte aus Produktionen der „Jugendjahre" des Dritten Programms zeigen.
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Hobbythek
19.15 Musikladen – Eurotops extra
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.15 Tama
Ein mörderischer Wahlkampf
22.00 Juristenstammtisch
22.45 Offerte
23.00 Schwarz und ohne Zucker
Fernsehspiel von Lutz Konermann
Mit Eddo Backman u. a.
0.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Unser Auto wird hundert
Ein notwendiger Nachruf
19.05 Beat-Club
Mit Spliff
20.00 Christoph Kolumbus
oder Die Entdeckung Amerikas
Komödie von Walter Hasenclever und Kurt Tucholsky
21.30 Drei aktuell
21.45 Allerlei Theater
22.30 Der Kampf um das Unbewußte
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Landespolitik
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Nur keine Angst, Bube
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Wüstenfalke
Amerikanischer Spielfilm (1950)
22.30 New Jazz Meeting Baden-Baden 1984
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 BR unterwegs
20.00 Lerne lachen, ohne zu weinen
Kurt Tucholsky
Ein deutscher Dichter
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Mitternachtsspitzen
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Mit Doris Day, Rex Harrison u. a.
Regie: David Miller
23.35 Rundschau



SAT 1

14.00 Charlie Chan
15.00 Die Schneekönigin
Der Kristall im Herzen
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Taxi
Liebe allein macht nicht satt
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Räuber und Gendarm
Italienischer Spielfilm (1951)
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Unser Leben mit Vater
Amerikanischer Spielfilm (1947)
0.15 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Die DDR ist anders
20.15 Das Traumschiff
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

17.00 Gewinn zu Beginn
17.05 Geheimauftrag für John Drake
Serie mit Patrick McGoohan
18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.20 Karichen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Mordfall Matteotti
Italienischer Spielfilm (1973)
Mit Franco Nero, Mario Adorf, Riccardo Cucciola u. a.
Regie: Florestano Vancini
22.55 RTL-Spiel
23.45 Wie geht's?
Die Methoden der Heilpraktiker
Moderation: Wiltrud Miethke
23.05 Wetter / Horoskop / Betthupferl

König und Gelehrter

A. W. – Paul Bocuse ging (im ZDF), Wolfram Siebeck kam (in der ARD). So konnte man als Zuschauer geradezu genüßlich die Verschiedenheit des Stellenwerts, des Prestiges und der Darstellungsart studieren, die der Fernseh-Kocherei in Frankreich, bzw. in Deutschland zuteil werden.

Da ist, in Frankreich, Paul Bocuse. Mit Fanfarengeschmetter und dem Flattern der blau-weiß-roten Trikolore wird seine Sendung eingeleitet. Der Maestro erscheint – statuös, wohlgenährt, jeder Zoll ein Fürst der guten Küche. Mit majestätischer Grandezza sieht man ihn über den Wochenmarkt von Lyon spazieren, ungeniert die Fische und die Früchte betasten. Die Verkäufer katzbuckeln, grinsen glücklich, wenn sie einen Liefer-Auftrag erhalten.

Dann der Schwenk zur Küche. Bocuse, in blütenweißem Dress unter riesig hoher Kochmütze, erläutert seine Rezepte, als seien es Kanzelabkündigungen. Niemals gibt es einen Konjunktiv, nie einen Anflug von Unsicherheit. Bocuse schmeckt auch nicht ab, denn die Gewürzprisen, die seine kundige Hand einstreut, sind selbstverständlich genau richtig bemessen. Ein Schelm, wer schlecht darüber denkt!

Aber da ist, in Deutschland, Wolfram Siebeck, kein spontaner Genießer offenbar, sondern ein Intellektueller der Kochkunst, gertenschlank und in legere Hausmannskluft gekleidet. Er legt auf Kritik und Selbstkritik den allergrößten Wert. Um die Resultate seiner Kocherei „gerecht" zu beurteilen, hat er sich gleich einen ganzen Pulk kochender Kollegen eingeladen, die denn auch seinen rohen Fisch mit Ingwer gnadenlos als „zu wenig gewürzt" und seinen Lammbraten als „zu trocken" verreißen. Siebeck lächelt unsicher und abbittend.

Nun, dies alles mag noch hingehen. Siebeck wirkt nicht unsympathisch, macht sogar Pluspunkte, denn der Bocuse im anderen Kanal ist vielen denn doch zu feierlich. Aber dann schüttet er, Siebeck, aus Versehen zu viele Pfifferlinge in die Pfanne, und er kommentiert das mit dem bekannten Schreckensruf „Sch..." Das ist entschieden zuviel! So ein Wort möchte man nicht in einer Kochsendung hören. Die Palme geht letztlich an Paul Bocuse.

Schallplatte, erstmals quellenkritisch: Das Beispiel von Verdis „Don Carlos"

Ein Baukasten für die Opéra

Alles wäre ganz einfach gewesen, wären nicht die letzten Vorortzüge von den Pariser Ausfallbahnhöfen schon um 0.35 Uhr abgegangen. Dann besäßen wir Verdis „Don Carlos" wie für die Opéra komponiert, Verdi selbst hätte sich nicht mit endlosen Revisionen herumquälen müssen und vielleicht statt dessen doch den „König Lear" komponiert, das Centre National de la Recherche Scientifique hätte sechsjährige Stipendienzahlungen an Ursula Günther, die unermüdliche Musikkriminologin im „Mordfall Don Carlos", gespart.

Verdis „Don Carlos" hatte man nachweislich mit der Schere umgebracht. Aber statt einer einzigen Leiche gab es erschreckenderweise gleich fünf, und ein paar sinnverwirrende Leichenteile wie etwa 14 Finger, drei Schulterblätter und fünf Ellenbögen fanden sich außerdem in der Speisekammer der Opéra.

Die fünf Corpora des „Don Carlos" hat Julian Budden in seiner dreibändigen monumentalen Darstellung „The Operas of Verdi" (Cassell, London, 1981) am übersichtlichsten hergezählt:

1. Das Werk, wie es im Verlauf des Jahres 1866 bis einschließlich der Generalprobe 1867 einstudiert worden war.
2. Das Werk in seiner Pariser Premierenfassung vom 11. März 1867.
3. Die (bis auf zwei italienisch nachkomponierte Einschübe auf Texte von Antonio Ghislanzoni) mit Fassung 2 identische Version, die Verdi 1872 für das Teatro San Carlo in Neapel erstellte.
4. Die unter Mitarbeit von Camille du Locle, dem Original-Librettisten, ausschließlich auf französisch neu arrangierte und teilweise nachkomponierte vieraktige Version (ohne Ballett) von 1884, wie sie von der Mailänder Scala in italienischer Übersetzung gespielt wurde.
5. Dieselbe Version ohne Ballett, aber in fünf Akten, wie sie Modena 1886 bekannt machte: mit dem wiedereingesetzten, im Wald von Fontainebleau spielenden ersten Akt in der Premierenfassung von 1867.

Das alles also hat die Pariser Eisenbahn auf dem Gewissen: die zwanzig Jahre lange quälerische Beschäftigung Verdis mit seiner ausladendsten Oper – und zwar nur, weil sie ihre Züge nicht zwanzig Minuten länger verkehren ließ. Sie hatten schließlich das Publikum der Opéra nach Hause zu transportieren. Dabei kam „Don Carlos" unter die Räder.

Unter ihnen hat Ursula Günther ihn in mühsamer Arbeit hervorgezogen und, so gut es ging, zusammengeflickt. Ihre Recherchen und Rekonstruktionen liegen der neuen Schallplatteneinspielung des „Don Carlos" durch Chor und Orchester der Mailänder Scala unter Claudio Abbado zu Grunde (DG 415 316/1 auf 5 LP oder DG 415 316/2 auf 4 CD).

Um es vorwegzunehmen: die Einspielung ist hoch befriedigend. Das Riesenwerk, so lang wie „Troubadour" und „Traviata" zusammen, gewinnt sich unter Abbado Klarheit und Intensität. So treu die Aufführung auch allen musikwissenschaftlichen Darlegungen folgt, so wenig zeigt sie sich von des Gedankens Blässe angekränkelt. Sie hält strikt zu Verdi. Zumindest: Sie müht sich mit Feuer und Intelligenz um sein Werk.

Wie strikt das nun wiederum ist, das dürfte alsbald zum Gesellschaftsspiel werden: einem Streit wo nicht um Kaisers, so doch um Verdis Bart. Die Einspielung gibt sich, durchaus zutreffend, auf der Kassette als „Erstaufnahme der fünfaktigen Endfassung in der Originalsprache Französisch". Doch diese „Endfassung" wurde in Modena natürlich in italienischer Übersetzung gespielt, und es fragt sich, ob sie überhaupt je „in der Originalsprache Französisch" aufgeführt wurde.

Verdi war ja überhaupt kein Originalsprachenfanatiker wie heute viele lernunwillige Sänger, die sich dabei hinter ihrer angeblichen Musikalität verschanzen. Verdis Musikalität stand sicherlich nicht hinter der ihren zurück. Dennoch verbot er, als sich die Pariser Opéra ihm schmeichelnd anbot, den frisch komponierten „Othello" ausnahmsweise im italienischen Original zu spielen, diese Authentizität, die ihm fahrlässig schien. Er wollte nicht gehört, er wollte verstanden werden.

Mehr noch – und gerade für den „Don Carlos" wichtig: er bestand auf sorgfältigster Diktion. Ursula Günther zitiert in ihrem fabelhaft aufbereiteten Klavierauszug zum „Don Carlos" (Ricordi, 2 Bände, zusammen 250 Mark), der alle Fassungen in Französisch wie Italienisch enthält, einen Brief Verdis vom 3. Dezember 1883: „Sagen Sie mir nicht, daß die Sänger studiert haben und die Oper kennen. Ich glaube nichts. Zwei Dinge werden sie sicherlich nicht können: aussprechen und (exakt) dem Tempo folgen. Wesentliche Eigenschaften des D. Carlos, mehr als bei meinen anderen Opern."

Nun – daß alles vorzüglich im Tempo geht, dafür sorgt schon Abbado. Mit der Aussprache des ungewohnten Französisch ist es schon eine andere Sache. Aber gerade die Originalsprachlichkeit soll ja ein Trumpf der Aufführung sein. Er sticht allerdings nicht überwältigend hoch, obwohl Silbenfuchser natürlich mit Leichtigkeit im französischen Original musikdramatisch Stimmigeres finden dürften als in der unschärferen italienischen Übersetzung.

Was nun freilich für diese Aufnahme die französische Sprache zwingend vorschreibt, ist die erstmalige Einspielung von Passagen aus Verdis Papierkorb. Das Beiheft benennt sie recht verwirrend als „sechs Stücke, die vor der Uraufführung 1867 ausgeschieden oder aus der vieraktigen Fassung von 1882/83 herausgenommen oder aber für diese neu komponiert wurden". Die vor der Uraufführung eliminierten Passagen existierten nur auf französisch, bis nach über einem Jahrhundert Piero Faggioni sie ins Italienische übertrug.

Der Anhang zum Schallplatten-„Don Carlos" macht natürlich besonders neugierig. Er enthält 45 Minuten Musik, von denen allerdings 15 auf das bekannte Ballett „La Peregrina" entfallen. Von den acht vor der Uraufführung ausgesonderten Stücken, die Frau Günther in ihrem Klavierauszug anführt, sind nur die markantesten aufgenommen, als wichtigstes unter ihnen und am ergreifendsten die einleitende Chorszene zum Fontainebleau-Akt. Aber bedeutend ist auch die Rekonstruktion des Pariser Schlusses der Gefängnis-Szene wie des Finales des 5. Aktes in der Pariser Premierenfassung.

Das ganze „Don Carlos"-Material liegt damit auch in dieser Einspielung noch nicht auf dem Tisch. Aber das hat sie auch nicht versprochen. Am stärksten vermißt man wohl die 1872 auf italienisch für Neapel nachkomponierte Wendung des Duetts zwischen dem König und Posa.

Die Aufnahme belegt aufs eindrucksvollste Verdis schöpferische Riesenkraft, seine Behandlung der musikalischen Masse, den Abwechslungsreichtum seiner Erfindung, seinen musikpsychologischen Spürsinn, seine eruptive melodische Inspiration. An diesem „Don Carlos" kann man sich nicht satthören und nicht sattdiskutieren.

KLAUS GEITEL

Figuren eines tänzerischen Schachspiels: Susanne Hanke und Thierry Sette in einer Szene des neuen Stuttgarter Ballettabends
FOTO HANNES KILIAN

Stuttgart: Ballettpremiere mit van Manen und Spoerli

Rattenfänger mit Geige

Die Titel lesen sich wie ein Programm: „Abschied", „Einsame Reise", „Wiederkehr". Aber selbst wenn der Gedanke verführerisch ist, sollte man da nichts hineingeheimnissen. Sie liefern nicht eine Zustandsbeschreibung des Stuttgarter Balletts nach der plötzlichen Kündigung des bisherigen Administrativdirektors Dieter Gräfe. Die Mannschaft Marcia Haydées tanzt wie eh und je. Eher spürt man den Einfluß, den der neue Generalintendant Wolfgang Gönnenwein auf die Gestaltung des Abends genommen hat.

Aber selbst er ist von dem Goodwill seiner Gäste abhängig. Natürlich, ein Ballett zum Violinkonzert von Alban Berg soll das immer sein. Aber Hans van Manen, Hollands Star-Choreograph, nahm davon Abstand, als er hörte, auf welche Weise der Geiger Gidon Kremer an seinem Stück beteiligt werden wollte. Dem genügte nämlich nicht sein eigener Part, er wünschte auch, auf der Bühne die erste Geige zu spielen und sichtbarer Teil des Balletts zu sein. Das ging van Manen zu weit, er suche keinen Solisten als „Rattenfänger von Hameln", wie er sich ausdrückte. Kurzum, er lehnte das Angebot ab – und choreographierte am Ende doch ein Ballett zur gewünschten Musik, allerdings mit einem anderen Geiger.

Hans van Manen konzentriert sich in dem dunklen, mit einer angeschwärzten, abgeblätterten Tapete gesäumten Bühnenraum von Keso Dekker ganz auf die Musik. Er läßt sich nicht von Äußerlichkeiten ablenken. Wie Figuren eines tänzerischen Schachspiels stehen zwölf Männer im fahlen Licht, immer heftiger, leidenschaftlicher, zorniger auf die Impulse der Komposition reagierend: Ein homogenes Corps (so übrigens auch der Titel der Balletturaufführung) in einem knappen, schwarzen Einheitswams. Zwar wird man sich im weiteren Verlauf immer weiter aufgliedern, im Grunde aber fühlt und handelt die Gruppe wie ein einziger Organismus.

Annie Mayet, Susanne Hanke und Marcia Haydée verkörpern auf höchst unterschiedliche, aber ungemein intensive Weise das Prinzip Frau. Doch die Beziehung, die sie eingehen, bleibt immer distanziert, ist immer von kurzer Dauer. Eine flüchtige, unerfüllte Episode, vergänglich wie alles im Leben des Menschen. Am Ende scharen sich die Männer wieder eng zusammen und folgen mit ihren Blicken den entschwindenden Tönen, die Joachim Schall mit einer geradezu entrückten Zartheit erklingen läßt – als handelte es sich dabei um die letzte Spur jenes Engels, dessen Andenken Alban Berg einst sein Violinkonzert gewidmet hat.

Anstatt wie vorgesehen mit einer Kantate von Bach wartet auch Heinz Spoerli aus Basel mit einem Berg-Ballett auf. Während sich sein holländischer Kollege allerdings jedem Programm verweigert, gewinnt er den „Altenberg-Liedern" (und dem davor- geschalteten Präludium aus den „Drei Orchesterstücken") konkretere Seiten ab. Er zeigt nichts anderes als die letzten Tage der Menschheit, zeigt eine fünfköpfige Gruppe, vielleicht eine Familie, die sich wie Ertrinkende aneinander klammern, die noch einmal ihre Gefühle ausleben, ihre Charaktere offenbaren, ihren Hoffnungen Ausdruck geben.

Seismographisch erspürt er, was den einzelnen im Augenblick des Todes im Innersten bewegt. Seine Psychogramme geben in aller Knappheit genügend Auskunft über Ängste und Sehnsüchte, über Verzweiflung und Ergebenheit in ein auswegloses Schicksal. Und sie entsprechen der Musik, die das Staatsorchester unter Dennis Russell Davies mit bewundernswerter Eindringlichkeit realisiert. Allein das massive Bühnenbild von Stephan Mayer engt das Ballett in seiner Bedeutungsbreite ein.

Aber der Rahmen ist manchmal ebensowenig kalkulierbar wie ein ganzer Ballettabend. Bei dem Talentbeweis des kanadischen Gastsolisten John Alleyne („Wiederkehr", zu Mendelssohns 2. Streichquartett) stiftet er mit seinen farbigen Baumrinden eine stimmige Atmosphäre. Bei der „Einsamen Reise", die der Ballet-Rambert-Chef Robert North wenige Tage zuvor zu Schuberts Liedern gewagt hat, behindert er die Phantasie eher, anstatt sie anzuspornen. Daß die Tänzer des Stuttgarter Balletts trotzdem mühelos dagegen ankommen, spricht für ihre Selbstsicherheit.

HARTMUT REGITZ

Steve-Martin-Film: „Ein Single kommt selten allein"

Farnkräuter der Liebe

Mit einem Alltagsgesicht und einem sowohl schlanken als auch durchtrainierten Körper ist Komik Schwerstarbeit. Glupschaugen und leptosome Schmächtigkeit (beziehungsweise pyknische Mächtigkeit) machen die Sache leichter. Das war das Geheimnis der Erfolge von Marty Feldman, und auch Woody Allen hat es relativ leicht, weil er schon auf den ersten Blick den verschüchterten Sonderling verrät.

Steve Martin, der Starkomiker aus Hollywood, sieht indessen aus wie ein biederer Angestellter, der abends zum Bodybuilding geht, sonst aber ohne Marotten und Allüren ist. Aber ähnlich wie einst Cary Grant baut er gerade auf diese fast aufreizende Durchschnittlichkeit, die bei ihm komische Situationen magisch anzuziehen scheint.

Diesmal mimt Martin den mäßig erfolgreichen Grußkarten-Texter Larry, den seine flatterhafte Dauerfreundin soeben von Tisch und Bett verbannt hat. Larry ist plötzlich allein in New York, ein Single wider Willen. Zwar geizt sein triefäugiger Leidensgenosse Warren nicht mit guten Tips. So soll etwa ein Farnkraut als stummer Gefährte in einsamen Stunden unentbehrliche Dienste leisten.

Doch die meisten Patentrezepte zur erfolgreichen Partnersuche führen bei Larry immer wieder nur zu zwerchfellreizenden Fehlschlägen. Die vierbeinige Promenadenmischung, eigentlich als Lockmittel für alleinstehende Ladys gedacht, schießt beim Apportieren stets weit übers Ziel hinaus, und der Flirt auf der Blutspenderbank mißlingt ebenso gründlich wie der Versuch, als Jogger – mit dem Schweiß berühmter Athleten parfümiert – Eindruck zu schinden.

Kein Zweifel, Steve Martin absolviert diesen enggesteckten Slapstick-Slalom ebenso elegant wie temporeich. Er braucht allerdings für seinen drastischen Stehaufmännchen-Humor auch eine ausgewachsene Lawine von Gags. Die liefert das Drehbuch scheinbar mühelos, indem es die ernsten, nachdenklichen Aspekte des Themas entschlossen an den Rand drängt.

Immerhin, wenn sich die Selbstmörder gleich reihenweise von der Brücke stürzen, wenn der Junggeselle im Nachtclub wie ein exotisches Tier vorgeführt wird und wenn sich zur Single-Party nur Pappkameraden einfinden, trifft Regisseur Arthur Hiller sicher ins Pechschwarze. Gute Gags allein aber machen noch keine gute Komödie. Obwohl kein Geringerer als Neil Simon die Pointen auf Hochglanz poliert hat, zerbröckelt das Ganze zusehends zur Nummernoper. Da mögen sich Bild und Text noch so witzig widersprechen, der Zwang zur Überbietung des vorigen Lacherfolgs zeitigt oft auch krampfhaft übertourten Witz.

So sehr hier also die komische Kleinarbeit gelingt, so schmerzlich wird die große Linie vermißt. Kein Wunder also, daß sich der unselige Held anfangs lustig, später aber arg umständlich in eine Romanze verzettelt, die mit provozierender Langsamkeit dem ironischen Happy-End zustrebt.

Dieser Mangel an erzählerischer Ökonomie läßt Arthur Hiller schließlich doch klar hinter seinem Kollegen und derzeitigen Hauptrivalen Carl Reiner zurückbleiben. Letzterer nämlich setzte in „Tote tragen keine Karos" und „Solo für zwei" neben dem Schnellfeuer-Humor von Steve Martin auch auf den surreal verrückten Charme der Handlung.

HARTMUT WILMES



Uraufführung in Köln: Dähnerts „Erbe um Erbe"

Marmorengel im Duett

Bei Erstlingswerken ist man aus guten Gründen geneigt, ein Auge nachsichtig zuzudrücken. Im Fall des Stefan Dähnert und seiner Komödie „Erbe um Erbe", die jetzt an den Kölner Kammerspielen uraufgeführt wurde, müßte man freilich gleich beide Augen fest zudrücken. Und dabei hat das Stück immerhin den Gerhart-Hauptmann-Preis 1985 erhalten ...

Stefan Dähnert (24), in Bonn geboren, am Kölner Schauspiel als Regieassistent tätig, schaffte immerhin das Kunststück, daß man in seiner zweieinhalbstündigen „Komödie" zweimal lachen muß. Auch die Jury scheint nicht viel zu lachen gehabt zu haben, denn ihre Preis-Begründung fand nur eine „mit Ernst untermischte Heiterkeit" heraus. In Deutschland ist man über so etwas offenbar schon glücklich.

Dabei ist der Grundeinfall noch nicht mal so schlecht. Zwei alte Damen sehnen sich nach dem Glück der späten Jahre. Die eine, Italienerin von Geburt und während des Dritten Reiches nach Deutschland gekommen, träumt vom Finale in Napoli. Die andere, alte Jungfer und gehbehindert, möchte bloß ins nächste Senioren-Heim. Aber am Gelde fehlt's im Revier. Die eine hat ein paar alte Biedermeier-Möbel, deren Verkauf einiges brächte. Die andere verfügt immerhin über ein Haus, freilich hypothekenbelastet und renovierungsbedürftig. Beides reicht für Traumerfüllungen nicht hin und nicht her.

Da kommen die Damen auf eine glorreiche Idee: Wenn sie sich gegenseitig beerbten, dann könnte es für die Überlebende reichen. Gesagt, getan: Sie schließen einen Vertrag und müssen nun nur noch darauf warten, daß eine von ihnen stirbt. Eine spannende Situation, möchte man meinen. Was wird jetzt geschehen? Trachten sie einander nach dem Leben? Ein wenig Arsen gefällig? Oder bringt sie der Pakt einander menschlich näher? Oder machen sie sich wenigstens das Leben zur Hölle?

Ein bißchen von allem! Aber eben leider nur ein bißchen. An den entscheidenden Stellen verläßt den Autor der Mut. Oder die Einbildungskraft. Da machen die beiden endlos Inventur. Da jammern sie ebenso endlos auf dem Friedhof herum. Da schmeckt der einen das Essen der anderen nicht. Da spielt die eine der anderen vor, sie wäre gestorben. Und da halten sie am Ende jeder für sich eine Grabrede auf die andere.

Das ist mal ein wenig Groteske, dann wieder soziale Schnulze, später surrealistisch und dann auch schon mal psychologischer Realismus. Eben von jedem etwas. Der dramaturgische Grundeinfall wird nicht entwickelt, sondern höchstens ein bißchen abgetastet. Nicht einmal die Öde des Wartens auf den Tod bekommt man richtig zu spüren.

Das Schwierigste, das Komische im Tragischen zu begründen, gelang ihm ohnehin nicht. „Untermischt", wie die Jury meinte, ist vielleicht schon das richtige Wort. Und der Autor meint selbst, „wir Deutschen" hätten „ein merkwürdiges Verhältnis zum Lachen auf dem Theater". Fürwahr, er ist ein Deutscher!

Regisseur Peter Kock glaubte wohl, das Stück durch surreale Überhöhungen und Symbole retten zu können. Mal ließ er sich von Bühnenbildner Mathias Fischer-Dieskau einen Friedhof aus Koffern und Pappkartons zusammenbauen. Mal mußten – am Ende – die Damen als blonder (Norden!) und schwarzer (Süden!) Engel ihre Grabreden halten. Da konnten auch die vorzüglichen Schauspieler, die tragische Maria (Evelyn Matzura) und die kraftvoll-heitere Sigrid (Anke Tegtmeyer) sowie Laszlo I. Kish als Neffe und Curt Bock als Hausfaktotum nichts retten. Ein vertaner Abend.



„Ein merkwürdiges Verhältnis zum Lachen auf dem Theater": Hauptmann-Preisträger Stefan Dähnert
FOTO: STEFAN ODRY

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

KULTURNOTIZEN

Gerd Fabian wird neuer Intendant der Philharmonia Hungarica in Marl.

Die Nationalgalerie Berlin wird bis zum 15. Februar im Belgrader Nationalmuseum die Ausstellung „Klassische Moderne" zeigen.

Das Freie Deutsche Hochstift widmet seinem langjährigen Direktor und bedeutenden Goethe-Forscher Ernst Beutler eine Ausstellung (bis 31. Januar).

Zu Ehren von Tucholsky zeigt die Berliner Akademie der Künste eine Ausstellung, in der zum ersten Mal der schwedische Nachlaß des Schriftstellers einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt wird (bis 9. Februar).

Antonio Tovar, spanischer Historiker, der 1981 den Hansischen Goethe-Preis empfangen hat, ist 74jährig in Madrid gestorben.

Heribert Aichinger, Schauspieler-Veteran des Wiener Theaters in der Josefstadt, starb im Alter von 82 Jahren.

Der Tenor Dimiter Usunow, Kammersänger der Wiener Staatsoper, ist 63jährig in Wien gestorben.

Theo Riegler, Schriftsteller und Kabarettist, ist im Alter von 81 Jahren in München gestorben.

Andras Beck, aus Ungarn gebürtiger Bildhauer, ist mit 78 Jahren bei Paris tödlich verunglückt.

Mailand: Die „Orestie" als Philosophen-Kolleg

Kassandras Crescendo

Aischylos, Meister des Irrtums an der Schwelle zur Geburt des Okzidents, einer der Stammväter der Vernunft, die den Tod der Götter erklärt und lehrt, daß die Dinge Töchter und Beute des Nichts sind, einer der Urheber des Wahnsinns, der die Erde umhüllt." So deklamiert Giorgio Strehler in Vertretung des verunglückten Freundes Franco Parenti, Prinzipal und Regisseur des Mailänder Theaters Pierlombardo, bei der Premiere des „Agamemnon".

Und er tut dies als Einführung des Abends, ausgedacht von Emanuele Severino, Professor für theoretische Philosophie in Venedig, der die „Orestie" des Aischylos neu übersetzt und „interpretiert" hat. Ein ungewöhnliches Publikum von Philosophen, Schriftstellern und Psychoanalytikern, angeführt von ihrem greisen Dekan Cesare Musatti, entsprach der Bedeutung der Aufführung, die als eine der wichtigsten dieser italienischen Spielzeit angekündigt war.

Aber was da, zehnmal unterbrochen von Einschüben Severinos, vor der kahlen Mauer des Atridenpalastes vorgetragen wird, verwandelt die düstere Tragödie in ein philosophisches Seminar. Distanziert, wie in Brechts epischem Theater, tragen die Schauspieler nicht Rollen, sondern Theorien vor.

Klytaimnestra ist eisig, anstatt vor Rachedurst zu rasen. Der todgeweihte Agamemnon, siegreich aus Troja heimgekehrt, wirkt wie ein kühler Geschäftsreisender. Der Chor der Alten, von ganz jungen Schauspielern in heutigem Straßengewand gespielt, führt nüchterne Dialoge. Nur Kassandra (die Debütantin Giovanna Bozzolo) wird in einem Crescendo der Verzweiflung menschlich glaubhaft und die Erfüllung des Abends. Sonst aber ist diese Premiere ein – hochgelehrter – Irrtum eines Philosophen, der Aischylos mit seinen eigenen Theorien befrachten, erklären, vertiefen wollte.

Der erste Tragiker des Abendlandes, vielleicht der größte von allen, hatte die blutige Geschichte der Atriden ja nicht erfunden. Er erzählte sie in Worten und Bildern von großer Eindringlichkeit einem Publikum, das im Theater Antworten auf unlösbare Fragen suchte und die Katharsis durch die Erschütterung. Im Stakkato einer von Theoremen zerstückelten Aufführung geht die Erschütterung verloren, die – Peter Steins Inszenierung ist Zeuge – des Aischylos' Menschheitsgleichnis vom Unrecht gebärenden Unrecht heute wie vor zweieinhalb Jahrtausenden unter die Haut gehen lassen kann. Der „Agamemnon" im Pierlombardo ist ein Lehrstück. Die Moral heißt: Bitte, laßt die Philosophen nicht ins Theater!

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

Tel Aviv zeigt Riefenstahl-Film

dpa, Tel Aviv

Bei einem internationalen Kongreß über Propaganda-Methoden des Dritten Reichs im Februar 1986 in Tel Aviv soll als Beispiel für die psychologische Vorbereitung auf die Judenverfolgung der Film „Triumph des Willens" von Leni Riefenstahl aufgeführt werden. Der Film über die Reichsparteitage in Nürnberg 1933 und 1934 gelte als „bester Propagandafilm aller Zeiten", schreibt der Leiter der israelischen Forschungsstätte Harry Karen in Herzlia, Baruch Gitlis. Der Kongreß werde zeigen, mit welchem Geschick es gelungen sei, „das deutsche Volk in ein Volk von Mördern zu verwandeln". Die Schirmherrschaft haben unter anderem die Deutsche Botschaft in Israel und die Münchner Hanns Seidel-Stiftung.

Erstaufführung von Debussy-Klaviertrio

dpa, München

Die 1982 in den Vereinigten Staaten wiederentdeckte Debussy-Partitur „Klaviertrio in G" erfuhr in der Münchner Akademie der Schönen Künste die deutsche Erstaufführung. Ein amerikanischer Wissenschaftler entdeckte die fast vollständige Partitur in einer amerikanischen Bibliothek. Fehlende Takte des Mittelteils konnten durch die vollständig überlieferte Cellostimme rekonstruiert werden.

Ein Konzertsaal zum Beethoven-Haus?

dpa, Bonn

Wenn es nach dem Willen des renommierten Vereins Beethovenhaus geht, sollen in unmittelbarer Nachbarschaft von Beethovens Geburtshaus in Bonn ein Kammermusiksaal und neue Räume für das umfangreiche Archiv und die Bibliothek des Vereins entstehen. Der Verein bemühe sich seit einem Jahr, das zum Verkauf angebotene Grundstück Bonngasse 24/26, zwei Häuser neben dem heutigen Beethoven-Museum, zu erwerben, sagte Christian Rother, Mitarbeiter des Vereinsvorsitzenden Hermann Josef Abs.

Ostberliner Staatsoper wird renoviert

dpa, Berlin

Wegen umfangreicher Bau- und Renovierungsarbeiten wird die Staatsoper Unter den Linden in Ost-Berlin mit Beginn des kommenden Jahres für zehneinhalb Monate geschlossen. Dabei soll unter anderem die Bühnentechnik überholt und mit einer elektronischen Steuerung ausgerüstet werden. Vorgesehen ist ferner eine gründliche Erneuerung des Zuschauerraums. Auch das Äußere des Opernhauses soll renoviert werden. Der Spielbetrieb wird voraussichtlich am 15. November 1986 mit der Premiere der „Euryanthe" von Carl Maria von Weber wiederaufgenommen. Weitere danach geplante Premieren sind Leos Janaceks Oper „Jenufa" und Hans-Werner Henzes Ballett „Undine".

Italiaander-Serie nun auch als Buch

DW. Hamburg

Es stand in der WELT – allerdings nur in der Hamburg-Ausgabe. 64 Wochen lang erzählte Rolf Italiaander dort von Hamburg in der Nachkriegszeit, von den Personen und Persönlichkeiten, die er kannte, die er traf. Meist ging es um Kultur, aber Politisches spielte gelegentlich auch hinein. Es sind Erinnerungsstückchen, die mit der Vergangenheit bekannt und Wurzeln sichtbar machen. So nach und nach wurden daraus drei kleine Bücher „Anfang mit Zuversicht", „Besinnung auf Werte" sowie „Mut, Fantasie und Hoffnung" (248, 360 u. 248 S.), die nun zusammen für 67,80 Mark in einer Kassette (Johannes Asmus Verlag, Hamburg) zu haben sind.

Russisches Seminar in Bad Goisern

DW. Bad Goisern

In der Zeit vom 23. Februar bis zum 8. März des kommenden Jahres veranstaltet die Linzer Gesellschaft für Ost- und Südostkunde in Bad Goisern (Österreich) ihr 18. Internationales Russisches Winter-Sprachseminar. Am Vormittag und späten Nachmittag werden Sprachkurse angeboten, abends stehen volks- und landeskundliche Vorträge auf dem Programm.

Michael H. Siegel†

dpa, Göttingen

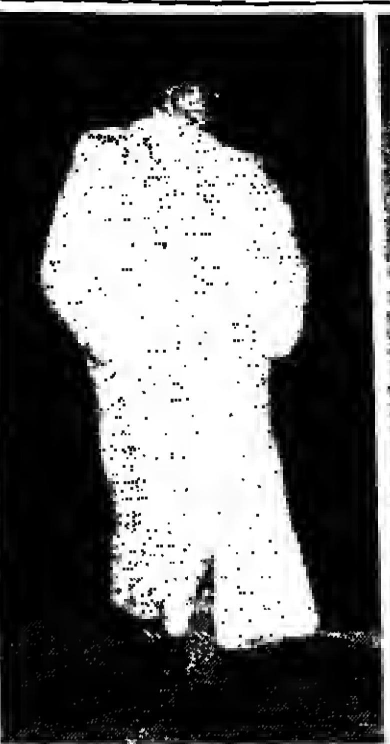
Professor Michael Harro Siegel, der mit seinem Marionetten-Theater in Europa, den USA und im Fernen Osten auftrat, ist im Alter von 85 Jahren in Göttingen gestorben. Wie erst jetzt bekannt wurde, starb der als „Marionetten-Professor" bekannte Siegel bereits am 6. Dezember. Siegel lehrte an der Staatlichen Kunsthochschule in Berlin und an der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig.

Vom scheinbaren Chaos zur perfekten Scheinwelt: Ein Blick hinter die Kulissen der New Yorker Modewoche / Schweizer Pelzcouturier ist Renner der Saison

André Bisang schwammen die Felle dann doch nicht davon

Von KNUT TESKE

Ein Europäer, der Schweizer Designer André Bisang aus Zürich, hat den amerikanischen Pelzmarkt erobert. Seine Kreationen gelten als das Nonplusultra. US-Nobelgeschäfte wie Bergdorff-Godman, Neiman & Marcus, Saks melden ausverkaufte Bestände. Die WELT war dabei, als dieses Weihnachtsmärchen begann, und Bisang – vor Aufregung fast magenkrank – in New York seine Winterkollektion 85/86 vorstellte.









Drei Träume in lang: Links die Weltpremiere, ein weißer Zobel für 100 000 Dollar. Ein Melange gefärbter Nerz (Mitte) und ein Kanadischer Luchskatzenmantel. FOTOS: A. BISANG FOURRURES/ZEICHNUNG: M. MEYRING

Am Anfang war das Chaos. Sofern aber dem Tohuwabohu, das noch zehn Minuten vor der Premiere in der New Yorker Masonic Hall herrschte, die Fruchtbarkeit innewohnt, hätte man schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr um den Erfolg zu bangen brauchen. Schon der Schlußbeifall uferte zu einer „standing ovation" aus – und das bei einem Publikum, das sich aus lauter Fachleuten rekrutierte. Und so sah man bereits während der Präsentation manchen Konkurrenten erbleichen und manch' begehrliches Blitzen in den Augen selbst härtestgesottener Einkäuferinnen.

Noch aber war es nicht so weit. Noch hämmerte es in den heiligen Hallen des einstigen Freimaurertempels an der 24. Straße, als sollte Rom an einem Tag erbaut werden. Während draußen wieder einmal der Verkehr zusammenbrach, schien auch drinnen nichts mehr zu gehen. Noch nicht einmal der Laufsteg, die via sacra der Modebranche, war errichtet, geschweige denn, daß die Reste – Holzwolle, Stoffe, Papier – weggeräumt gewesen wären. Inmitten dieses Gewirrs, unter halbnackten Arbeitern, Topmodels und ersten Galagästen, bleich wie der Geist Hamlets, André Bisang, der seine Felle davonschwimmen sah.

New York verzeiht keine Verspätung. Selber nur noch mühsam gebändigte Ordnung, Moloch, der die Geduld seiner Bürger frißt, wenn nicht diese selbst, zeigt er sich Verspätungen der Bürger gegenüber rachsüchtig wie ein versetzter Liebhaber. Ganz besonders an den Modetagen, wenn sich 100 Präsentationen aus drei Kontinenten – Amerika, Europa, Asien – in knapp zehn Tagen jagen, und ganz Lower East Manhattan zur verwinkelten Bühne wird. Was Rang und Namen hat, ist da. Immer auf dem Sprung: Einkäufer und Kritiker, die bald wie gemästete Gourmets nur noch Augen für das exquisite Schnäppchen haben.

30, 40 Minuten höchstens gibt man einer Show, small talk mit inbegriffen. Wehe dem, der überzieht. Schon drängt die nächste Show, droht der Zeitplan zu kippen, maulen die Topmodels; auch sie müssen weiter. Auch sie haben Hochkonjuktur. 1000 Dollar pro Auftritt, sechs, acht Auftritte am Tage. Da muß der Zeitplan passen wie's Korsett. Eben noch waren sie bei Geoffrey Beene, dem Mann, der Jaqueline Kennedy anzieht, bei Revillon oder Cartier, schon schlüpfen sie in die Bisang-Pelze.

Unnötig skeptisch: A. Bisang

Die Luft der Haute Couture ist dünn. Gipfel oder Absturz – dazwischen gibt es nichts. „They never come back" – hier gilt es weiter. Noch drei Minuten. Der junge Schweizer nun fast grün im Gesicht. Die Models sind inzwischen eingetroffen, 20 plus zwei Dressmen verschwinden hinter die Trennwand. Wer die Mädchen nie gesehen hat, kennt sie doch – als Titelblattschönheiten von „Vogue", „Harper's Bazaar" oder „Cosmopolitan".

Keins der Mädchen unter 1,78 Meter, keins über 100 Pfund schwer. Ihre Gesichter sind alles, ihre Körper bis auf die Größe nichts. In Jeans und Pullis kommen sie daher. Fragil, formlos, aber sündhaft teuer, die besten Mannequins der Welt. Später in Pelz gehüllt wirken sie wie die Inkarnation des Unerreichbaren; ihre Gesichter inszenierter Hochmut, ihre Show die perfekte Interpretation der Scheinwelt – für den, der zahlt freilich eher die Welt der großen Scheine.

Hinter der Trennwand das Tabernaculum – wo die Schätze auf 86 Kleiderbügeln baumeln. Samtweiche Träume in Nerz oder Sumpfbiber, in Edelfuchs oder Zobel. Träume kniehoch oder lang. Träume in rostrot, mahagoni, goldgelb und elfenbeinweiß. Begehrlichkeiten zwischen 5000 und 100 000 Dollar. Der Blick hinein gleicht dem ins gelobte Land und ist ebenso schwer zu verwirklichen. Vor dem Eingang ein kleiner Mann, fleischgewordenes Mißtrauen.

Mehr als zwei Millionen Dollar hängen schließlich hinter dem Bretterverschlag. Einkaufspreis. Mehr als fünf Millionen Dollar der Verkaufspreis. Drei bewaffnete Detektive schützen das Ganze. Es wurde zum Sport, sie zu enttarnen, blieb aber beim Versuch.

Die ersten sturmgepeitschten Rhythmen entluden wie ein Blitz die angespannte Atmosphäre. Die Show hatte begonnen, kaum 60 Sekunden verspätet. Die Mannequins haben ihre Jockeyfiguren in goldgelben Nerz verpackt. Ein Quartett wirbelt über den Steg, wippt und kreiselt zur Musik; Härte im Blick, Unnahbarkeit. Ein Flirt bei Todesandrohung verboten. Es geht um die Pelze, um nichts anderes geht es. Schon schwenken die Dressmen ihre Alpacamäntel mit Biberkragen, da toben acht Mannequins heran. Eine Phalanx im Stakkatoschritt. Rasierter Nerz, juwelenfarben. Schon ist der Mink in Mahagoni dran. Das Tempo erinnert an die Fischauktion im Hamburger Hafen, kann den Fachmann am Steg jedoch nicht übertölpeln. Prompt kommt erste Kritik. Das New Yorker Publikum wäre nicht das härteste der Welt: die Pausen, so kurz sie sind, seien zu lang. Die Regenmäntel hätten zu viel von Jil Sander. Beim Tweed sei der Kragen nicht abzuknöpfen und die Musik nicht immer rhythmisch genug. Abgefeuerte Spitzen und doch stets den Hauch zu spät. Schon wurde der Biber vom Eichhorn abgelöst, der Breitschwanz vom Iltis, da belebt der rostrote, naturfarbene Edelfuchs das Bild, belebte es, als die Musik leise wird, langsam, untermalend: Die Grand Luxe-Klasse kommt. Die Zobelgruppe, 13 Kreationen, immer teurer, immer weniger Exemplare, endlich das Highlight, das Unikat, eine Welturaufführung, der Zobel in Weiß – dank neuen Bleichverfahrens –, der Ivory Russian Sable Coat für 100 000 Dollar. Da bricht der Beifall los...

André Bisang staunt, erahnt den Erfolg, könnte jetzt, kaum daß er die Angst des Couturiers vor den Kritikern verloren hat, ein glücklicher Mensch sein. Jubelt doch die inkorporierte Kritikerkaste, sprudelt eine eisgraue Einkäuferin gar vor Aufregung los, nennt die Weichheit des Pelzes das wahre Synonym für Unwiderstehlichkeit, Charme, Schmelz und Zärtlichkeit. Doch Bisang, eher spröde, sieht somit seinem schlimmsten Moment entgegen: Er muß sich feiern lassen. Nicht nur hier. Die einflußreiche New Yorker Modezeitschrift „Women's Wear Daily" widmet dem 37jährigen die Titelseite, lobt die Eleganz seiner Arbeit, das Understatement in Form und Farbe. Der Mann, der architektonisch das Empire State Building dem goldbetreßten Trump Tower vorzieht, darf sich verstanden fühlen, atmet auf – bis zu nächsten Kollektion, die so sicher kommt wie sein Lampenfieber. Schon im Januar lockt Leningrad wieder mit Bergen von Fellen bester Qualität.

Piloten beklagen die sinkende Flugsicherheit

AFP/rtr, Dallas/Boston

Nach Ansicht zahlreicher amerikanischer Linienpiloten ist die Flugsicherheit seit den Liberalisierungsmaßnahmen der Regierung von 1978 deutlich gesunken. In einer Umfrage der „Dallas Times Herald" erklärten zwei Drittel der befragten 1200 Piloten, vor allem die Wartung der Maschinen und die Ausbildung der Piloten seien schlechter geworden. Außerdem habe die Qualität der Flugkontrolle nachgelassen. Viele Piloten versicherten jedoch, daß trotz der besorgniserregenden Tendenzen das Flugzeug immer noch das sicherste Transportmittel sei. Beamte der US-Flugbehörde verhängten jetzt Startverbot für eine Maschine, die am Sonntag beim Landeanflug auf den Flughafen von Boston Teile einer Landeklappe verlor und trotzdem sicher landete. Die Teile fielen auf ein Auto und auf das Dach eines acht Kilometer vom Flughafen entfernten Hauses. Es wurde niemand verletzt.

Grubenunglück: ein Toter

dpa, Hamm/Westfalen

Ein Bergschlag auf der 1160 Meter tiefen Sohle der Zeche Radbrod in Hamm-Bockum-Hövel hat gestern morgen ein Todesopfer und fünf Verletzte gefordert. Die Kumpel waren mit Vorarbeiten zur Aufnahme der Förderung beschäftigt, als unter ihnen der Berg aufbrach und sie nach oben schleuderte. Die Opfer konnten schnell geborgen werden, weil die Strecke nicht einbrach.

„Greenpeace" zum Südpol

AP, Sydney

Das Schiff „Greenpeace" der gleichnamigen Umweltschutzorganisation nahm gestern mit 35 Teilnehmern an Bord von Sydney aus Kurs auf die Antarktis. Es soll vier Mitglieder der Organisation ins ewige Eis bringen, die dort auf einer Forschungsstation überwintern wollen. Greenpeace will erreichen, daß die Antarktis zu einem internationalen Naturschutzgebiet erklärt wird.

Erfolgreiche Bewährung

AP, Wiesbaden

Von den 37 100 Menschen, deren Bewährungszeit 1984 abgelaufen ist, haben 66 Prozent diese Frist erfolgreich überstanden. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte, haben gegen Ende 1984 insgesamt 121 000 Menschen unter Aufsicht eines Bewährungshelfers gestanden, 1983 waren es 115 000.

WETTER: Zunehmend unbeständig

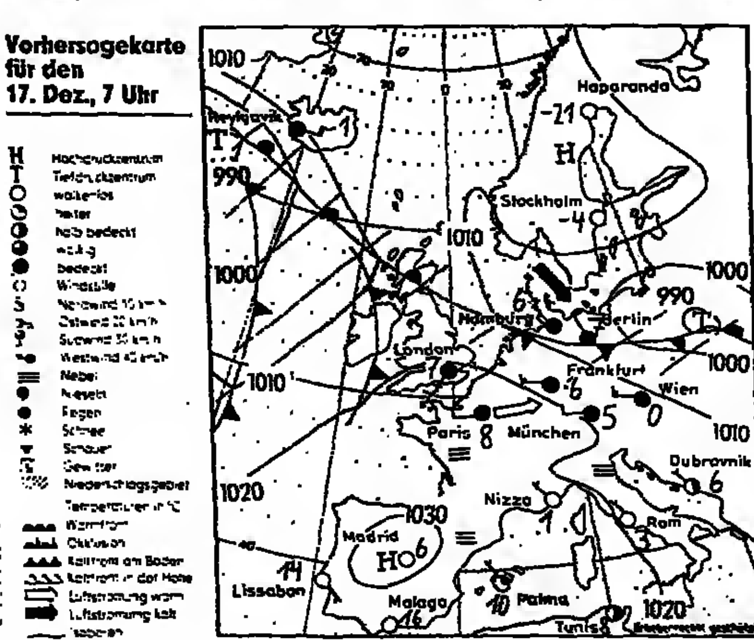
Lage: Der Zustrom milder Atlantikluft nach Mitteleuropa verstärkt sich, wobei mitgeführte Tiefausläufer das Wetter unbeständig gestalten.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden und Westen zeitweise ergiebiger Regen. Meist trüb-bedeckt. In Schleswig-Holstein Temperaturrückgang auf 7 bis 3 Grad, sonst weiterhin um 10 Grad. Frischer bis starker, an der See stürmischer Westwind. Im Süden und Südwesten ebenfalls meist neblig-trüb. Temperaturen 6 bis 9 Grad, nachts kaum niedriger. Schwacher bis mäßiger westlicher Wind.

Weitere Aussichten: Weiterhin unbeständig. Regenfälle mehr schauerartig. Nicht ganz so mild wie bisher.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.23 Uhr*, Untergang: 16.14 Uhr, Mondaufgang: 12.41 Uhr, Untergang: 23.56 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 17. Dez., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:	°C	Wetter
Berlin	9	bd
Bielefeld	10	Sp
Braunlage	7	R
Bremen	10	Sp
Dortmund	10	R
Dresden	9	bw
Düsseldorf	10	Sp
Erfurt	10	R
Essen	9	R
Feldberg S.	4	Sp
Flensburg	6	Sp
Frankfurt M.	11	bw
Freiburg	10	bw
Garmisch	5	R
Greifswald	7	Sp
Hamburg	9	bd
Hannover	10	R
Kahler Asten	6	R
Kassel	9	bd
Kempten	6	bw
Kiel	8	Sp
Koblenz	8	bw
Köln-Bonn	10	Sp
Konstanz	8	bw
Leipzig	10	bd
List/Sylt	7	Sp
Lübeck	8	bd
Mannheim	9	bd
München	7	R
Münster	10	Sp
Norderney	8	Sp
Nürnberg	8	R
Oberstdorf	6	bd
Passau	7	Sp
Saarbrücken	16	bw
Stuttgart	10	bw
Trier	7	Sp
Zugspitze	4	S

Ausland:	°C	Wetter
Algier	16	bw
Amsterdam	10	bd
Athen	15	he
Barcelona	12	he
Belgrad	11	bw
Bordeaux	7	he
Bozen	7	he
Brüssel	9	bw
Budapest	10	bw
Bukarest	12	bw
Casablanca	15	he
Dublin	11	bw
Dubrovnik	12	bw
Edinburgh	11	bd
Faro	15	he
Florenz	5	bw
Genf	1	Ne
Helsinki	-6	S
Hongkong	15	wl
Innsbruck	2	R
Istanbul	12	bw
Kairo	20	bw
Klagenfurt	-1	bd
Konstanza	7	he
Kopenhagen	5	bw
Korfu	17	he
Las Palmas	19	he
Leningrad	-6	S
Lissabon	10	he
Locarno	14	he
London	9	R
Los Angeles	13	bd
Luxemburg	6	Sp
Madrid	6	wl
Mailand	5	bw
Malaga	12	he
Mallorca	17	he
Moskau	-3	bd
Neapel	13	he
New York	6	bw
Nizza	15	he
Oslo	-2	S
Ostende	9	bw
Palermo	18	he
Paris	8	bw
Peking	3	wl
Prag	9	bd
Rhodos	15	he
Rom	10	he
Salzburg	10	Rs
Singapur	26	bw
Split	15	bw
Stockholm	-5	bw
Straßburg	9	bw
Tel Aviv	19	he
Tokio	8	Rs
Tunis	17	he
Valencia	18	he
Varna	0	bw
Venedig	5	he
Warschau	5	R
Wien	11	bw
Zürich	5	bw

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall u. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos

LEUTE HEUTE

Welch' Wunderknabe

Er ist wohl der bekannteste Fernsehjournalist Frankreichs: **Yves Mourousi**. Sonntag abend aber stahl ihm in seiner Sendung ein 14jähriger die Schau. Zehn Minuten lang befragte **Cyrille de Vignemont** den französischen Staatspräsidenten **François Mitterrand** zu den Themen Computer, europäisches Forschungsprojekt Eureka und französische Raumfahrtpläne. Was die Fernsehzuschauer nicht wußten: Cyrille ist ein Wunderkind, das seit Jahren nicht mehr zur Schule geht, sondern sich in Fernkursen weiterbildet, Computerprogramme entwirft und verkauft, bereits Millionär ist und sein Vermögen an der Börse angelegt hat. Cyrille brachte Mitterrand sogar leicht in Verlegenheit, als er fragte: „Warum ist es in Frankreich für einen 14jährigen gesetzlich nicht möglich, eine eigene Firma zu gründen?" Der Präsident gab nach einigem Stottern zu: „Ja, ich weiß auch nicht, das ist mir noch nicht vorgekommen."

Weihnachtswünsche

Gespräche und Spaziergänge mit der Familie in Bad Tölz erhofft sich Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** von den Weihnachtstagen. Kanzler **Helmut Kohl** zieht es mit Frau **Hannelore** ins heimatliche Oggersheim. Sogar Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** (FDP), sonst ständig „auf der Düse", bleibt bei Frau und Tochter in Bonn. Parteifreund und Wirtschaftsminister **Martin Bangemann** will Frau und fünf Kinder in seinem Haus in Metzingen bei Stuttgart bescheren. Auch Arbeitsminister **Norbert Blüm** (CDU) wird die Feiertage im Familienkreis verbringen. Wo, das mochte er nicht preisgeben. Geheim sind auch die Pläne von Bundestagspräsideot **Philipp Jenninger** (CDU) und Bayerns Ministerpräsidenten **Franz Josef Strauß** (CSU): „Privatleben soll Privatsache bleiben." SPD-Chef **Willy Brandt** wird mit seiner Frau **Brigitte** in seinem Haus in Südfrankreich das Fest verbringen. Die Grünen mögen bei der Weihnachtsidylle nicht mittun: Sie drängt es über die Feiertage zu Anti-Kernkraft-Demonstrationen ins bayerische Wackersdorf. Nur **Otto Schily** will zu Hause in Berlin „viele schöne Bücher" lesen.

Eine Karriere nach dem Horoskop

Wenn sie neue Mitarbeiter einstellen, befragen so manche Firmenchefs den Astrologen

R. Z. Bonn

Offen zugeben wird es keiner. Doch so mancher Unternehmer und Manager vertraut weder seinem Fingerspitzengefühl noch den kiloschweren Gutachten der Wirtschaftsinstitute, wenn es um die Zukunft der Firma geht, um die Entscheidung zu investieren oder neue Mitarbeiter einzustellen. Er blickt vielmehr in die Sterne. Das heißt, er läßt blicken, von denen, die sich dazu berufen fühlen: den Astrologen.

In der Frankfurter „Schimmelpfeng Review", einem Magazin für Führungskräfte der Wirtschaft, hat die Soziologin Hannelore Seelmann-Holzmann auf die nicht eben seltene Praxis verwiesen, daß „in vielen Betrieben der Bundesrepublik nicht nur Betriebswirte oder Kaufleute entscheiden, sondern auch Astrologen zur Beratung herangezogen werden".

Horoskope also als Grundlage für betriebliche und Personalentscheidungen? Kein Zweifel. Als Betriebsausgaben wurden sie denn auch über Jahre von der Steuer abgesetzt. Damit war allerdings schon im April 1983 Schluß. Damals verfügten die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder, daß die Deutung himmlischer Zeichen nicht abzugsfähig sei, da sie nicht durch die Erfordernisse des Betriebes, sondern durch die Person des Betriebsinhabers und dessen persönlichen Glauben bedingt sei.

Die Türen der Chefs und Vorstände waren den Astrologen aber deshalb nicht verschlossen. Besonders bei der Einstellung neuer Mitarbeiter wollte und will man auf ihr Urteil nicht verzichten. In Grundhoroskopen zeichnet der Astrologe das Persönlichkeitsbild des Bewerbers, vor allem sein soziales Verhalten und seine Anfälligkeit für Krisen.

Die Gewerkschaften wurden aufmerksam, als in den Personalbögen einiger Betriebe Hinweise auf die Geburtsstunde auftauchten, untrügliches Zeichen für die Konsultation eines Sterndeuters. Denn die Geburtsstunde und damit der Aszendent entscheidet für ihn über das künftige Schicksal jedes Menschen – und damit auch über sein berufliches. Das Honorar für diese Entscheidungshilfe schwankt in der Regel zwischen ein paar Hundert und ein paar Tausend Mark.

Wie gesagt, nur wenige Männer der Wirtschaft bekennen sich dazu, auch mal das persönliche Horoskop zu Rate zu ziehen. Max Grundig etwa ließ zu seinem 75. Geburtstag in der Hauszeitschrift sein eigenes veröffentlichen.

ZU GUTER LETZT

Wettermeldung in der Münchner „Abendzeitung": „Südbayern: Bedeckt, zeitweise Schneefälle, in tiefen Lagen in Schnee übergehend."

Die Demos und der Müll

Urteil: Kommunen müssen Reinigungskosten tragen

E. REVERMANN, Münster

Auf dem Müll, der nach Demonstrationen in den Straßen liegt, bleiben Kommunen und Städte sitzen. Sie können Ausgaben für zusätzliche Straßenreinigung nicht dem jeweiligen Demonstrations-Veranstalter in Rechnung stellen. Mit dieser Grundsatzentscheidung (Az.: 9 A 2018/84) hat das Oberverwaltungsgericht Münster gestern das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Grundgesetz) höher bewertet als mögliche Folgeschäden. Dieses Grundrecht, so das Gericht, lasse sich praktisch nur auf öffentlichen Straßen und Plätzen verwirklichen.

Nach einer Großdemonstration mit 50 000 Teilnehmern gegen die BAföG-Regelung im Dezember 1982 in Bonn hatte der Oberstadtdirektor der Vereinigten Deutschen Studentenschaft als Veranstalter 3700 Mark in Rechnung gestellt, weil die Straßen nach dem Demonstrationszug außerplanmäßig gereinigt werden mußten.

Wie schon das Verwaltungsgericht Köln in erster Instanz unterstrich gestern auch der Neunte Senat des höchsten Gerichts in Münster, nach den geltenden Straßengesetzen könne nur derjenige zur Regulierung der Schäden (in diesem Fall Reinigungskosten) herangezogen werden, der im Einzelfall tatsächlich als Verursacher auszumachen war. Wenn jedoch Flugblätter, Dosen und anderer Müll bei einer solchen Großdemonstration weggeworfen würden, sei der eigentliche Verschmutzer in der Regel nicht festzustellen.

Nach Ansicht des Gerichts kann der Veranstalter als „geistiger Urheber" solcher Demonstrationen mit einer großen Anzahl von Teilnehmern nicht gesamtschuldnerisch für sämtliche Schäden der Folgen haftbar gemacht werden, die einzelne Teilnehmer anrichten. Die verfassungsrechtliche Wertentscheidung für Grundrecht auf Versammlungsfreiheit genieße nach Artikel 8 des Grundgesetzes einen hohen Rang und müsse höher bewertet werden als eventuelle Schäden. Bei solchen Veranstaltungen habe der Leiter beziehungsweise Veranstalter nur für einen ordnungsgemäßen Ablauf zu sorgen.

Weil es bisher in diesem Komplex noch keine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts gibt, hat der Neunte Senat in Münster ausdrücklich Revision zugelassen.



Glück gehabt: Doppelsturz ins Netz

Dramatische Sekunden am Rande der Tiefe. Feuerwehrmann Walter McGinn aus Boston versucht unter Aufbietung aller Kräfte, den lebensmüden William Dolan (28) vom Sprung in den Tod abzuhalten. Dazu war der junge Mann am Sonntag auf eine Autobahnbrücke geklettert. Dort kam es zum Gerangel zwischen ihm und dem nachgekletterten Lebensretter. Der konnte den Todeskandidaten auch nicht halten und stürzte mit ihm in die Tiefe – in ein rettendes Netz, das inzwischen aufgespannt worden war.

FOTO: AP